



Bayern in Zahlen

07 | 2005

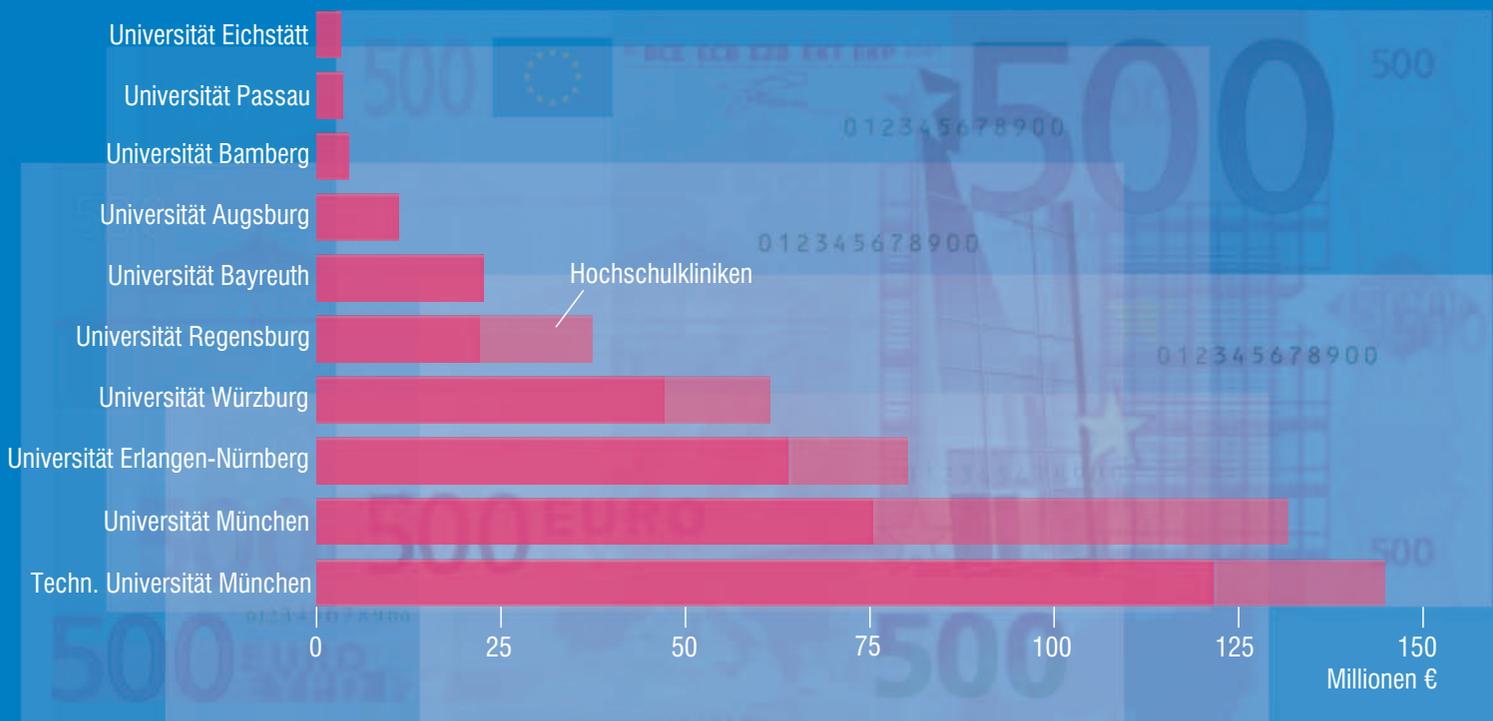
Ehescheidungen in Bayern

Die Hochschulfinanzen in Bayern 2003

Aktualisierte Kreisergebnisse zur Wirtschaftsleistung bis 2003

Zur geschichtlichen Entwicklung von Sterbetafeln und Leibrenten

Drittmittel an den staatlichen Universitäten in Bayern 2003



Impressum

Bayern in Zahlen

Fachzeitschrift für Statistik und
Informations- und Kommunikationstechnik

Jahrgang 136. (59.)

Artikel-Nr.: Z10001

ISSN 0005-7215

Herausgeber, Druck und Vertrieb:
Bayerisches Landesamt für
Statistik und Datenverarbeitung
Neuhauser Straße 8
80331 München

Kontakt:

E-Mail redaktion@statistik.bayern.de

Internet www.statistik.bayern.de

Telefon 089 2119-255

Telefax 089 2119-607

Redaktion:

Peter Englitz

(Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes)

Preis:

Einzelheft 4,80 €

Jahresabonnement 46,— €

Zuzüglich Versandkosten

Bestellungen:

E-Mail vertrieb@statistik.bayern.de

Telefon 089 2119-205

Telefax 089 2119-457

webshop www.statistik.bayern.de/webshop

Auskunft:

E-Mail info@statistik.bayern.de

Telefon 089 2119-218

Telefax 089 2119-1580

© Bayerisches Landesamt für
Statistik und Datenverarbeitung
München, 2005

Für nicht gewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung
und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise,
mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch
auszugsweise, über elektronische Systeme/Daten-
träger bedarf der vorherigen Zustimmung.
Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Erläuterungen

0	mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit	.	Zahlenwert unbekannt, geheimzuhalten oder nicht rechenbar	p	vorläufiges Ergebnis
-	nichts vorhanden	X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	r	berichtigtes Ergebnis
...	Angabe fällt später an	()	Nachweis unter dem Vorbehalt, dass der Zahlenwert erhebliche Fehler aufweisen kann	s	geschätztes Ergebnis
/	keine Angaben, da Zahlen nicht sicher genug			D	Durchschnitt
				≙	entspricht

Gelegentlich auftretende Differenzen in den Summen sind auf das Runden der Einzelposition zurückzuführen.

Inhalt

Statistik aktuell

262 Kurzmitteilungen

Nachrichten

269 Neu: Webangebot des Rechenzentrums Süd
im Bayerischen Behördennetz

269 „Gemeindeschlüsselverzeichnis für Bayern“
neu erschienen

270 EU-SILC 2005 erstmals durchgeführt

Beiträge aus der Statistik

273 Ehescheidungen in Bayern

277 Die Hochschulfinanzen in Bayern 2003

284 Aktualisierte Kreisergebnisse
zur Wirtschaftsleistung bis 2003

287 Zur geschichtlichen Entwicklung von
Sterbetafeln und Leibrenten

Bayerischer Zahlenspiegel

291 Tabellen

300 Graphiken

Neuerscheinungen 3. Umschlagseite

Kurzmitteilungen

Wachsende Beliebtheit des Meister-BAföG

Bei der Aufstiegsfortbildungsförderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG), auch als Meister-BAföG bekannt, setzte sich der Anstieg der Förderfälle im abgelaufenen Jahr in Bayern weiter fort. Verglichen mit den extremen Zuwachsraten der beiden Vorjahre aufgrund der Änderung des AFBG zum 1. Januar 2002 blieb der Anstieg mit 9,4% auf jetzt 37 948 Personen verhältnismäßig moderat.

Die zugesagten finanziellen Mittel erhöhten sich im abgelaufenen Jahr um 5,1% auf 96,2 Millionen Euro. Hiervon wurden 31,4 Millionen als Zuschuss und 64,8 Millionen als Darlehen gewährt. Von den Zuschüssen

entfielen 16,1 Millionen Euro (51,2%) auf die Lehrgangs- und Prüfungsgebühren, 15,2 Millionen Euro (48,4%) auf den Lebensunterhalt und 0,1 Millionen Euro (0,5%) auf die Kinderbetreuung. Von den Darlehen wurden 32,2 Millionen Euro (49,7%) für den Unterhalt, 32,0 Millionen Euro (49,4%) für die Lehrgangs- und Prüfungsgebühren sowie 0,6 Millionen Euro (1,0%) für das Anfertigen des Meisterstücks bewilligt. Die Förderungsberechtigten nahmen im abgelaufenen Jahr allerdings lediglich 68,9% der gesamten bewilligten Darlehenssumme in Anspruch.

Seit der Änderung des AFBG zum 1.1.2002

nahmen die geförderten Teilzeitmaßnahmen besonders deutlich zu. So strebten im abgelaufenen Jahr 59,9% aller geförderten Personen ihren verbesserten Abschluss über eine Fortbildung auf Teilzeitbasis, d.h. an weniger als vier Werktagen wöchentlich, an. Im Jahr 2001 lag dieser Anteil lediglich bei 37,1%.

Von den 37 948 geförderten Personen waren 24 690 Männer, was einem Anteil von 65,1% entspricht. Dieser hohe Anteil hat sich aber in den letzten Jahren etwas zugunsten der Frauen vermindert. Im Jahr 2002 lag er noch bei 69,5%.

Ende 2004 rund 5,8 Millionen Wohnungen in Bayern

Nach Ergebnissen der jährlich zum 31. Dezember durchgeführten Fortschreibung des Wohngebäude- und Wohnungsbestandes ist das Angebot an Wohnungen in Bayern 2004 nur schwach gestiegen. Zum Erhebungsstichtag 2004 gab es in Bayern rund 5,8 Millionen Wohnungen, das sind um 54 951 oder 1,0% mehr als vor Jahresfrist. Jede dieser Wohnungen war im Mittel mit 2,1 Personen belegt (31.12.2003: 2,2 Personen). Dabei zeigen sich Unterschiede zwischen Stadt und Land. So lebten in den 1,9 Millionen Wohnungen in

den kreisfreien Städten im Schnitt 1,9 Personen in einer Wohnung, wogegen in den 3,9 Millionen Wohnungen in den Landkreisen durchschnittlich 2,3 Personen auf eine Wohnung kamen.

Die unterschiedliche Wohnungsbelegung bedeutet jedoch nicht, dass die Wohnsituation in den Städten besser ist als in den Landkreisen. Während sich nämlich zum 31. Dezember 2004 die durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung in den Landkreisen auf 101,1 Quadratmeter (31.12.2003: 100,8

Quadratmeter) belief, errechneten sich in den kreisfreien Städten lediglich 73,8 Quadratmeter (73,7 Quadratmeter). Die Wohnfläche aller Wohnungen in Bayern zusammen betrug 534,2 Millionen Quadratmeter (+1,2% gegenüber Ende 2003), so dass im Landesmittel jede Wohnung 92,2 Quadratmeter Wohnfläche maß und jeder Einwohner rein rechnerisch über 42,9 Quadratmeter Wohnfläche verfügte.

Ausführliche Ergebnisse zu diesem Thema enthält der Statistische Bericht „Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen in Bayern am 31. Dezember 2004“ (Best.-Nr. F24003, Preis 5,10 €).*

Preise im Wohnungsbau nahezu stabil

Der Preisindex für Wohngebäude in Bayern erreichte im Mai 2005 einen Stand von 102,0 (2000 = 100). Er hat sich damit gegenüber dem letzten Erhebungsmonat Februar 2005 um 0,1% verringert. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat

war im Mai 2005 ein Preisanstieg von 0,2% zu verzeichnen. Im Februar 2005 hatte die jährliche Steigerungsrate noch 1,4% betragen.

Die Preise für Rohbauarbeiten lagen im Mai

durchschnittlich um 0,5% niedriger als im vergleichbaren Vorjahresmonat. Dabei war die Preisentwicklung der einzelnen Bauarbeiten teilweise sehr unterschiedlich. Verbilligungen ergaben sich in erster Linie bei Gerüst- (-3,2%) sowie Zimmer- und Holz-

bauarbeiten (-2,2%), während sich Stahlbauarbeiten (+11,5%) wiederum deutlich verteuerten. Auch bei den Klempnerarbeiten (+2,9%) war eine vergleichsweise hohe jährliche Teuerungsrate zu verzeichnen. Der kräftige Preisanstieg bei den Stahlbauarbeiten ist insbesondere auf die stark gestiegenen Stahlpreise zurückzuführen. Ursache hierfür ist die erhöhte weltweite Nachfrage nach Stahl, vor allem die der boomenden chinesischen Wirtschaft.

Bei den Ausbauarbeiten wurde im Vergleich zum Mai des Vorjahres ein Preisanstieg von 0,7% beobachtet. Besonders deutliche Preiserhöhungen waren bei Arbeiten an raumlufttechnischen Anlagen (+7,7%) sowie bei Arbeiten an Heiz- und zentralen Wassererwärmungsanlagen (+6,3%) festzustellen, während die Preise für Tischler (-2,9%) sowie für Fliesen- und Plattenarbeiten (-2,1%) zurückgingen.

Im Straßenbau erhöhten sich die Preise von Februar 2005 bis Mai 2005 um 0,2%. Verglichen mit dem Mai des Vorjahres stiegen die Preise im Straßenbau um 0,5%.

Ausführliche Ergebnisse zu diesem Thema enthält der Statistische Bericht „Preisindizes für Bauwerke und Messzahlen für Bauleistungspreise in Bayern, Mai 2005“ (Best.-Nr. M14003, Preis 11,— €).*

Im Mai mehr Gästeankünfte und –übernachtungen in Bayern

Im Mai 2005 hatten in den Beherbergungsstätten mit neun oder mehr Betten und auf den Campingplätzen im Freistaat fast 2,3 Millionen Gäste beinahe 6,9 Millionen Übernachtungen gebucht. Das waren um 0,6% mehr Gästeankünfte und um 1,3% mehr Gästeübernachtungen als im Mai 2004. Motor der positiven Entwicklung gegenüber dem Vorjahr waren die Campingplätze (Ankünfte: +24,4%; Übernachtungen: +30,7%); die Beherbergungsstätten hingegen verzeichneten einen Rückgang von 0,7% bei den Gästeankünften und 0,5% bei den Übernachtungen. Die Erholungs-, Ferien-, Schulungsheime und Boardinghouses mussten gegenüber dem Vorjahresmonat die größten Einbußen hinnehmen (-13,0%; -6,5%).

Der Anteil der Übernachtungen von Gästen aus Deutschland in den bayerischen Beherbergungsstätten lag bei 87,2%, der von Gästen mit Wohnsitz im Ausland bei 12,8%. Die Gäste aus dem Inland blieben im Durchschnitt 3,2 Tage, die aus dem Ausland 2,0 Tage.

Im Vergleich der sieben bayerischen Regierungsbezirke verlief die Entwicklung bei den Beherbergungsstätten uneinheitlich. Während in Ober-, Mittel- und Unterfranken sowie in Niederbayern jeweils sowohl die Ankünfte als auch die Übernachtungen gegenüber dem Vorjahr abnahmen, konnten Oberbayern und insbesondere Schwaben (+3,3%; +2,2%) Zuwächse verbuchen. In Unterfranken waren die Abnahmen mit

-5,7% bei den Ankünften und -4,5% bei den Übernachtungen am höchsten. In Niederbayern betrug die durchschnittliche Aufenthaltsdauer 4,7 Tage, in Mittelfranken hingegen nur 2,1 Tage. Der Bayerndurchschnitt lag bei 3,0 Tagen.

Von Januar bis Mai 2005 buchten fast 8,8 Millionen Gäste rund 26,7 Millionen Übernachtungen in den Beherbergungsstätten und auf Campingplätzen. Im Vergleich zum Vorjahresergebnis bedeutet dies einen Gästezuwachs um 2,6% und einen Anstieg des Übernachtungsaufkommens um 1,4%.

Ausführliche Ergebnisse zu diesem Thema enthält der Statistische Bericht „Der Fremdenverkehr in Bayern im Mai 2005“ (Best.-Nr. G41003, Preis 17,70 €).*

Betriebsart	Fremdenverkehr im Mai 2005				Januar - Mai 2005			
	Gästeankünfte		Gästeübernachtungen		Gästeankünfte		Gästeübernachtungen	
	insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat in %	insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat in %	insgesamt	Veränderung zum Vorjahreszeitraum in %	insgesamt	Veränderung zum Vorjahreszeitraum in %
Hotels	971 842	- 1,2	2 217 940	0,3	4 098 655	4,3	9 379 143	4,5
Hotels garnis	376 644	0,4	1 024 416	- 1,0	1 517 755	1,7	3 999 099	- 0,7
Gasthöfe	318 095	1,6	726 841	1,0	1 079 646	0,7	2 445 144	- 0,8
Pensionen	104 084	- 0,3	395 151	- 2,6	376 761	- 1,6	1 418 851	- 3,1
Jugendherbergen und Hütten	78 834	5,9	197 761	0,0	270 785	- 0,7	722 152	- 0,5
Erholungs-, Ferien-, Schulungsheime und Boardinghouses	125 979	-13,0	438 177	- 6,5	625 388	- 2,2	2 028 040	- 2,4
Ferienzentren, Ferienhäuser und Ferienwohnungen	103 317	1,0	701 249	4,1	408 481	0,9	2 810 434	0,8
Vorsorge- und Reha-Kliniken	40 698	14,8	649 638	- 3,4	176 772	8,5	2 952 158	- 0,9
Campingplätze	144 330	24,4	526 937	30,7	218 629	11,5	919 065	13,0
Insgesamt	2 263 823	0,6	6 878 110	1,3	8 772 872	2,6	26 674 086	1,4

Umsätze des Verarbeitenden Gewerbes in Bayern im Mai um 2,7% über Vorjahresniveau

Im Mai 2005 konnte das Verarbeitende Gewerbe Bayerns, das auch den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden umfasst, eine Umsatzsteigerung von 2,7% gegenüber dem Mai 2004 verzeichnen. Von den 22,8 Milliarden Euro Gesamtumsatz entfielen 10,4 Milliarden Euro auf Umsätze mit dem Ausland (+3,2%) und darunter rund 4,3 Milliarden Euro auf Umsätze mit den Ländern der Eurozone (+7,2%). Der Anteil der Auslandsumsätze und der Umsätze mit den Eurozonenländern am Gesamtumsatz betrug 45,6 bzw. 19,1%.

Der Personalstand des Verarbeitenden Gewerbes lag Ende Mai 1,0% unter dem Vorjahresstand, im Bereich der Gebrauchsgüterproduktion sogar um 4,2%.

Die preisbereinigten Auftragseingänge des Verarbeitenden Gewerbes in Bayern erhöhten sich im Mai 2005 gegenüber dem Vorjahresmonat um 4,3%, hauptsächlich getragen durch Bestellungen aus dem Ausland (+5,9%; Inlandsorder: +2,4%).

Im gleichen Zeitraum nahm die Produk-

tionstätigkeit um 2,4% zu, im Bereich der Vorleistungs- und der Investitionsgüterproduktion sogar um 3,9 bzw. 3,6%, während bei den Gebrauchsgütern ein Rückgang um 13,4% festzustellen war.

Ausführliche Ergebnisse zu diesem Thema enthalten die Statistischen Berichte „Verarbeitendes Gewerbe in Bayern im Mai 2005“ (Best.-Nr. E11013, Preis 12,90 €), „Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im Mai 2005“ (Best.-Nr. E13003, Preis 4,20 €) und „Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im Mai 2005“ (Best.-Nr. E12003, Preis 3,30 €).*

Immer mehr Arbeitnehmer in Bayern arbeiten Teilzeit

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus, einer jährlichen Stichprobenerhebung bei einem Prozent der Bevölkerung, gab es im März 2004 in Bayern 5,83 Millionen Erwerbstätige, darunter 5,05 Millionen abhängig Beschäftigte. Von diesen abhängig erwerbstätigen Arbeitern, Angestellten und Beamten waren mehr als 23% teilzeitbeschäftigt. Im Jahr 1994 lag der entsprechende Anteil der Teilzeitbeschäftigten noch bei rund 18%.

Insbesondere die Teilzeitarbeitsverhältnisse mit weniger als 21 Wochenstunden haben im letzten Jahrzehnt stark zugenommen. Gegenüber 1994 stieg der Anteil dieser Teil-

zeitkräfte an allen abhängig Erwerbstätigen von rund 12% auf gut 17%.

Teilzeitarbeit wird eindeutig von den Frauen dominiert, denn rund neun von zehn Teilzeitjobs wurden von Frauen wahrgenommen. Von den Männern arbeiteten lediglich 5% Teilzeit, von den Frauen 44%.

Als Grund für die Aufnahme einer Teilzeitarbeit gaben annähernd 60% der Teilzeitbeschäftigten an, aus persönlichen und familiären Gründen eine Vollzeitstätigkeit nicht zu wünschen oder nicht ausüben zu können. Knapp 9% arbeiteten mit verkürzter Arbeitszeit, weil sie keine Vollzeitstelle finden

konnten und rund 2% war es aus gesundheitlichen Gründen nicht möglich. Aufgrund von Aus- und Fortbildung arbeitete jeder zwanzigste Beschäftigte kürzer.

Im Bereich öffentliche und private Dienstleistungen sowie öffentliche Verwaltung waren zwei von fünf Teilzeitbeschäftigten tätig. Nahezu jeder vierte Arbeitnehmer mit einer reduzierten wöchentlichen Stundenzahl arbeitete im Handel und Gastgewerbe und rund jeder siebte im Verarbeitenden Gewerbe.

Weitere Informationen enthält der Statistische Bericht „Bevölkerung und Erwerbstätige Bayerns im März 2004“ (Best.-Nr. A62023, Preis 15,80 €).*

2001 gab es in Bayern 2 693 „Einkommensmillionäre“

Nach den neuesten Ergebnissen der Lohn- und Einkommensteuerstatistik, die gemäß Steuerstatistikgesetz in dreijährigem Turnus als Bundesstatistik in allen Ländern durchgeführt wird, gab es 2001 in Bayern 4,8 Millionen Lohn- und Einkommensteuerepflichtige. Dies waren knapp 190 000 Steuerepflichtige oder 4,1% mehr als drei Jahre zuvor. Sie erzielten einen Gesamtbetrag der

Einkünfte von 169,7 Milliarden Euro, gegenüber 1998 ein Plus von 15,6 Milliarden Euro oder 10,1%. Der Gesamtbetrag der Einkünfte errechnet sich im Wesentlichen aus dem Saldo der positiven und negativen Einkünfte der steuerrechtlich unterschiedenen sieben Einkunftsarten, wobei es sich bei den Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb und selbständiger

Arbeit um den Gewinn, bei den Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit, Vermietung und Verpachtung, Kapitalvermögen und sonstigen Einkünften um den Überschuss der Einnahmen über die Werbungskosten handelt. Von 1998 bis 2001 erhöhte sich die Lohn- und festgesetzte Einkommensteuer um 8,9% bzw. 2,6 Milliarden Euro auf 32,3 Milliarden Euro.

Gut 54 % der Steuerpflichtigen kamen auf einen Gesamtbetrag der Einkünfte zwischen 15 000 und unter 50 000 Euro. Gut ein Viertel blieb mit seinen Einkünften unter 15 000 Euro und 18 von 100 Steuerpflichtigen erzielten Einkünfte von mindestens 50 000 Euro. Im Durchschnitt lag der Gesamtbetrag der Einkünfte 2001 bei 35 340 Euro und damit um 5,8 % höher als 1998.

2001 gab es in Bayern 2 693 „Einkommensmillionäre“, d.h. ihr Gesamtbetrag der Einkünfte betrug jeweils mindestens 1 Million Euro. Dies waren 122 Steuerpflichtige oder 4,3 % weniger als drei Jahre zuvor. Dieser Rückgang dürfte im Wesentlichen auf die überhöhte Zahl der „Einkommensmillionäre“ im Jahr 1998 aufgrund der hohen Veräußerungsgewinne im Zusammenhang mit den Einkünften aus Gewerbebetrieb zurückzuführen sein. Allein die Ankündigung einer geplanten höheren Besteuerung dieser Gewinne aus dem Verkauf eines Gewerbebetriebs führte damals kurzfristig zu einem

beachtlichen Anstieg der Betriebsveräußerungen und damit auch der Veräußerungsgewinne. Im Schnitt kamen die „Einkommensmillionäre“ im Jahr 2001 auf einen Gesamtbetrag der Einkünfte von fast 2,8 Millionen Euro. Die im Mittel festgesetzte Einkommensteuer betrug rund 1,1 Millionen Euro. Obwohl die „Einkommensmillionäre“ nicht einmal ein Tausendstel der Steuerpflichtigen stellten, entrichteten sie 2001 mit 3 Milliarden Euro fast ein Zehntel der Lohn- und Einkommensteuer in Bayern. Gut 53 % der „Einkommensmillionäre“, nämlich 1 433, hatten ihren Wohnsitz in Oberbayern, wobei 802 in der Stadt oder im Landkreis München wohnten. 321 (11,9 %) waren in Mittelfranken und 303 (11,3 %) in Schwaben ansässig. Von den übrigen „Millionären“ lebten 233 in Unterfranken (8,7 %), 157 in Oberfranken (5,8 %), 148 in der Oberpfalz (5,5 %) und 98 in Niederbayern (3,6 %). Insgesamt kamen 2001 in Bayern im Durchschnitt auf 10 000 Einwohner 2 „Einkommensmillionäre“. Die höchste

Millionärsdichte je 10 000 Einwohner gab es 2001 im Landkreis Starnberg mit 12. Es folgten der Landkreis München mit 8 sowie mit jeweils 5 die Stadt München sowie der Landkreis Miesbach.

Datengrundlage der Lohn- und Einkommensteuerstatistik sind die anonymisierten Ergebnisse des Steuerfestsetzungsverfahrens durch die Finanzverwaltung. Um eine möglichst vollständige Erfassung aller Lohn- und Einkommensteuerfälle zu gewährleisten, kann die Statistik erst relativ spät erstellt werden. Der mehrjährige Abstand zwischen Statistikjahr und der Erstellung der Ergebnisse ist weitgehend auf die steuerrechtlich festgelegten Antrags- und Erklärungsfristen sowie auf den Zeitbedarf in den Finanzverwaltungen für die Bearbeitung der Steuererklärungen zurückzuführen.

Weitere Informationen erhalten Sie auf Anfrage unter Telefon 089/2119-370 oder -298.

Inflationsrate in Bayern im Juni bei 2,2%

Von Mitte Mai 2005 bis Mitte Juni 2005 hat sich der Verbraucherpreisindex in Bayern um 0,2 % erhöht. Der Indexstand betrug 109,4 (2000 = 100).

Zum Anstieg des Preisindex im Vormonatvergleich trugen vor allem die kräftigen Preiserhöhungen bei Heizöl (+15,6 %) bei. Aber auch die Preise für Kraftstoffe (+1,4 %) und Obst (+3,0 %) zogen deutlich an. Gemüse (-1,4 %) und Pauschalreisen (-3,8 %) waren indessen günstiger als im Vormonat.

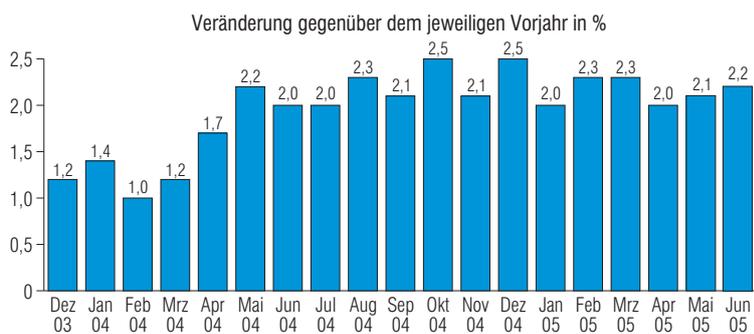
Die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke stiegen gegenüber dem Vormonat im Durchschnitt um 0,2 %. Überdurchschnittliche Preiserhöhungen waren insbesondere bei Kaffee (+4,5 %) und Obst (+3,0 %) zu beobachten, während u.a. die Preise für Fische und Fischwaren (-1,1 %) sowie für Gemüse (-1,4 %) zurückgingen.

gen. Von den Gemüsesorten verteuerten sich Blatt- und Stielgemüse (+21,9 %) am stärksten, während sich Fruchtgemüse (-18,4 %) erheblich verbilligte. Die Preise für Kartoffeln gingen um 1,4 % zurück. Beim Obst mussten die Verbraucher vor allem für Bananen (+7,6 %) und Zitrusfrüchte (+3,9 %) spürbar mehr bezahlen. Äpfel verteuerten sich gegenüber dem Vormonat um 2,2 %.

Der Preisauftrieb im Vergleich zum Vorjahr hat sich wieder leicht verstärkt. So betrug die Inflationsrate, das ist die Veränderung des Verbraucherpreisindex für Bayern gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat in Prozent, im Juni 2,2 %; im Mai hatte sie 2,1 % betragen.

Im Vorjahresvergleich war bei den Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken

Verbraucherpreisindex für Bayern von Dezember 2003 bis Juni 2005
2000 = 100



insgesamt ein Preisanstieg von 0,9% zu verzeichnen. Überdurchschnittliche Verteuerungen gab es insbesondere bei Kaffee (+12,4%), Bier (+4,9%) und Obst (+4,4%), während sich u.a. Eier (-4,2%) sowie Butter (-3,9%) gegenüber dem Vorjahr verbilligten. Besonders stark sind die Preise für Tabakwaren (+10,7%) gestiegen. Zu diesem Anstieg hat ganz wesentlich die letzte Erhöhung der Tabaksteuer zum 1. Dezember des vergangenen Jahres beigetragen.

Im Energiesektor stiegen die Preise für Heizöl (+45,7%) bei weitem am stärks-

ten. Aber auch die Preise für Gas (+7,0%), Strom (+3,0%), feste Brennstoffe (+2,3%) und Kraftstoffe (+6,7%) lagen deutlich über dem Vorjahresniveau. Ohne die Energiekosten für das Wohnen gerechnet, wäre der Verbraucherpreisindex im Juni gegenüber dem Vorjahr nur um 1,7% gestiegen.

Die Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten) legten im Vergleich zum Vorjahr um 1,7% zu. Bei den Wohnungsnebenkosten (u.a. für Müllabfuhr, Frisch- und Abwasser) betrug der Anstieg 1,3%. Deutlich niedriger als im Vorjahr waren im Juni weiterhin

die Preise für Personalcomputer und Zubehör (-11,1%) sowie für Fernseh- und Rundfunkgeräte (-6,4%). Erheblich teurer als im Vorjahr waren hingegen Verkehrsdienstleistungen (+4,0%) und Dienstleistungen sozialer Einrichtungen (+10,4%).

Ausführliche Ergebnisse zu diesem Thema enthalten die Statistischen Berichte „Verbraucherpreisindex für Bayern, Juni 2005 (mit Jahreswerten von 2001 bis 2004 sowie tief gegliederten Ergebnissen nach Gruppen und Untergruppen)“ und „Verbraucherpreisindex für Bayern (mit monatlichen Indexwerten von Januar 2000 bis Juni 2005 sowie Untergliederung nach Hauptgruppen und Gruppen)“.*

Anschlussgrade an öffentliche Wasserver- und -entsorgung weiter gestiegen

Im Jahr 2004 waren nach vorläufigen Ergebnissen 98,8% der bayerischen Bevölkerung an die öffentliche Wasserversorgung angeschlossen (2001: 98,6%, 1991: 97,9%). Die rund 150 000 nicht angeschlossenen Einwohner nutzten ausschließlich Hausbrunnen oder eigene Quellen zur Trinkwasserversorgung. Die Hälfte dieser nicht angeschlossenen Einwohner lebte im vergleichsweise kleinräumig strukturierten Regierungsbezirk Niederbayern (mit 27% aller amtlich benannten Gemeindeteile Bayerns und rund 10% der bayerischen Bevölkerung). Der Anschlussgrad an die öffentliche Wasserversorgung lag dort bei 93,6%, während die anderen Regierungsbezirke Werte zwischen 98,9 und 99,8% aufwiesen.

An die öffentliche Kanalisation waren im Jahr 2004 nach vorläufigen Ergebnissen 95,5% der bayerischen Bevölkerung angeschlossen (2001: 94,4%, 1991: 89,8%). Der Anschlussgrad an öffentliche Kläranlagen lag bei 94,9% (2001: 93,6%, 1991: 87,5%). Aufgrund unterschiedlicher Siedlungsstrukturen verteilen sich die Anschlussgrade regional sehr unterschiedlich. In Unter- bzw. Mittelfranken, wo rund 11 bzw. 14% der bayerischen Bevölkerung in nur rund 4 bzw. 7% aller amtlich benannten Gemeindeteile Bayerns leben, liegen die Anschlussgrade weit über dem bayerischen Durchschnitt. So war im Jahr 2004 die unter- bzw. mittelfränkische Bevölkerung nahezu vollständig an öffentliche Kläranlagen

angeschlossen (99,1 bzw. 98,4%). Im stark ländlich strukturierten Niederbayern waren es hingegen nur 87,2%, allerdings wurde hier mit 2,9 Prozentpunkten der größte Zuwachs verzeichnet.

Die öffentliche Wasserversorgung wurde im Jahr 2004 in Bayern von rund 2 500 Wasserversorgungsunternehmen betrieben. Die ordnungsgemäße Entsorgung des Abwassers lag in den Händen von rund 2 100 Betreibern öffentlicher Abwasserkanalisationen und rund 2 700 Betreibern von öffentlichen Kläranlagen.

Wasserbedarf der Wärmekraftwerke weiterhin rückläufig

Die bayerischen Wärmekraftwerke entnahmen 2004 aus Oberflächengewässern rund 2,4 Milliarden Kubikmeter Wasser (2001 waren es 2,6 und 1991 3,4 Milliarden Kubikmeter); dies entspricht in etwa der Wassermenge, die durchschnittlich pro Jahr in München die Isar hinunterfließt. 95% des gewonnenen Wassers (2,3 Milliarden Kubikmeter) wurden nur einmal genutzt und anschließend wieder zurück in die Gewäs-

ser abgeleitet. In Kreislaufsystemen wurden 124 Millionen Kubikmeter Frischwasser zugesetzt und somit (einschließlich des in den Kreislaufsystemen bereits vorhandenen Wassers) eine Wassernutzung von 7,2 Milliarden Kubikmeter erzielt, die mehr als der vierfachen Wassermenge des Ammersees entspricht. Insgesamt erreichten die Kraftwerke eine Wassernutzung von 9,5 Milliarden Kubikmeter (2001: 10,0 Milliarden

Kubikmeter), d.h. jeder den Gewässern entnommene Kubikmeter Wasser wurde wie schon im Jahr 2001 durchschnittlich 3,9-mal genutzt (1991: 2,8-mal).

Der größte Teil des genutzten Wassers (8,3 Milliarden Kubikmeter) wurde zur Kühlung von Stromerzeugungsanlagen eingesetzt. Zur Dampf- und somit letztendlich zur Energieerzeugung wurde vergleichsweise wenig

Wasser benötigt (292 Millionen Kubikmeter). Für sonstige Zwecke wie z.B. Rauchgasreinigung oder Fernwärmeerzeugung verwendeten die Wärmekraftwerke 892 Millionen Kubikmeter Wasser.

8,4 Milliarden Kubikmeter (88 %) der insgesamt genutzten Wassermenge entfielen auf

die bayerischen Kernkraftwerke, 1,0 Milliarden Kubikmeter (11 %) auf weitere fünf Wärmekraftwerke mit einem Wasseraufkommen von jeweils mehr als 20 Millionen Kubikmeter. Die 35 Wärmekraftwerke mit einem Wasseraufkommen von mehr als 1 000 bis unter 20 Millionen Kubikmetern nutzen insgesamt nur 122 Millionen Kubikmeter Was-

ser (1 %). Wärmekraftwerke mit einem Wasseraufkommen im Jahr 2004 von 1 000 Kubikmeter oder weniger wurden nicht befragt.

Ausführliche Ergebnisse zu diesem Thema enthält der Statistische Bericht „Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung bei Wärmekraftwerken für die öffentliche Versorgung in Bayern 2004“ (Best.-Nr. Q14003, Preis 2,30 €).*

2004: 193 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen

Im Jahr 2004 wurden in Bayern 193 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen registriert. Dabei handelte es sich überwiegend um Unfälle mit Mineralölprodukten (81 %). Hauptursache war in 124 Fällen Fehlverhalten oder menschliches Versagen der beteiligten Personen, in 33 Fällen Materialfehler und in 36 Fällen ungeklärte oder sonstige Ursachen. Es ereigneten sich 73 Unfälle beim Umgang mit und 120 bei der Beförderung von wassergefährdenden Stoffen, darunter 90 aufgrund beschädigter Kraftstofftanks von Straßenfahrzeugen (zumeist Folgen eines Verkehrsunfalls, aber auch Materialfehler).

Insgesamt traten rund 418 Kubikmeter wassergefährdende Stoffe aus, zu 65 % Stoffe, die nicht in Wassergefährdungsklassen (WGK) eingestuft werden (wie z.B. Gülle). Rund 19 % der Stoffe waren in der WGK 2 (wassergefährdend), 11 % in der WGK 3 (stark wassergefährdend) und knapp 5 % in der WGK 1 (schwach wassergefährdend) eingestuft. Von den insgesamt ausgelaufenen Stoffen konnten rund 264 Kubikmeter (63 %), von den stark wassergefährdenden Stoffen rund 19 Kubikmeter (40 %) wiedergewonnen werden. Acht Unfälle ereigneten sich in Wasserschutzgebieten; dabei wurden rund 1 200 Liter wassergefährdender Stoffe

freigesetzt, von denen bisher rund 670 Liter wiedergewonnen und -verwertet bzw. ordnungsgemäß entsorgt werden konnten.

Die Kosten der Schadenseindämmung und -behebung aller registrierten Unfälle beliefen sich auf insgesamt rund 2,1 Mill. Euro. Je Unfall waren dies durchschnittlich rund 11 000 Euro.

Ausführliche Ergebnisse zu diesem Thema enthält der Statistische Bericht „Unfälle beim Umgang mit und bei der Beförderung von wassergefährdenden Stoffen in Bayern 2004“ (Best.-Nr. Q41003, Preis 3,50 €).*

Wiederverwertung von Altpapier und Altglas nimmt weiter zu

Die bayerische Papierindustrie recycelte im Jahr 2004 insgesamt rund 3,1 Millionen Tonnen Altpapier, 12 % mehr als 2002 und 85 % mehr als 1996, dem Jahr, in dem die Erhebung erstmals durchgeführt wurde. Das zur Wiederverwertung eingesetzte Altpapier bestand zu 61 % aus „Deinkingware“ (einschl. Illustrierten und Zeitungen), d.h. Altpapier, welches sich zur Abtrennung der Druckfarben eignet und somit zu hellem und weißem Recyclingpapier verarbeitet werden kann. Kartonverpackungen aus dem Groß-

und Einzelhandel (Kaufhaus-Altpapier) bzw. sortiertes gemischtes Altpapier umfassten rund 13 bzw. 12 %, der Rest verteilte sich auf zahlreiche weitere Altpapiersorten wie z.B. Wellpappe, Papierspäne oder Getränkekartonverpackungen. Den weitaus größten Teil des Altpapiers (77 %) bezogen die Papierfabriken von Sammel- und Sortierbetrieben sowie vom Altpapierhandel. 22 % wurde aus dem Ausland importiert und ein Prozent wurden von inländischen Industriebetrieben direkt angeliefert.

Die bayerische Glasindustrie verwertete im Jahr 2004 insgesamt rund 571 000 Tonnen Altglas, 4 % mehr als 2002 und 63 % mehr als 1996. Das eingeschmolzene und wiederverwertete Altglas bestand zu 42 % aus Weißglas, zu 30 % aus Grünglas und zu 20 % aus Braunglas, der Rest verteilte sich auf Misch-, Flach- und Spezialglas. Die bedeutendsten Zulieferer waren Sammel- und Sortierbetriebe sowie Altglashändler (64 % des gelieferten Altglases). 25 % wurden von Industriebetrieben direkt angeliefert und 11 % aus dem Ausland importiert.

3,3 Milliarden Euro für Sozialhilfe im Jahr 2004

Die gesamten Sozialhilfeausgaben in Bayern nahmen im Jahr 2004 gegenüber dem Vorjahr um 6,8% auf brutto 3,31 Milliarden Euro zu. Die Sozialhilfe wurde 2004 letztmals nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) gewährt. Mit Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II (Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe) im Januar 2005 wurde auch das BSHG vom Zwölften Buch des Sozialgesetzbuches (SGB XII) abgelöst.

Zum Anstieg der Sozialhilfeausgaben trugen die beiden Hauptarten Hilfe in besonderen Lebenslagen und Sozialhilfe zum Lebensunterhalt prozentual etwa gleich stark bei. Der Aufwand für erstere stieg binnen eines Jahres um rund 6,8% auf brutto 2,45 Milliarden Euro, wovon allein für den kostenintensiven Teilbereich Eingliederungs-

hilfe für Behinderte 1,67 Milliarden Euro anfielen (+4,8%). Bezogen auf die Gesamtausgaben für Sozialhilfe betrug der Anteil der Hilfen in besonderen Lebenslagen (wie im Vorjahr) rund 74% und der für Eingliederungshilfe Behinderter 50,5%. Bei der anderen Hauptart, nämlich der (in der öffentlichen Diskussion meist als „Sozialhilfe“ verstandenen) Sozialhilfe zum Lebensunterhalt, ergab sich binnen eines Jahres eine Steigerung um 6,9% auf 0,87 Milliarden Euro. 2003 verringerte sich der Bruttoaufwand für diese Hilfeart dagegen noch um 1,7%, wohl wegen der seit Anfang 2003 bestehenden neuen Grundsicherung für hilfebedürftige Ältere und voll Erwerbsgeminderte. Der Anteil der Leistungen für die Sozialhilfe zum Lebensunterhalt an den Gesamtaufwendungen für Sozialhilfe belief sich 2004 (wie im Vorjahr) auf rund 26%.

17,5% der gesamten Bruttoausgaben konnten im Jahr 2004 durch Einnahmen (vor allem aus Erstattungen anderer Sozialleistungsträger) gedeckt werden. Damit beliefen sich die so genannten Reinausgaben der Sozialhilfe insgesamt in diesem Jahr auf 2,73 Milliarden Euro, um 5,2% mehr als im Jahr davor. Die Sozialhilfebemlastung – darunter versteht man die Reinausgaben je Einwohner – ist daher von 210 Euro im Jahr 2003 auf 220 Euro im Jahr 2004 gestiegen.

Ausführliche Ergebnisse zu diesem Thema enthält der Statistische Bericht „Die Sozialhilfe in Bayern 2004, Teil 1: Ausgaben und Einnahmen“ (Best.-Nr. K11013, Preis 5,50 Euro).*

* Alle Statistischen Berichte sind auch kostenlos als Datei erhältlich. Bestellmöglichkeit (für alle Veröffentlichungen): s. Umschlagseite 3

Neu: Webangebot des Rechenzentrums Süd im Bayerischen Behördennetz

Die im Juli 2003 durch den Bayerischen Ministerrat beschlossene Neustrukturierung und Konsolidierung der staatlichen Rechenzentren und IT-Betriebszentren bildet eine der wesentlichen Säulen der „eGovernment-Initiative“ der bayerischen Staatsregierung. Im Sinne eines strategisch ausgerichteten und abgestimmten IuK-Einsatzes werden hierzu die bisherigen Rechenzentren und IT-Betriebszentren organisatorisch auf zwei Rechenzentren in Nord- und Südbayern konzentriert.

Als einer der zentralen IT-Dienstleister im Freistaat Bayern erbringt das Rechenzentrum Süd (RZ Süd) IuK-Dienstleistungen im Bereich der öffentlichen Verwaltung und stellt seinen Kunden ein umfassendes IT-Know-how bereit. Unter seinem Dach werden die Rechenzentren der Staatlichen Führungsakademie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (FüAk), des Landeskriminalamts sowie des Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung vereint. Aufbauend auf diesem gebündelten Know-how im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik trägt das RZ Süd zusammen mit seinen Kunden zum Aufbau leistungsfähiger E-Government-Strukturen im Freistaat bei.

Für seine Kunden aus der bayerischen Landes- und Kommunalverwaltung bietet das RZ Süd jetzt im Bayerischen Behördennetz (Landesintranet, Zugang nur für bayerische Behörden) unter www.rz-sued.bybn.de ein neues Webangebot an. Es umfasst – gebündelt und aktuell – ein umfangreiches Angebot an Informationen über das Rechenzentrum und seine Dienstleistungen.

So informiert die Rubrik „Profile“ über die Aufgabenstellung, Ziele und Organisationsstruktur des RZ Süd. Die Rubrik „Dienstleistungen“ basiert auf dem Servicekatalog des Rechenzentrums und beschreibt dessen umfangreiches Leistungsportfolio. Die „Infothek“, die sich vor allem an die Anwender der RZ Süd – Dienstleistungen richtet, umfasst neben Handbüchern und Informationsmaterial auch Formulare und weiterführende Links. Darüber hinaus benachrichtigt ein Newsletter über neue Entwicklungen im Web- und Serviceangebot.

Bei der künftigen Konsolidierung der IT-Betriebsstätten setzt das RZ Süd auf eine partnerschaftliche Zusammenarbeit und individuelle Betreuung. In der Rubrik „IT-Betriebsstätten“ kann das Rechenzentrum deshalb über den Stand und die Entwicklung der Migration mit den Beteiligten kommunizieren.

„Gemeindeschlüsselverzeichnis für Bayern“ neu erschienen

Die Publikation „Gemeindeschlüsselverzeichnis für Bayern“ wurde Ende Juni neu aufgelegt. Die Veröffentlichung ist für Benutzer konzipiert, die die amtlichen Schlüsselzahlen, Bezeichnungen und regionalen Zuordnungen der Gemeinden, Verwaltungsgemeinschaften und Kreise im Freistaat benötigen. Die Neuauflage zum Stand 1. Mai 2005, in der alle Veränderungen seit der letzten Ausgabe im Jahr 2002 berücksichtigt sind, liegt auch als PDF- und Excel-Datei vor.

Jede der 2 056 Gemeinden Bayerns verfügt über eine eindeutige amtliche Schlüsselkennzeichnung. Diese achtstelligen Gemeindeschlüsselzahlen, die 1954 für Verwaltungszwecke eingeführt wurden, sind hierarchisch aufgebaut. Die ersten zwei Stellen bezeichnen das Bundesland, die dritte den Regierungsbezirk, die vierte und fünfte die kreisfreie Stadt oder den Landkreis innerhalb eines Regierungsbezirkes und die sechste bis achte Stelle die Gemeinde innerhalb eines Kreises.

In der Publikation sind im alphabetischen Verzeichnis der Gemeinden zusätzlich die Postleitzahlen der Gemeindeverwaltungen sowie die Zugehörigkeit zu einer der 18 bayerischen Regionen aufgeführt. Ebenfalls im Gemeindegemeinschaftsverzeichnis enthalten sind die 314 bayerischen Verwaltungsgemeinschaften, die einen eigenen dreistelligen Schlüssel haben. Die Excel-Datei beinhaltet darüber hinaus die Fläche (in Ar) und die fortgeschriebene Bevölkerung der Gemeinden.

Das „Gemeindegemeinschaftsverzeichnis für Bayern“ ist erhältlich als gedruckte Ausgabe oder als Datei (Best.-Nr. A50306, Preis 20,50 €).

EU-SILC 2005 erstmals durchgeführt

Leben in Europa: eine neue Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen von Haushalten in der Europäischen Union

Mit der Aufnahme des Kapitels Sozialpolitik in den Vertrag von Amsterdam 1997 (Art. 136 und 137) wurde das politische Gewicht der Sozialpolitik in der Europäischen Union deutlich gestärkt. Der Europäische Rat hat 2000 auf seiner Tagung in Lissabon die Förderung der sozialen Integration in den Mittelpunkt seiner globalen Strategie gestellt, um die Union zu einem Wirtschaftsraum zu machen, „der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen“¹. Im Rahmen der Lissabonstrategie sind die Mitgliedsstaaten aufgefordert, nationale Aktionspläne zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung zu erstellen, die in die gemeinsamen Berichte der Kommission und des Rates über die soziale Eingliederung einfließen, die alle zwei Jahre vorgelegt werden². Aus den geänderten politischen Anforderungen resultiert ein wachsender Bedarf an vergleichbaren und aktuellen Daten, die auch in die Strukturindikatoren eingehen, die jährlich für den Synthesebericht an den europäischen Rat zu errechnen sind. Das europäische Haushaltspanel (ECHP: European Community Household Panel), bisher die hauptsächliche Datenquelle zu Einkommens- und Lebensbedingungen, konnte weder inhaltlich noch im Hinblick auf die Aktualität der Ergebnisse die neuen und veränderten Anforderungen abdecken. Daher wurde beschlossen, ein neues, gemeinschaftlich harmonisiertes Instrument zur Beobachtung von Armut und sozialer Ausgrenzung einzuführen, nämlich die Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen – kurz EU-SILC (European Statistics on Income and Living Conditions).

Die Rahmenverordnung für EU-SILC³ regelt die Grundprinzipien des neuen Instruments, die aufzunehmenden Themen, die Mindestumfänge der nationalen Stichproben sowie die Termine der Datenübermittlung an Eurostat. Die Datenerhebung, die in anderen Mitgliedsstaaten bereits im Jahr 2004 begonnen hat, wurde in Deutschland, wie im Vereinigten Königreich und in den Niederlanden heuer erstmals durchgeführt. Auf diese Basisverordnung bauen zahlreiche Durchführungsverordnungen auf, welche die zugrunde liegenden Definitionen enthalten und Regeln über die Stichprobenauswahl und die Weiterbefragung, die Feldarbeit und das Imputationsverfahren sowie den Inhalt der an Eurostat zu liefernden Qualitätsberichte vorgeben. Die zu erhebenden Daten sind in Form sogenannter Zielvariablen in eigenen Verordnungen präzisiert. Diese Zielvariablen können zum Teil direkt aus Erhebungsmerkmalen ermittelt werden, wie die soziodemographischen Daten, zum Teil müssen diese Variablen aus mehreren Angaben der teilnehmenden Haushalte erst erzeugt werden. EU-SILC umfasst ein festes jährliches Erhebungsprogramm (primäre Zielvariablen) sowie jährlich wechselnde Module (sekundäre Zielvariablen), die eine flexible Reaktion auf neue Fragestellungen erlauben. 2005 geht es dabei um die intergenerationale Übertragung von Armut, 2006 wird

1 Eurostat (Hrsg.) Europäische Sozialstatistik Einkommen, Armut und soziale Ausgrenzung: Zweiter Bericht Daten 1994 – 1997, S. 5.
 2 Die Berichte von 2001 und 2003 finden sich unter http://europa.eu.int/comm/employment_social/soc-prot/soc-incl/joint_rep_de.htm.
 3 Verordnung (EG) Nr. 1177/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Juni 2003 für die Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) – ABl. EU Nr. L 165 S. 1.

die soziale Teilhabe Thema des variablen Teils sein. Zwar kommt dem Mangel an finanziellen Ressourcen (einkommensbedingte Armut) nach wie vor eine zentrale Bedeutung zu, der Begriff der Armut wird jedoch in Verbindung mit sozialer Ausgrenzung sehr viel weiter und mehrdimensionaler gefasst. Nach dem Lebenslagenansatz gelten Personen oder Haushalte als arm, „die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie leben, als Minimum angesehen wird“⁴.

Flexibilität in Bezug auf die Datenquellen ist eines der Grundprinzipien der Rahmenverordnung. In Deutschland wird EU-SILC als eigenständige Erhebung unter dem Namen „Leben in Europa“ durchgeführt. Sie ist als Haushaltsstichprobe angelegt. Grundgesamtheit hierfür sind alle privaten Haushalte und ihre Mitglieder (am Hauptwohnsitz), die zum Zeitpunkt der Erhebung in der Bundesrepublik Deutschland leben. Bundesweit werden im Rahmen von EU-SILC auf freiwilliger Basis rund 14 100 Haushalte befragt, darunter etwa 2 030 Haushalte in Bayern. Bisher sind in Deutschland freiwillige Haushaltsbefragungen als reine Quotenstichproben durchgeführt worden. EU-SILC dagegen ist prinzipiell als Zufallsstichprobe angelegt. Die dafür nötige Auswahlgrundlage musste erst geschaffen werden. Für Deutschland sieht die Rahmenverordnung daher einen schrittweisen Übergang von der Quotenstichprobe zur Zufallsauswahl vor. „Leben in Europa“ greift für die Stichprobenziehung in den ersten drei Erhebungsjahren auf zwei unterschiedliche Auswahlgrundlagen zu. Basis für die Ziehung des quotenbasierten Stichprobenteils sind Adressenbestände von Haushalten, die bereits an freiwilligen Haushaltsbefragungen teilgenommen haben, primär an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe oder den Laufenden Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte. Der zufallsbasierte Teil (geschichtete Zufallsauswahl) stützt sich auf ein Instrument, das als Bestandteil von EU-SILC neu geschaffen wurde. Im Rahmen des Mikrozensus werden die Haushalte nach Beendigung ihrer auskunftspflichtigen Mitarbeit auf „Haushalte Heute“ angesprochen. „Haushalte Heute“ ist eine freiwillige Zusammenarbeit zwischen privaten Haushalten und der amtlichen Statistik. „Haushalte Heute“ ist ein Adressenpool von Haushalten, die bewusst entschieden haben, sich hin und wieder an Umfragen der amtlichen Statistik zu beteiligen. Diese Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte bildet die Auswahlgrundlage für die Zufallsauswahl bei EU-SILC. Nachdem EU-SILC in Deutschland als Vierjahres-Rotationspanel realisiert wird, vollzieht sich die Umstellung zu einer reinen Zufallsstichprobe bei der Rotation. Im ersten Erhebungsjahr 2005 sind drei Viertel der Stichprobe quotenbasiert. 2006 scheidet eines dieser Quotenviertel aus der Erhebung aus und wird durch ein Viertel ersetzt, das per Zufallsauswahl gezogen wurde. 2008 besteht die Stichprobe dann nur noch aus Zufallshaushalten.

Mit „Leben in Europa“ werden Querschnittsdaten über Einkommen, Armut, soziale Ausgrenzung und sonstige Lebensbedingungen erhoben sowie Längsschnittsdaten, die sich auf Einkommen, Erwerbstätigkeit und eine begrenzte Zahl nichtmonetärer Indikatoren der sozialen Ausgrenzung beschränken. Die Haushalte, die an EU-SILC teilnehmen, werden bis zu vier aufeinander folgende Jahre befragt. Anwerbung und Erhebung selbst erfolgen postalisch. Vor Versand der Fragebogen wird schriftlich ein erster Kontakt zu den Haushalten aufgenommen, die dabei auch über die Erhebungsinhalte informiert werden. Um das Erhebungssoll von rund 2 030 Haushalten in Bayern zu erreichen, wurden über 3 500 Haushalte angeschrieben. Die Teilnahmebereitschaft war jedoch deutlich größer, als es in diesen Zahlen zum Ausdruck kommt. Derzeit liegen von rund 72 % der Haushalte des Zufallsteils verwertbare Fragebogen vor. Von den Haushalten des quotenbasierten Teils waren zunächst etwa 74 % bereit, sich an „Leben in Europa“ zu beteiligen, gut ein Viertel davon konnte jedoch nicht einbezogen werden, weil sie mit ihren aktuellen Schichtmerkmalen letztlich nicht mehr in den Quotenplan

⁴ Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bonn 2001.

zu integrieren waren. Quotierungs- bzw. Schichtungsmerkmale neben dem Bundesland waren der Haushaltstyp, die soziale Stellung und das Haushaltsnettoeinkommen.

Das Erhebungsprogramm deckt – dem mehrdimensionalen Armutsbegriff entsprechend – die Aspekte Einkommen, Arbeit, Bevölkerung, Wohnung, Bildung und Gesundheit ab. Haushaltsbezogene Daten wie die Zusammensetzung des Haushalts u.a. nach Alter, Geschlecht und Lebenssituation seiner Mitglieder werden in einem Haushaltsbogen erhoben. Dazu gehören auch Fragen zur Wohnsituation und zu den Kosten der Wohnung, zur Kinderbetreuung und zur sozialen Ausgrenzung. Dabei wird etwa nach wohnungsbezogenen oder sonstigen Zahlungsrückständen und nicht monetären Mangelindikatoren (z.B. Zurechtkommen mit dem Einkommen, erzwungene Unterversorgung) gefragt. Hier gehen auch Einschätzungen des physischen oder sozialen Umfelds etwa durch Umweltbelastungen oder Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus in der Umgebung mit ein. Zusätzlich erhält jedes Haushaltsmitglied im Alter von 16 oder mehr Jahren einen Personenfragebogen, bei dem Fragen zu Erwerbstätigkeit und persönlichem Einkommen im Vordergrund stehen. Daneben werden Fragen zu Gesundheit und Ausbildung gestellt. Das Thema „generationenübergreifende Übertragung von Armut“ wird mit Fragen zur Lebenssituation im Elternhaus abgedeckt. Die teilnehmenden Haushalte erhalten eine kleine finanzielle Anerkennung für ihre Mitarbeit, deren Höhe sich nach der Größe des Haushalts richtet.

Natürlich werden bei EU-SILC, wie bei allen Erhebungen der amtlichen Statistik alle Angaben streng vertraulich behandelt und völlig anonym, d.h. ohne Name und Anschrift, ausschließlich für statistische oder wissenschaftliche Zwecke verwendet. Mit seinem breitgefächerten Erhebungsprogramm schafft EU-SILC für nationale Zwecke ein Datenangebot, das differenzierte Analysen von Armut und Ausgrenzung ermöglicht. Zumindest für größere Bundesländer wie Bayern sind aus dieser Stichprobe belastbare Basisdaten zu erwarten. Mit der Veröffentlichung erster Ergebnisse aus „Leben in Europa“ ist etwa Mitte nächsten Jahres zu rechnen.

Dipl.-Volksw. Gerhard Schmidt

Ehescheidungen in Bayern

Dipl.-Kffr. (FH) Yvonne Tollmann

Bei der Zahl der Ehescheidungen in Bayern war im Jahr 2004 mit 29 748 erstmals seit 1999 ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr (2003: 29 992 Fälle) festzustellen. Im Vergleich zu 1990 (19 168 Fälle) lagen die Scheidungszahlen 2004 aber um 54 % höher, seit 1980 haben sie sich mehr als verdoppelt. Fast die Hälfte aller Ehescheidungen (49 %) entfiel 2004 auf Ehen mit einer Dauer von 5 bis unter 15 Jahren. Selbst nach einer Ehedauer von 25 Jahren oder mehr lag die Zahl der Scheidungen noch bei einem Anteil von rund 11 %. Im Jahr 2004 waren insgesamt 24 493 minderjährige Kinder von der Scheidung ihrer Eltern betroffen, somit hat sich deren Zahl gegenüber dem Vorjahr zwar um 447 verringert, seit 1990 aber beinahe verdoppelt. Innerhalb Bayerns gab es 2004 merkbare regionale Unterschiede zwischen Stadt und Land bei der Ehescheidungshäufigkeit.

Vorbemerkungen

Die Rechtsgrundlage für die Statistik der rechtskräftigen Urteile in Ehesachen ist das Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes i.d.F. vom 14. März 1980 (BGBl I S. 308). Seit Inkrafttreten des Ersten Gesetzes zur Reform des Ehe- und Familienrechts (1. EheRG) am 1. Juli 1977 wird die Statistik der rechtskräftigen Urteile in Ehesachen zusammen mit der Justizgeschäftsstatistik durchgeführt. Zur Erfassung der rechtskräftigen Urteile in Ehesachen werden monatlich elektronische Zählkarten bei den Geschäftsstellen der im Rahmen des 1. EheRG bei den Amtsgerichten errichteten Familiengerichten erstellt und dem Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung übermittelt. Die Auswertung der Statistik der rechtskräftigen Urteile erfolgt jährlich¹.

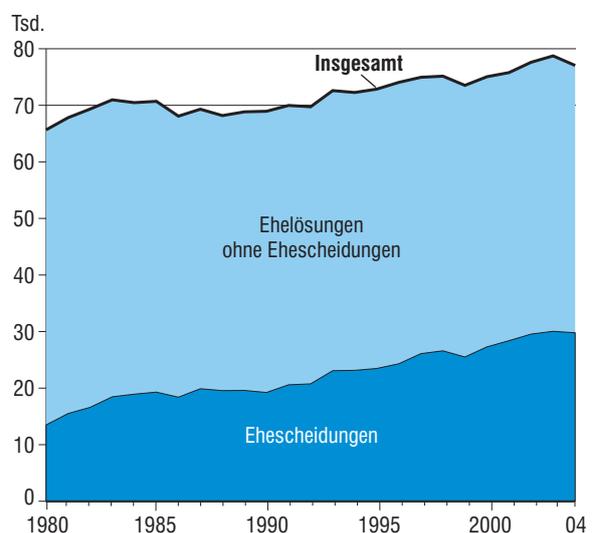
Im Ersten Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts ist geregelt, dass eine Ehe geschieden werden kann, wenn sie gescheitert ist. Diese Regel wird durch bestimmte Trennungsfristen konkretisiert, die natürlich von Einfluss auf die Verteilung der Ehescheidungen nach Ehedauer sind. Leben die Ehegatten noch kein Jahr getrennt, so kann die Ehe nur in begründeten Ausnahmefällen geschieden werden. Leben die Ehegatten zwischen einem und drei Jahren getrennt, wird unwiderlegbar vermutet, dass die Ehe gescheitert ist, wenn beide Ehepartner die Scheidung beantragen und der Scheidung zustimmen. Wenn die Ehegatten seit über drei Jahren getrennt leben, wird unwiderlegbar vermutet, dass die Ehe gescheitert ist, die fehlende Zustimmung des anderen Ehegatten ist dann unbeachtlich.

Unterdurchschnittliche Scheidungshäufigkeit Bayerns innerhalb der alten Bundesländer

Eine Ehe wird entweder durch den Tod eines Ehegatten oder durch ein gerichtliches Urteil beendet. 2004 gingen etwa 44 % der Ehelösungen auf den Tod des Mannes, 17 % auf den Tod der Frau

Ehelösungen in Bayern seit 1980

Abb. 1



und 39 % auf ein gerichtliches Urteil zurück. Der hohe Anteil der durch den Tod des Mannes beendeten Ehen ist vor allem darauf zurückzuführen, dass verheiratete Männer im allgemeinen etwas älter als ihre Frauen sind und die mittlere Lebenserwartung der Frauen mehrere Jahre höher ist als die der Männer (z.B. liegt die Differenz der mittleren Lebenserwartung einer 35jährigen Frau und eines 37jährigen Mannes nach der Allgemeinen Bayerischen Sterbetafel des Landesamts bei 7,3 Jahren). Bei den durch gerichtliches Urteil gelösten Ehen spielen die Auflösungsgründe „Nichtigkeitserklärung der Ehe“ und „Aufhebung der Ehe“ zahlenmäßig nur eine sehr geringe Rolle, 99,7 % entfallen auf „Ehescheidungen“; diese werden im Folgenden betrachtet.

In Schaubild 1 sind die Ehelösungen insgesamt sowie die Ehescheidungen dargestellt. Die durch den Tod eines Ehegatten be-

¹ Die Ergebnisse werden im statistischen Bericht veröffentlicht.

Geschiedene Ehen 2004 in den Bundesländern

Tab. 1

Bundesland	Ehescheidungen	
	Anzahl	je 10 000 Einwohner
Baden-Württemberg	25 129	23
Bayern	29 748	24
Berlin	10 245	30
Brandenburg	5 773	24
Bremen	1 954	27
Hamburg	4 892	29
Hessen	16 573	27
Mecklenburg-Vorpommern	3 940	21
Niedersachsen	21 872	27
Nordrhein-Westfalen	51 139	28
Rheinland-Pfalz	11 298	28
Saarland	2 786	27
Sachsen	8 842	21
Sachsen-Anhalt	5 866	23
Schleswig-Holstein	8 180	29
Thüringen	5 454	23
Deutschland insgesamt	213 691	26

dingten Ehelösungen nahmen seit 1980 von 52 245 auf 47 279 merklich ab. In dieser Entwicklung zeichnet sich vor allem die gestiegene Lebenserwartung der Bevölkerung ab, was natürlich Auswirkungen auf die Dauer der Ehen hat. Bei den Ehescheidungen ist dagegen seit 1980 mit 13 408 Fällen eine nahezu kontinuierlich aufwärts gerichtete Tendenz festzustellen.

Betrug 1980 der Anteil der Ehescheidungen an den Ehelösungen noch 20,4%, so waren es im Jahr 2004 bereits 38,6%. Dennoch hat Bayern neben Baden-Württemberg unter den alten Bundesländern seit 1980 die niedrigsten Scheidungshäufigkeiten zu verzeichnen. Wurden deutschlandweit im Jahr 2004 26 Ehen auf 10 000 Einwohner (Stand: 31. Dezember 2004) geschieden, lag dieser Wert in Bayern – trotz der nach wie vor hohen Scheidungszahlen – mit 24 nur knapp über dem von Baden-Württemberg (23). In den neuen Ländern verzeichnete Sachsen die niedrigste Scheidungshäufigkeit mit 21 Ehescheidungen auf 10 000 der Bevölkerung (Tabelle 1), was gleichzeitig auch der niedrigste Wert in Deutschland war.

„Kritische“ Ehedauer zwischen 4 und 6 Ehejahren

Große Bedeutung für die Scheidungsfähigkeit einer Ehe besitzt die Ehedauer (Schaubild 2). Vereinfachend lässt sich sagen, dass 1990 etwa 21% der geschiedenen Ehen weniger als fünf, rund 29% fünf bis unter zehn Jahre, ca. 30% zehn bis unter zwanzig Jahre und etwa 20% zwanzig Jahre oder länger bestanden haben. Im Jahr 2004 wurden dagegen rund 15% der Ehen nach einer Ehedauer von bis zu fünf Jahren, 30% von fünf bis unter zehn Jahren, 35% nach zehn bis unter zwanzig Jahren und etwa 20% nach zwanzig Ehejahren oder mehr geschieden. Am häufigsten wurden 2004 junge Ehen nach einer Dauer von vier bis sechs Jahren beendet. Auf diese drei Ehedauerjahre entfielen zusammen 5 746 Fälle,

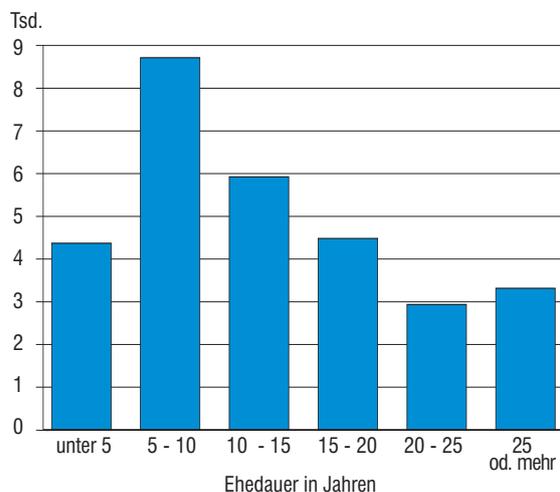
das sind rund 19% aller Scheidungen. Damit hat sich im Laufe der vergangenen Jahre die hinsichtlich des Scheidungsrisikos „kritische Ehedauer“ leicht nach oben verschoben. So endeten die 1990 geschiedenen Ehen am häufigsten nach einer Ehedauer von drei bis fünf Jahren. Aber auch Ehescheidungen nach einer verhältnismäßig langen Zeit des Zusammenlebens sind keine Einzelfälle. Etwa 11% der 2004 geschiedenen Ehen hatten das Jubiläum der Silberhochzeit bereits hinter sich. Bei 11 Paaren die im Jahr 2004 heirateten, wurde die Ehe noch im gleichen Jahr geschieden.

Der Scheidungsantrag ging im Jahr 2004 überwiegend (zu 55%) von der Ehefrau, in etwa 37% der Fälle vom Ehemann und in rund 8% der Fälle von beiden aus. Dieses Verhältnis hat sich seit 1990 nur unwesentlich verändert.

Kinder von der Scheidung ihrer Eltern nach wie vor stark betroffen

Von einer Scheidung der Eltern sind häufig Kinder betroffen, die aus dieser Ehe hervorgegangen sind. In der Statistik der Ehescheidungen wird nur die Zahl der (zum Zeitpunkt der Scheidung) minderjährigen Kinder erhoben und ausgewiesen, d.h. alle volljährigen Kinder von geschiedenen Ehepaaren werden hier nicht erfasst. Seit Anfang der 90er Jahre hat sich die Zahl der „Scheidungswaisen“ deutlich erhöht. Während 1990 rund 13 900 minderjährige Kinder die Scheidung ihrer Eltern erleben mussten, stieg diese Zahl bis 2004 um rund 76% auf 24 493 Kinder an. Diese Entwicklung hängt zum einen mit der gestiegenen Zahl an Ehescheidungen zusammen. Zum anderen hat jedoch der Anteil der Ehen zugenommen, in denen zum Zeitpunkt der Scheidung zwei oder mehr Kinder unter 18 Jahren lebten. Dies waren 1990 rund 19% der geschiedenen Ehen, 2004 bereits 24%. Demgegenüber hat seit 1990 der Anteil der Scheidungen von Ehen ohne Kinder bzw. oh-

Ehescheidungen in Bayern 2004 nach der Ehedauer



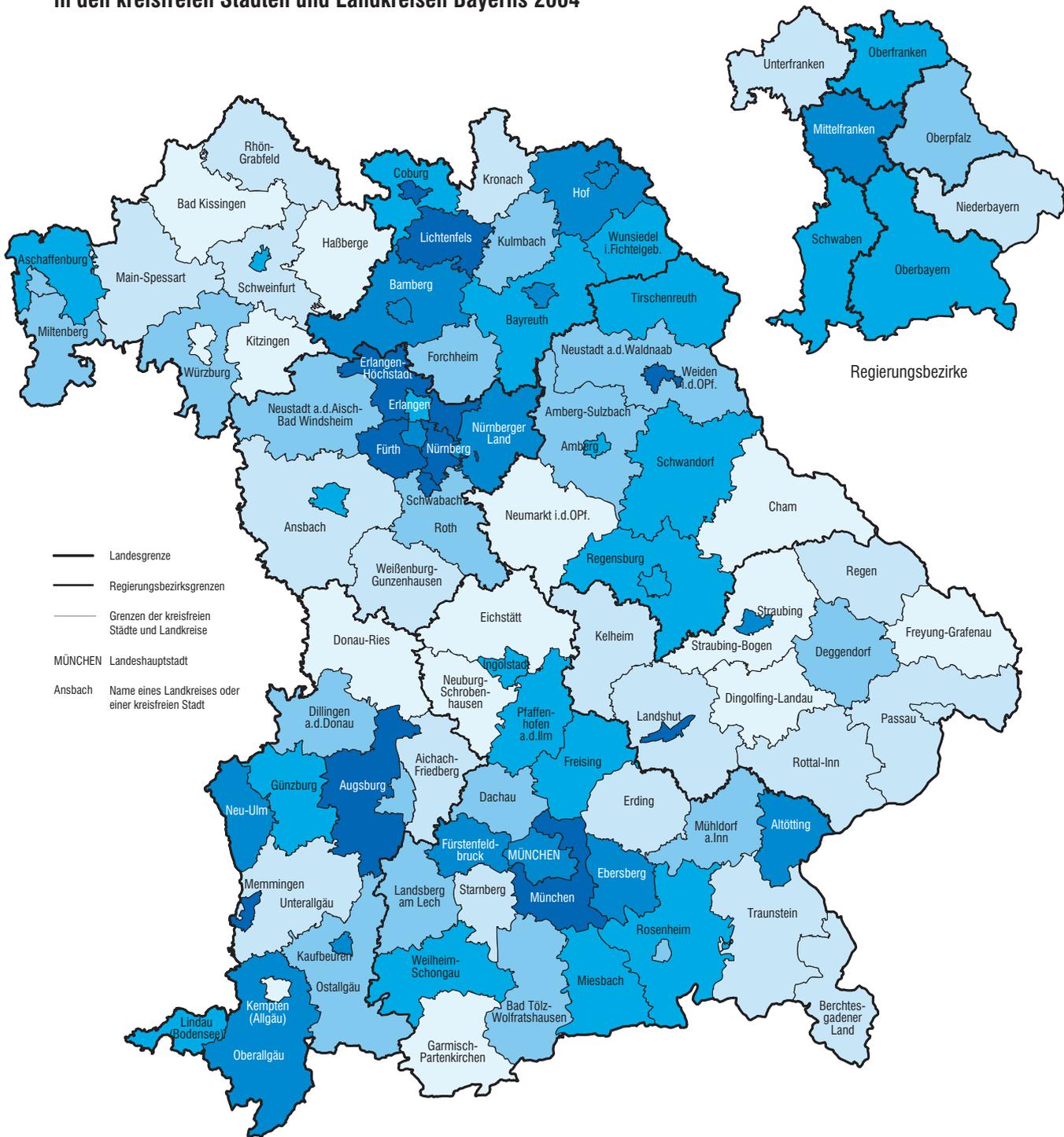
Kritische Ehedauer

Zahl der betroffenen minderjährigen Kinder

Abb. 2

24 Scheidungen je 10 000 Einwohner in Bayern

Abb. 3 **Ehescheidungen je 10 000 Einwohner in den kreisfreien Städten und Landkreisen Bayerns 2004**



Ehescheidungen je 10 000 Einwohner		Häufigkeit
[Lightest Blue]	bis unter 20	14
[Light Blue]	20 bis unter 22	18
[Medium Light Blue]	22 bis unter 24	18
[Medium Blue]	24 bis unter 26	20
[Dark Blue]	26 bis unter 28	15
[Darkest Blue]	28 oder mehr	11

Minimum: Lkr Dingolfing-Landau 14
 Maximum: Krfr. St Schwabach 34
 Bayern: 24

Geschiedene Ehen in Bayern 2004 nach dem Alter der Ehepartner

Tab. 2

Alter der geschiedenen Männer in Jahren ¹	Insgesamt	Alter der geschiedenen Frauen in Jahren ¹					
		unter 20	20	30	40	50	60 oder mehr
			bis unter				
			30	40	50	60	
unter 20	-	-	-	-	-	-	-
20 bis unter 25	467	8	427	26	5	1	-
25 bis unter 30	2 140	10	1 646	416	51	14	3
30 bis unter 35	4 273	-	1 595	2 331	285	53	9
35 bis unter 40	6 370	-	706	4 649	914	79	22
40 bis unter 50	10 540	1	295	3 868	5 910	428	38
50 bis unter 60	4 463	-	52	396	2 160	1 720	135
60 oder mehr	1 495	-	11	80	262	537	605
Insgesamt	29 748	19	4 732	11 766	9 587	2 832	812

1 Alter = Berichtsjahr - Geburtsjahr

ne minderjährige Kinder weiterhin leicht abgenommen: 1990 war dies bei mehr als der Hälfte aller Ehescheidungen der Fall, 2004 bei knapp 48 %.

Scheidungen im 4. Lebensjahrzehnt am häufigsten

In Tabelle 2 sind die im Jahr 2004 geschiedenen Ehen nach dem Alter der Ehepartner dargestellt. Die meisten Ehepartner waren zum Zeitpunkt der Ehescheidung zwischen 30 und 39 Jahre alt. So wurden 2004 insgesamt 10 643 Ehen (36 %) geschieden, bei denen der Mann und 11 766 (40 %) Ehen, bei denen die Frau zwischen 30 und 39 Jahren alt waren. Bei insgesamt 6 980 geschiedenen Ehen waren beide Partner in dieser Altersgruppe. Ehen in denen die jeweiligen Partner 40 bis unter 50 Jahre alt waren, wurden in Bayern am zweithäufigsten geschieden.

Vergleicht man alle weiteren Altersgruppen bei Männern und Frauen, so lässt sich feststellen, dass sich Männer im „besten“ Alter von 50 bis unter 60 Jahren weit häufiger scheiden lassen als noch in jungen Jahren (20 bis unter 30 Jahre). Bei den Ehepartnerinnen ist die Konstellation genau umgekehrt. Hier werden weit mehr junge Frauen im Alter zwischen 20 und 29 Jahren geschieden als Frauen im Alter ab 50 Jahren. Zum Altersunterschied ist festzustellen, dass die Ehepartner zum Zeitpunkt der Scheidung meist nur ein bis drei Jahre auseinander lagen (rund 40 %) oder gleich alt waren (rund 16 %). Dabei war in 19 584 (rund 66 %) von insgesamt 29 748 geschiedenen Ehen der Mann älter, in 5 298 Fällen (rund 18 %) die Frau und in 4 866 Fällen waren die Partner gleich alt.

Ehescheidungen nach der Staatsangehörigkeit

Im Jahr 2004 wurden 22 660 Ehen geschieden, bei denen beide Ehepartner die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen. Dies entspricht einem Anteil von 76 % aller Fälle. Bei 19 % (5 599) der im Jahr 2004 geschiedenen Ehen hatte ein Partner die deutsche und der andere Partner eine ausländische Staatsangehörigkeit. Zahlenmäßig am bedeutsamsten sind hierunter die ge-

schiedenen Ehen von deutschen Frauen und deren serbisch-montenegrinischen Partnern. 491 dieser ehelichen Verbindungen wurden 2004 durch Scheidung gelöst. Darüber hinaus wurden 1 489 Ehen rechtskräftig geschieden, bei denen beide ehemalige Partner eine ausländische Staatsangehörigkeit besaßen. Bezogen auf alle durch Scheidung gelösten Ehen waren dies 5 % der Fälle.

Unterschiede zwischen Stadt und Land

Entsprechend der Einwohnerzahl wurden sowohl 1990 als auch 2004 im Regierungsbezirk Oberbayern mit 7 086 bzw. 10 429 die meisten Ehescheidungen registriert, gefolgt von Mittelfranken mit 3 166 bzw. 4 474 Ehescheidungen und Schwaben mit 2 418 bzw. 4 284 Scheidungen. Im Regierungsbezirk Niederbayern ist die Zahl der Ehescheidungen von 1 431 auf 2 492 gestiegen, in der Oberpfalz von 1 400 auf 2 494, in Oberfranken von 1 719 auf 2 766 und in Unterfranken von 1 948 auf 2 809.

In den vergangenen Jahren (seit 1990) verzeichneten die höchsten prozentualen Anstiege bei Ehescheidungen die Regierungsbezirke Oberpfalz (+78 %) und Schwaben (+77 %), gefolgt von Niederbayern (+74 %), Oberfranken (+63 %), Oberbayern (+47 %), Unterfranken (+44 %), und Mittelfranken (+41 %).

Auf Kreisebene (Schaubild 3) zeigen sich hinsichtlich der Scheidungshäufigkeit zwischen Stadt und Land 2004 weiterhin deutliche Unterschiede. Die kreisfreien Städte lagen mit 26 geschiedenen Ehen auf 10 000 Einwohner höher als die Landkreise. Hier wurden 23 Ehen je 10 000 Einwohner durch Gerichtsurteil beendet. Durchschnittlich wurden in Bayern im Jahr 2004 rund 24 Ehen je 10 000 Einwohner geschieden. Am höchsten lag die Scheidungshäufigkeit in der Kreisfreien Stadt Schwabach mit 34 geschiedenen Ehen je 10 000 Einwohner, gefolgt von den Städten Weiden i.d.Oberpfalz, Coburg sowie Fürth mit je 32 geschiedenen Ehen. Die niedrigste Scheidungshäufigkeit verzeichnete 2004 der Landkreis Dingolfing-Landau mit 14 geschiedenen Ehen auf 10 000 Einwohner.

Scheidungen mit ausländischen Ehepartnern

Geschiedene meist 30-39 Jahre alt

Altersunterschiede meist ein bis 3 Jahre

Regionale Unterschiede

Häufiger Scheidungen in der Stadt als auf dem Land

Die Hochschulfinanzen in Bayern 2003

Dipl.-Volksw. Kristin-Sylvia Witte

Im Jahr 2003 wurden für die staatlichen Hochschulen in Bayern 4 287,3 Mill. Euro aufgewendet, das waren um 2,9% mehr als im Vorjahr. Dabei stiegen die Personalkosten um 3,4% auf 2 453,1 Mill. Euro und die Bauausgaben um 20,4% auf 383,3 Mill. Euro, während sich die Sachaufwendungen um 1,0% auf 1 206,7 Mill. Euro reduzierten. – Die Einnahmen der staatlichen Hochschulen beliefen sich im Berichtsjahr auf 1 899,0 Mill. Euro. Sie lagen um 4,2% über dem Vorjahresstand und deckten 44% der Ausgaben. – Immerhin 532,9 Mill. Euro warben die Hochschulen als Drittmittel ein. Dabei tat sich die Technische Universität München besonders hervor, indem sie ein Viertel aller Drittmittel bei sich verbuchte.

Methodische Vorbemerkungen

Die öffentlichen Ausgaben und Einnahmen für den Hochschulbereich werden im Rahmen der Finanzstatistik in der Jahresrechnungsstatistik der Länder und des Bundes nachgewiesen. Die Aufschlüsselung der Daten erfolgt nach Ausgabe- und Einnahmearten je Hochschulart gemäß dem staatlichen Gruppierungsplan. Eine weitere Untergliederung nach Instituten oder Fachbereichen ist hierbei jedoch nicht möglich.

Um den bildungspolitischen Bedarf hinsichtlich der finanziellen Situation der Hochschulen zu befriedigen, ist in den §§ 2 Nr. 1 und 3 Abs. 1 Nr. 6 des Gesetzes über die Statistik für das Hochschulwesen (Hochschulstatistikgesetz – HStatG) vom 2. November 1990 (BGBl I S. 2414) festgelegt, die Ist-Ausgaben und Ist-Einnahmen der Hochschulen jährlich in haushaltsmäßiger und fachlicher Gliederung zu erfassen. Im Berichtsjahr erstreckte sich für Bayern diese Hochschulfinanzstatistik auf die zehn bayerischen

Universitäten, die fünf Hochschulkliniken, die Hochschule für Politik München, die Hochschule für Philosophie München, fünf staatliche und drei nichtstaatliche Kunsthochschulen, die Philosophisch-Theologische Hochschule der Salesianer Don Boscos in Benediktbeuern und achtzehn staatliche sowie drei nichtstaatliche Fachhochschulen. Auch die fächerspezifisch aufgeteilten Ausgaben und Einnahmen der Universität der Bundeswehr in München waren mit einbezogen.

Die Tabellen 1 und 2 im nachfolgenden Bericht wurden auf der Grundlage der Staatsfinanzstatistik zusammengestellt; deshalb bestehen in den Summen geringfügig Abweichungen zu den Tabellen 3 und 4, die aus den Unterlagen der Hochschulfinanzstatistik gefertigt wurden. Die Abweichungen beruhen hauptsächlich darauf, dass in der Staatsfinanzstatistik die Ergebnisse der nichtstaatlichen Hochschulen fehlen. Nachdem in der Staatsfinanzstatistik nur kameralistisch buchende Körperschaften enthalten sind,

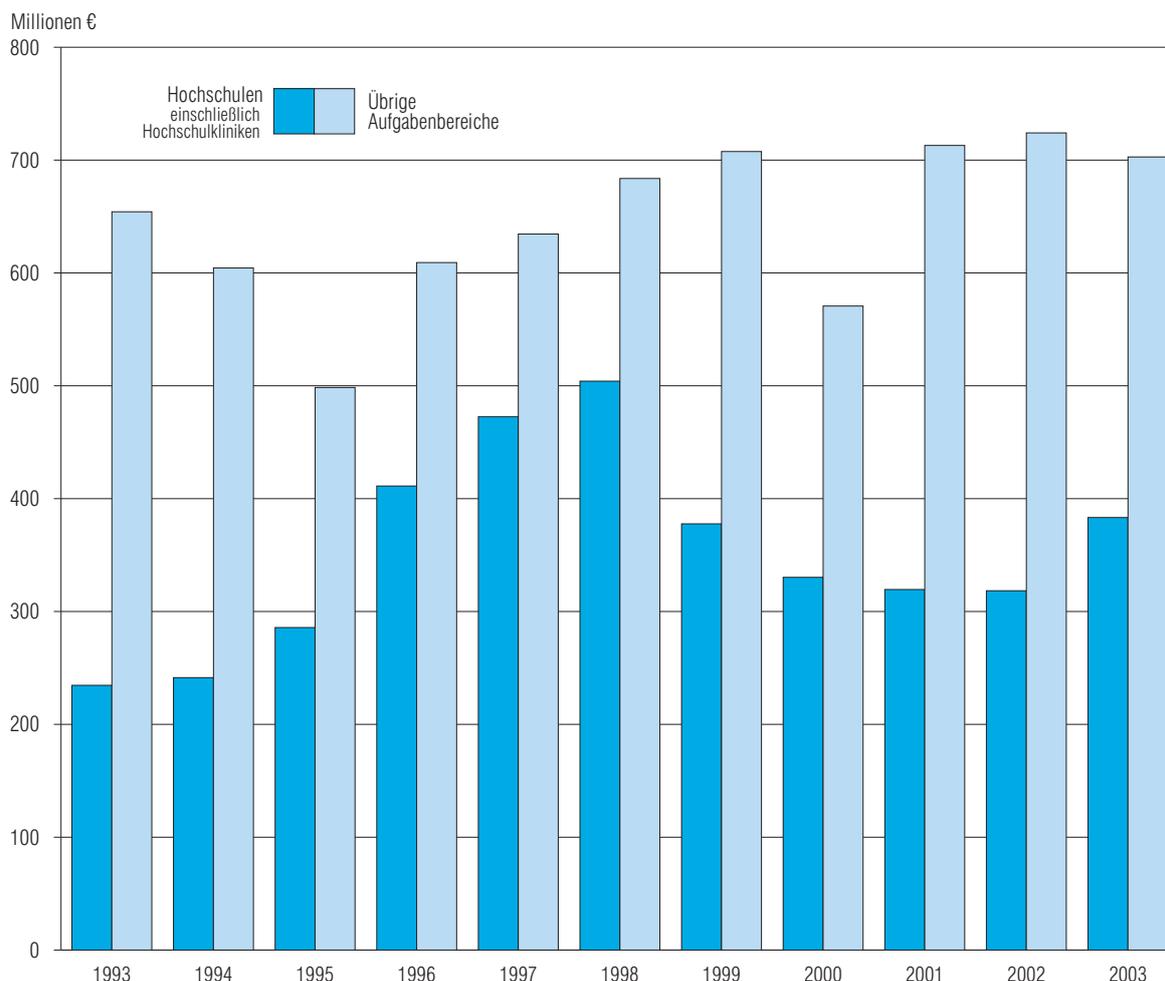
Hochschulausgaben der staatlichen Hochschulen in Bayern 1993 bis 2003 nach Ausgabearten

Jahr	Hochschulausgaben ¹			davon			
	insgesamt	je Einwohner	Anteil am Haushaltsvolumen	Personalausgaben ²	Laufender Sachaufwand	Bauausgaben	
						insgesamt	Anteil an den gesamten Bauausgaben des Landes
Mill. €	€	%	Mill. €		Mill. €	%	
1993	3 114,7	263	11,2	1 829,0	840,1	234,6	26,4
1994	3 244,8	273	11,3	1 905,5	902,5	241,4	28,5
1995	3 431,3	287	11,2	2 007,3	955,3	285,8	36,4
1996	3 661,6	305	11,2	2 063,5	977,5	411,2	40,3
1997	3 794,9	314	11,9	2 115,9	998,8	472,6	42,7
1998	3 918,9	325	13,6	2 141,2	1 045,3	504,1	48,2
1999	3 910,4	323	11,7	2 210,9	1 074,1	377,7	34,8
2000	3 916,9	322	11,5	2 257,5	1 113,6	330,3	36,7
2001	4 093,1	333	11,3	2 308,5	1 200,4	319,5	31,0
2002	4 166,2	337	11,5	2 373,4	1 218,8	318,4	30,5
2003	4 287,3	346	11,7	2 453,1	1 206,7	383,3	35,2

Tab. 1

¹ Einschl. Kath. Universität Eichstätt-Ingolstadt (85% von deren Ausgaben.).

² Ohne Versorgungsbezüge der Beamten.

Abb. 1 **Baus Ausgaben des Freistaates Bayern für die Hochschulen und die übrigen Aufgabenbereiche von 1993 bis 2003**

werden die Finanzdaten der fünf Universitätskliniken, die aufgrund von § 3 der Krankenhausbuchführungsverordnung nach den Regeln der kaufmännischen Buchführung buchen, aus dem Datenbestand der Hochschulfinanzstatistik in die Staatsfinanzstatistik integriert. Das Landesamt setzt hierzu die Ergebnisse der Kliniken in die Kameralistik um.

Die Entwicklung ...

Ausgaben
steigen
um 3%

Im Jahr 2003 wurden für die staatlichen Hochschulen in Bayern 4 287,3 Mill. Euro aufgewendet, das waren 1 172,6 Mill. Euro oder 37,6% mehr als 1993 und 121,1 Mill. Euro oder 2,9% mehr als im Vorjahr. Dabei erhöhten sich die Personalausgaben um 3,4% auf knapp 2 453,1 Mill. Euro, während der laufende Sachaufwand um 1,0% auf 1 206,7 Mill. Euro zurückging. Die Bauausgaben, welche in den Jahren 1999 bis 2002 rückläufig waren, stiegen im Berichtsjahr um 20,4% auf 383,3 Mill. Euro. Hierzu ist anzumerken, dass im Bereich des Hochschulwesens die Kompetenz und finanzielle Lasten zwar weitgehend beim Land liegen,

der Aus- und Neubau von Hochschulen aber eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern gemäß Art. 91 a Grundgesetz und dem Hochschulbauförderungsgesetz sind. In Verbindung mit dem Hochschulrahmengesetz erstattet der Bund die Hälfte der Aufwendungen der Länder für Bauten, wenn die Gesamtkosten für das jeweilige Vorhaben 250 000 Euro übersteigen.

Durch die oben geschilderte Entwicklung nahm der Anteil der Hochschulausgaben am gesamten Haushaltsvolumen des Staates innerhalb Jahresfrist von 11,5% auf 11,7% zu. Pro Kopf der Bevölkerung wurden im Berichtsjahr für die bayerischen Hochschulen 346 Euro aufgewendet, im Jahr davor waren es 337 Euro und 1993 erst 263 Euro gewesen.

... und Verteilung der Hochschulausgaben und -einnahmen

Im Berichtsjahr entfielen 45,7% der gesamten Hochschulausgaben auf die Hochschulkliniken, 44,4% auf die Universitäten, 8,8%

Ausgaben bzw. Einnahmen des Staates sowie seiner Hochschulen in Bayern 2003 und 2002
 Ergebnisse auf der Grundlage der Staatsfinanzstatistik (Vierteljahresergebnisse)

Tab. 2

Ausgabe-/Einnahmeart	Staatsausgaben bzw. -einnahmen insgesamt ¹	Hochschulen ²	davon			
			Universitäten ³ (ohne Kliniken)	Hochschul- kliniken	Fach- hochschulen	Kunst- hochschulen
Mill. €						
2003						
Ausgaben der lfd. Rechnung zusammen	31 630,2	3 699,0	1 643,9	1 733,9	284,7	36,5
dar. Personalausgaben	15 487,3	2 453,1	1 203,8	996,2	223,6	29,6
Sächliche Verwaltungsausgaben	2 727,2	1 206,7	404,9	735,4	59,6	6,9
Ausgaben der Kapitalrechnung zusammen	5 121,4	588,3	261,5	225,9	93,2	7,7
dar. Baumaßnahmen	1 086,1	383,3	158,9	148,3	69,3	6,8
Sonstige Sachinvestitionen	432,7	197,7	95,5	77,6	23,7	1,0
Ausgaben insgesamt	36 751,6⁴	4 287,3	1 905,4	1 959,8	377,9⁵	44,2
Einnahmen der lfd. Rechnung zusammen	32 093,2	1 859,1	445,8	1 387,3	24,0	2,0
dar. Verwaltungseinnahmen,						
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit ..	1 931,1	1 369,6	84,0	1 278,5	6,5	0,6
lfd. Zuweisungen und Zuschüsse	3 124,1	489,6	361,8	108,9	17,5	1,4
Einnahmen der Kapitalrechnung zusammen	1 422,6	39,9	14,9	21,8	3,2	0,0
dar. Zuweisungen für Investitionen ⁶	1 175,6	33,6	14,7	15,7	3,2	0,0
Einnahmen insgesamt	33 515,8⁴	1 899,0	460,7	1 409,1	27,2	2,0
2002						
Ausgaben der lfd. Rechnung zusammen	31 087,3	3 629,4	1 611,9	1 702,1	279,4	36,0
dar. Personalausgaben	15 071,5	2 373,4	1 164,2	965,4	215,3	28,6
Sächliche Verwaltungsausgaben	3 172,0	1 218,8	415,1	733,6	62,7	7,4
Ausgaben der Kapitalrechnung zusammen	5 238,9	536,8	235,5	216,7	77,2	7,4
dar. Baumaßnahmen	1 042,5	318,4	134,0	125,9	52,2	6,3
Sonstige Sachinvestitionen	432,1	213,8	96,9	90,8	25,0	1,0
Ausgaben insgesamt	36 326,2⁴	4 166,2	1 847,4	1 918,8	356,6⁵	43,4
Einnahmen der lfd. Rechnung zusammen	32 277,6	1 781,7	415,5	1 343,0	20,9	2,2
dar. Verwaltungseinnahmen,						
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit ..	3 348,4	1 327,0	80,4	1 239,9	5,8	0,9
lfd. Zuweisungen und Zuschüsse	3 246,0	454,7	335,1	103,1	15,1	1,3
Einnahmen der Kapitalrechnung zusammen	1 463,7	40,9	21,9	16,5	2,6	0,0
dar. Zuweisungen für Investitionen ⁶	1 138,6	36,4	21,5	12,3	2,6	0,0
Einnahmen insgesamt	33 741,3⁴	1 822,6	437,4	1 359,5	23,5	2,2

1 Einschl. Hochschulkliniken mit kaufmännischer Buchführung.

2 Ohne nichtstaatliche Hochschulen, ohne Universität der Bundeswehr München, ohne Hochschule für Politik München.

3 Einschl. Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt, deren Ausgaben zu 85 % vom Staat ersetzt werden.

4 Ohne besondere Finanzierungsvorgänge und ohne haushaltstechnische Verrechnungen.

5 Ohne Zuschüsse zum lfd. Betrieb von nichtstaatlichen Fachhochschulen (Kapitel 1549, Titel 684 01).

6 Ohne Erstattungen des Bundes (Kapitel 1506, 1528 und 1549, Titel 331).

Kliniken beanspruchen 46% der Gesamtausgaben

auf die Fachhochschulen und 1,0% auf die Kunsthochschulen. Bei allen Hochschularten kam es 2003 wieder zu einer Ausweitung des Finanzrahmens. Der Anstieg betrug bei den Universitäten 58,0 Mill. Euro oder 3,1%, bei den Kliniken 41,0 Mill. Euro oder 2,1%, bei den Fachhochschulen 21,3 Mill. Euro oder 6,0% und bei den Kunsthochschulen 0,8 Mill. Euro oder 1,8%.

Zuschussbedarf machte 2,4 Mrd € aus

Die Einnahmen der staatlichen Hochschulen beliefen sich 2003 auf 1 899 Mill. Euro. Sie lagen damit um 76,4 Mill. Euro oder 4,2% über dem Vorjahresstand und deckten rund 44% der Gesamtausgaben ab. Knapp drei Viertel der Einnahmensumme wurde bei den Kliniken erwirtschaftet, die damit 71,9% ihrer Ausgaben bestreiten konnten. Bei den Universitäten war die Deckungsquote mit 24,2% wesentlich geringer; die Fach- bzw. Kunsthochschu-

len konnten lediglich 7,2% bzw. 4,5% ihrer Ausgaben mit eigenen Einnahmen finanzieren.

Bezieht man die nichtstaatlichen Hochschulen in die Betrachtung mit ein (entsprechend den Ergebnissen der Hochschulfinanzstatistik), so beliefen sich die Ausgaben der Hochschulen in Bayern 2003 auf 4 322,9 Mill. Euro; ihnen standen Einnahmen in Höhe von 1 932,6 Mill. Euro gegenüber. Somit mussten 2 390,3 Mill. Euro als Zuschussbedarf aus allgemeinen Mitteln der Trägerhaushalte, also vorwiegend Landesmittel, aufgebracht werden.

Hochschulfinanzen nach Fächergruppen ...
... einschließlich der Hochschulkliniken

Der Aussagewert der nach Fächergruppen aufgeteilten Ausgabear-

Hochschulausgaben in Bayern 2003 nach Fächergruppen und Ausgabearten¹

Tab. 3

Fächergruppe	Hochschul- ausgaben insgesamt		davon							
			Personal- ausgaben ²		Sächliche Verwaltungs- ausgaben		Bauausgaben		Sonstige Investitions- ausgaben	
	Mill. €	%	Mill. €	%	Mill. €	%	Mill. €	%	Mill. €	%
Sprach- und Kulturwissenschaften	198,1	6,2	171,0	8,8	21,4	2,6	4,0	1,5	1,3	0,9
Sport	23,6	0,7	10,6	0,6	3,2	0,4	9,3	3,4	0,5	0,4
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	210,1	6,6	162,5	8,4	23,1	2,8	19,8	7,3	3,9	2,7
Mathematik, Naturwissenschaften	503,8	15,9	349,7	18,0	70,4	8,6	42,2	15,5	40,4	27,8
Humanmedizin ³	1 768,7	55,6	919,0	47,4	632,8	77,2	150,2	55,2	66,7	45,9
Veterinärmedizin	67,3	2,1	28,1	1,4	9,9	1,2	26,9	9,9	2,4	1,7
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	78,7	2,5	58,4	3,0	13,9	1,7	2,0	0,7	4,4	3,0
Ingenieurwissenschaften	265,7	8,4	192,7	9,9	36,8	4,5	10,8	4,0	24,4	16,8
Kunst, Kunstwissenschaft	64,1	2,0	47,7	2,5	8,1	1,0	6,8	2,5	1,2	0,8
Aufgeteilte Ausgaben zusammen	3 180,1⁴	100	1 939,7	100	819,6	100	272,0	100	145,2	100
Nicht aufgeteilt	1 142,9	X	564,5	X	399,9	X	111,6	X	60,5	X
dav. Zentrale Einrichtungen	540,9	X	275,2	X	183,5	X	47,6	X	30,3	X
Hochschule insgesamt - keiner Fächergruppe zuzuordnen und ohne nähere Angabe -	587,1	X	278,3	X	213,3	X	63,5	X	30,0	X
Hochschulfremde Institutionen (z.B. Schwesternschulen)	14,9	X	11,0	X	3,1	X	0,5	X	0,2	X
Hochschulen insgesamt	4 323,0	X	2 504,2	X	1 219,5	X	383,6	X	205,7	X

Anmerkung: Geringe Rundungsdifferenzen möglich.

1 Ohne Universität der Bundeswehr München.

2 Ohne Versorgungsbezüge der Beamten.

3 Einschl. Universitätskliniken.

4 Ohne Zuschüsse zum lfd. Betrieb von nichtstaatlichen Fachhochschulen (Kap. 1549, Titel 684 01).

Hochschuleinnahmen in Bayern 2003 nach Fächergruppen und Einnahmearten¹

Tab. 4

Fächergruppe	Hochschuleinnahmen				davon					
	insgesamt		darunter		Verwaltungs- einnahmen		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen für			
			Drittmittel				laufende Zwecke		Investi- tionen ²	
	Mill. €	%	Mill. €	%	Mill. €	%	Mill. €	%	Mill. €	%
Sprach- und Kulturwissenschaften	31,7	1,9	29,4	6,3	0,9	0,1	30,8	6,7	0,0	0,0
Sport	2,5	0,2	0,9	0,2	1,6	0,1	0,9	0,2	-	-
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	44,8	2,7	37,9	8,2	4,5	0,4	38,9	8,4	1,4	8,4
Mathematik, Naturwissenschaften	134,7	8,2	131,5	28,3	2,6	0,2	130,1	28,3	2,0	12,1
Humanmedizin ³	1 301,0	78,9	168,9	36,4	1 131,8	96,4	159,8	34,8	9,4	56,6
Veterinärmedizin	8,5	0,5	2,5	0,5	5,9	0,5	2,6	0,6	-	-
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	25,4	1,5	17,1	3,7	8,3	0,7	16,8	3,7	0,3	1,8
Ingenieurwissenschaften	85,7	5,2	73,1	15,7	12,6	1,1	69,8	15,2	3,3	19,9
Kunst, Kunstwissenschaft	15,2	0,9	3,0	0,7	5,5	0,5	9,5	2,1	0,2	1,2
Aufgeteilte Einnahmen zusammen	1 649,5	100	464,3	100	1 173,7	100	459,2	100	16,6	100
Nicht aufgeteilt	283,1	X	68,6	X	207,7	X	57,0	X	18,4	X
dav. Zentrale Einrichtungen	55,5	X	26,3	X	24,2	X	26,3	X	5,0	X
Hochschule insgesamt - keiner Fächergruppe zuzuordnen und ohne nähere Angabe -	226,8	X	42,2	X	182,8	X	30,5	X	13,4	X
Hochschulfremde Institutionen (z.B. Schwesternschulen)	0,8	X	0,1	X	0,7	X	0,1	X	-	X
Hochschulen insgesamt	1 932,6	X	532,9	X	1 381,4	X	516,2	X	35,0⁴	X

1 Ohne Universität der Bundeswehr München.

2 Einschl. Drittmittel für Investitionen.

3 Einschl. Universitätskliniken.

4 Ohne Erstattungen des Bundes für Hochbaumaßnahmen (Kapitel 1506) davon: Universitäten Euro 50 201 329 (Titel 331 02), Hochschulkliniken Euro 52 271 487 (Titel 331 03), Kunsthochschulen Euro 4 140 316 (Titel 331 05), Fachhochschulen Euro 46 578 553 (Titel 331 06). Weitere Erstattungen und Zuweisungen vom Bund nicht enthalten (Titel 331 02, 04, 05 bei Kap. 1549, 331 07, 09, 13, 74 bei Kap. 1506, 331 01 bei Kap. 1528).

26% der Gesamtausgaben sind keiner Fächergruppe zuordenbar

ten in der Hochschulfinanzstatistik ist dadurch eingeschränkt, dass ein Teil der Gesamtausgaben nicht den einzelnen Fächergruppen zugeordnet werden kann. Darin enthalten sind auch die Ausgaben der „zentralen Einrichtungen“ z.B. für gemeinsam genutzte Hörsäle, Bibliotheken, Rechenzentren oder soziale Einrichtungen, welche der ganzen Hochschule zuzurechnen sind. 2003 betrug der nicht zuordenbare Teil der Gesamtausgaben 1 142,9 Mill. Euro oder 26,4%, wobei 22,5% der Personalkosten, 32,8% der Bauausgaben und 29,1% der Verwaltungskosten keiner Fächergruppe zugerechnet werden konnten.

Schwierigkeiten bereitet auch die fächerspezifische Aufgliederung des Aufwands bei den Universitätskliniken, da diese nicht nur Ausgaben für die Ausbildung der Studierenden nachweisen, sondern in großem Umfang solche für die ärztliche Versorgung von Patienten. Aus diesem Grund entfielen 2003 wieder 57,7% der aufteilbaren Hochschulausgaben oder 1 836,0 Mill. Euro auf die Human- und Veterinärmedizin. In weitem Abstand folgen die Fächergruppen Mathematik und Naturwissenschaften mit 503,8 Mill. Euro oder einem Anteil von 15,9%, die Ingenieurwissenschaften (265,7 Mill. Euro; 8,4%), die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (210,1 Mill. Euro; 6,6%) und die Sprach- und Kulturwissenschaften (198,1 Mill. Euro; 6,2%).

Spezifische strukturelle Unterschiede gibt es hinsichtlich der Ausgabearten und ihrer Verteilung auf die einzelnen Fächergruppen.

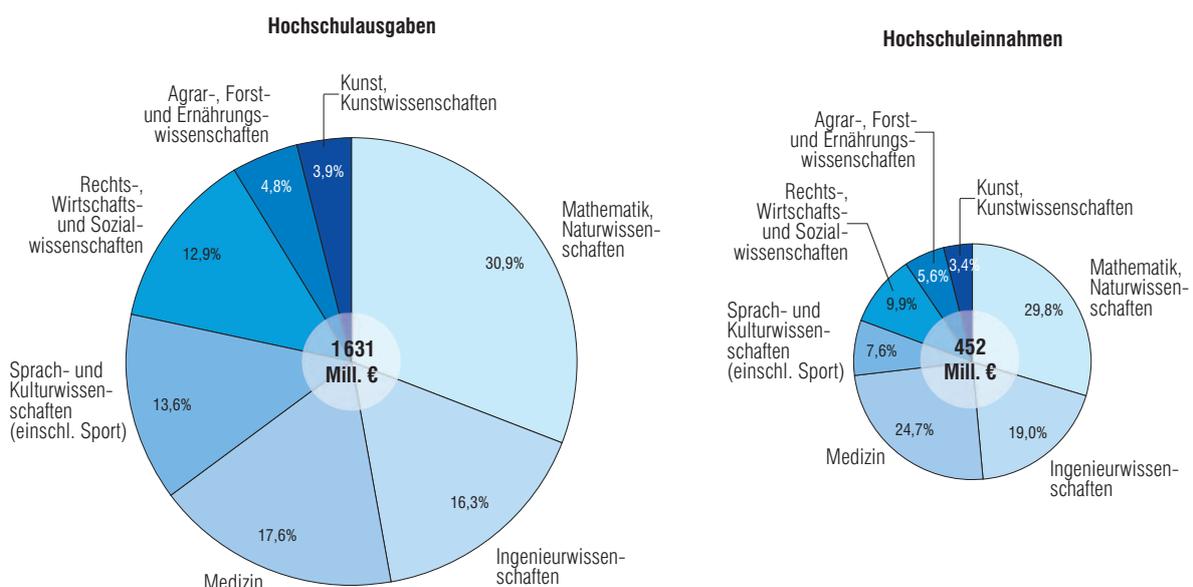
pen. So lag 2003 bei den Sprach- und Kulturwissenschaften das Schwergewicht der Ausgaben zu 86,3% beim Personal, während die Bau- und sonstigen Investitionen nur 2,7% ausmachten. Bei den Fächergruppen Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Mathematik, Natur- sowie Ingenieurwissenschaften, Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften und Kunst, Kunstwissenschaft ergab sich demgegenüber ein Anteil der Personalkosten an den Gesamtausgaben zwischen 69 und 77%, die Investitionsausgaben betragen dort aber 8 bis 16%.

Im Bereich der Medizin haben die sächlichen Verwaltungsausgaben seit jeher ein besonders großes Gewicht (2003: Anteil 35,0%), da diese die mit dem Krankenhausbetrieb zusammenhängenden Ausgaben für Medikamente und Verpflegung mit einschließen. Die Personalkosten machten hier etwas mehr als die Hälfte des Gesamtvolumens aus.

Hoher Sachaufwand bei Humanmedizin

Die aufteilbaren Einnahmen der Hochschulen fielen zu 79,4% im Bereich der medizinischen Wissenschaften an. Nennenswerte eigene Erträge hatten daneben nur noch die Fächergruppen Mathematik, Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften. Gut ein Viertel der Einnahmen ergab sich aus Zuweisungen und Zuschüssen. Der Großteil von 71,2% waren aber Verwaltungseinnahmen wie Mieten bzw. Pacht, Prüfungsgebühren, Betriebseinnahmen sowie bei den Kliniken Erlöse aus Pflegesätzen und Arzneimitteln.

Abb. 2 **Anteile der Fächergruppen¹ an den aufteilbaren Hochschulausgaben und -einnahmen in Bayern 2003**



1 Ohne Kliniken und ohne Universität der Bundeswehr München.

Ohne Kliniken reduziert sich Anteil der Medizin auf 18%

... ohne Hochschulkliniken

Ein differenzierteres Bild ergibt sich, wenn man die Universitätskliniken, da sie vor allem der Krankenversorgung dienen, unberücksichtigt lässt. Die aufteilbaren Ausgaben der Hochschulen vermindern sich dadurch zwar von 3 180,1 Mill. Euro um etwa die Hälfte auf 1 630,5 Mill. Euro. Dieser Restbetrag vermittelt aber ein eindeutigeres Bild über das Gewicht der einzelnen Fächergruppen. So reduziert sich der Anteil der Medizin an den aufteilbaren Hochschulausgaben von 57,7% auf 17,6%, während sich das Gewicht der anderen Fächergruppen jeweils in etwa verdoppelt. Es zeigt sich dann, dass der Bereich Mathematik, Naturwissenschaften mit

30,9% im Vergleich zur Medizin einen weit höheren Anteil an den Gesamtkosten erreicht.

Auch in der Gliederung nach Kostenarten ergeben sich Verschiebungen, wenn die Ausgaben der Kliniken unberücksichtigt bleiben. Es mindern sich anteilmäßig die sächlichen Verwaltungskosten von gut einem Viertel auf 14,7%, während die Personalkosten von gut einem Viertel auf 14,7% steigen. Ebenso wird deutlich, dass die Fächergruppen Sprach- und Kulturwissenschaften sowie Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften besonders personalintensiv sind. 2003 beanspruchte hier der Aufwand für die Mitarbei-

Geisteswissenschaften sind besonders personalintensiv

Drittmittel an den staatlichen Hochschulen in Bayern 2003

Tab. 5

Hochschule	Drittmittel (1000 Euro)									
	insgesamt	davon								
		DFG	Bund	BA	Land	Gemeinde und Zweckverb.	sonst. Öffent. Bereiche	internat. Organisationen	Stiftungen	gewerbliche Wirtschaft
Universitäten										
Augsburg	11 102	4 553	3 113	68	-	-	-	221	3 063	84
Bamberg	4 370	1 557	1 117	18	-	-	-	470	1 209	-
Bayreuth	22 669	9 672	6 437	83	-	-	-	873	5 604	-
Eichstätt	3 267	296	-	-	-	-	-	-	2 971	-
Erlangen-Nürnberg	64 096	26 687	9 712	102	-	130	-	3 551	1 270	22 643
München, Universität	75 548	30 152	15 036	-	-	-	-	3 403	385	26 573
Techn. Universität	121 712	35 993	22 225	97	-	-	-	5 220	10 425	47 752
Passau	3 547	559	240	-	-	-	-	223	1 812	712
Regensburg	22 233	9 612	5 050	76	-	-	-	1 645	171	5 678
Würzburg	47 322	23 840	8 559	1	-	-	-	1 383	395	13 145
Zusammen	375 866	142 921	71 489	445	-	130	-	16 989	27 305	116 587
Hochschulkliniken										
Erlangen-Nürnberg	15 992	3 811	2 538	-	741	-	-	78	-	8 823
München	56 113	9 318	9 576	-	2 233	-	-	1 592	-	33 393
Techn. Universität	23 104	3 940	3 450	-	1 882	-	-	226	-	13 606
Regensburg	15 193	2 879	1 976	17	2 269	-	-	568	-	7 484
Würzburg	14 127	5 019	1 404	-	-	-	-	4	-	7 700
Zusammen	124 529	24 967	18 944	17	7 125	-	-	2 468	-	71 006
Fachhochschulen										
Amberg-Weiden	453	-	190	2	-	7	-	3	58	193
Ansbach	221	-	97	-	-	-	-	13	-	111
Aschaffenburg	370	-	217	-	-	-	-	12	-	142
Augsburg	672	-	233	3	-	-	-	46	-	390
Coburg	510	-	69	-	-	-	-	-	-	441
Deggendorf	807	-	394	9	-	-	-	20	81	305
Hof-Münchberg	199	-	128	10	-	-	-	4	-	57
Ingolstadt	512	-	139	-	-	-	-	8	152	214
Kempten	354	-	26	-	-	-	-	121	58	149
Landshut	905	-	194	11	-	-	-	-	62	638
München	1 295	-	525	-	-	19	-	14	35	703
Neu-Ulm	60	-	60	-	-	-	-	-	-	-
Nürnberg	3 922	-	1 106	3	-	6	-	-	-	2 807
Regensburg	1 075	-	409	-	-	-	-	35	117	514
Rosenheim	894	-	539	-	-	-	-	-	-	355
Weihenstephan	1 176	-	96	13	-	0	-	148	89	830
Würzburg-Schweinfurt	869	-	333	13	-	-	-	271	-	252
Zusammen	14 294	-	4 755	64	-	32	-	695	652	8 101
Verwaltungsfachhochschule										
Bay. FH für Verw. u. Rechtspflege	4 677	-	-	-	-	4 665	-	-	11	-
Hochschulen insgesamt										
Insgesamt¹	519 366	167 888	95 188	526	7 125	4 827	-	20 152	27 968	195 694

1 Ohne Kunsthochschulen und nichtstaatliche Hochschulen und ohne Universität der Bundeswehr.

ter in Lehre, Forschung und Verwaltung 86,3% bzw. 77,3% der Kosten.

Aufschlussreich ist auch ein Blick auf die Struktur der Ausgaben nach Lehr- und Forschungsbereichen. Ohne Berücksichtigung der Universitätskliniken wurden 2003 für die „Klinisch-theoretische Human- einschließlich Zahnmedizin“ insgesamt 146,5 Mill. Euro ausgegeben. Weiterhin kostete den Freistaat die Ausbildung in den Bereichen Physik, Astronomie 127,3 Mill. Euro, in Maschinenbau, Fahrzeugtechnik, Verfahrenstechnik einschließlich der entsprechenden Fachhochschulstudiengänge 121,9 Mill. Euro, in Wirtschaftswissenschaften 112,6 Mill. Euro, in Chemie 102,9 Mill. Euro, in Biologie 87,8 Mill. Euro und in Elektrotechnik 67,2 Mill. Euro. Damit entfielen auf die genannten sieben Lehr- und Forschungsbereiche rund 47% aller aufteilbaren Hochschulausgaben.

Drittmittel

Die bayerischen Hochschulen haben im Jahr 2003 zusätzlich zu der vom Land zur Verfügung gestellten finanziellen Grundausrüstung 532,9 Mill. Euro an Drittmitteln eingeworben, das waren um 38,1 Mill. Euro oder 7,7% mehr als im Vorjahr. Die Hochschu-

len konnten mit diesen Geldern 12,3% ihrer Gesamtausgaben decken. Allein 519,4 Mill. Euro an Drittmitteln entfielen auf die staatlichen Universitäten und Fachhochschulen. Für sie waren 2003 die wichtigsten Drittmittelgeber wieder die gewerbliche Wirtschaft mit 195,7 Mill. Euro, die Deutsche Forschungsgemeinschaft mit 167,9 Mill. Euro und der Bund mit 95,2 Mill. Euro. Größere Beiträge von zusammen 28,0 Mill. Euro stammten von Stiftungen sowie von 20,2 Mill. Euro von internationalen Organisationen wie der EU oder der OECD. Die restlichen 12,4 Mill. Euro flossen aus den Kassen anderer Bundesländer sowie der Bundesagentur für Arbeit und der Kommunen.

Der Umfang der eingeworbenen Drittmittel wird in den letzten Jahren verstärkt als Indikator für die Qualität der Forschung an den Hochschulen wahrgenommen. Hier tut sich in Bayern vor allem die Technische Universität München hervor. Sie konnte im Berichtsjahr allein 144,8 Mill. Euro oder gut ein Viertel der insgesamt eingeworbenen Drittmittel bei sich verbuchen. Es folgen knapp dahinter die Universität München mit 131,7 Mill. Euro sowie in größerem Abstand die Universitäten Erlangen-Nürnberg mit 80,1 Mill. Euro und Würzburg mit 60,4 Mill. Euro (jeweils einschließlich der Hochschulkliniken).

Gewerbliche
Wirtschaft und
Deutsche For-
schungsgemein-
schaft sind die
gewichtigen
Geldgeber

Aktualisierte Kreisergebnisse zur Wirtschaftsleistung bis 2003

Dipl.-Bw. (FH) Carmen Schober

Die Wirtschaft entwickelte sich in den Landkreisen Bayerns deutlich stärker als in den kreisfreien Städten. Im Jahr 2003 lag der Anteil der Landkreise am Bruttoinlandsprodukt bereits bei 57,0%, 1980 waren es noch 50,7%. Von den sieben Regierungsbezirken steuerte Oberbayern 2003 mit 156,2 Milliarden Euro den größten Anteil zum gesamten bayerischen Bruttoinlandsprodukt von 376,0 Milliarden Euro bei. Gegenüber dem Vorjahr wuchs zwar die Wirtschaftsleistung in Oberbayern im Vergleich mit den anderen Regierungsbezirken nur unterdurchschnittlich, über den Zeitraum von 1980 bis 2003 betrachtet war der Anstieg mit einem Plus von 201,9% jedoch am stärksten. Auch im Niveauvergleich lag Oberbayern sowohl bezüglich der Wirtschaftskraft, als auch bezüglich der Arbeitsproduktivität vorne. Unter den 96 Kreisgebieten war das Wirtschaftswachstum auf lange Sicht im Landkreis München mit Abstand am stärksten. Besonders kräftig legten auch die Landkreise Freising sowie Erlangen-Höchstadt zu.

Bruttoinlandsprodukt seit 1980 bayernweit um 186,1% gewachsen

Bruttoinlandsprodukt

Im Jahr 2003 belief sich das nominale Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen in Bayern auf 376,0 Milliarden Euro. Dies entspricht einem Anteil an Deutschland von 17,7%. Die Wirtschaftsleistung in jeweiligen Preisen stieg gegenüber 2002 um 1,2%. Damit fiel die Steigerung geringer aus als in den Jahren davor. Die kreisfreien Städte entwickelten sich unterdurchschnittlich (+0,7%), die Landkreise überdurchschnittlich (+1,6%). Damit wurden 2003 bereits 57,0% der bayerischen Wirtschaftsleistung in den Landkreisen und 43,0% in den kreisfreien Städten erbracht, 1980 lag der Anteil der Landkreise mit 50,7% noch deutlich niedriger. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt in den einzelnen Regierungsbezirken in einer relativ engen Bandbreite von +2,1% (Unterfranken) und +0,7% (Oberfranken). Auch Oberbayern konnte nur einen unterdurchschnittlichen Anstieg von 0,8% verzeichnen, während Niederbayern mit 1,6% und die Oberpfalz mit 1,4% überdurchschnittliche Wachstumsraten vorzuweisen hatten.

Entwicklung seit 1980

Auf lange Sicht betrachtet ergibt sich allerdings ein etwas anderes Bild: Im Zeitraum von 1980 bis 2003 erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt in Oberbayern mit einem Plus von 201,9% am stärksten. Auch in der Oberpfalz und in Niederbayern wurde 2003 mit einer Zunahme um 196,0 bzw. 193,1% nahezu eine Verdreifachung des Werts von 1980 erreicht. Etwas hinter dieser Entwicklung zurück blieben Oberfranken (+153,8%) und Mittelfranken (+163,1). Ein Großteil dieser hohen Wachstumsraten geht dabei allgemein auf Preiseffekte zurück. Während sich nämlich das

nominale Bruttoinlandsprodukt im bayerischen Durchschnitt um 186,1% erhöhte, verblieb nach Berücksichtigung der Preisentwicklung „nur“ noch ein Anstieg von 74,2%; (dementsprechend erhöhte sich der Preisindex des Bruttoinlandsprodukts bayernweit von 1980 bis 2003 um 64,2%).

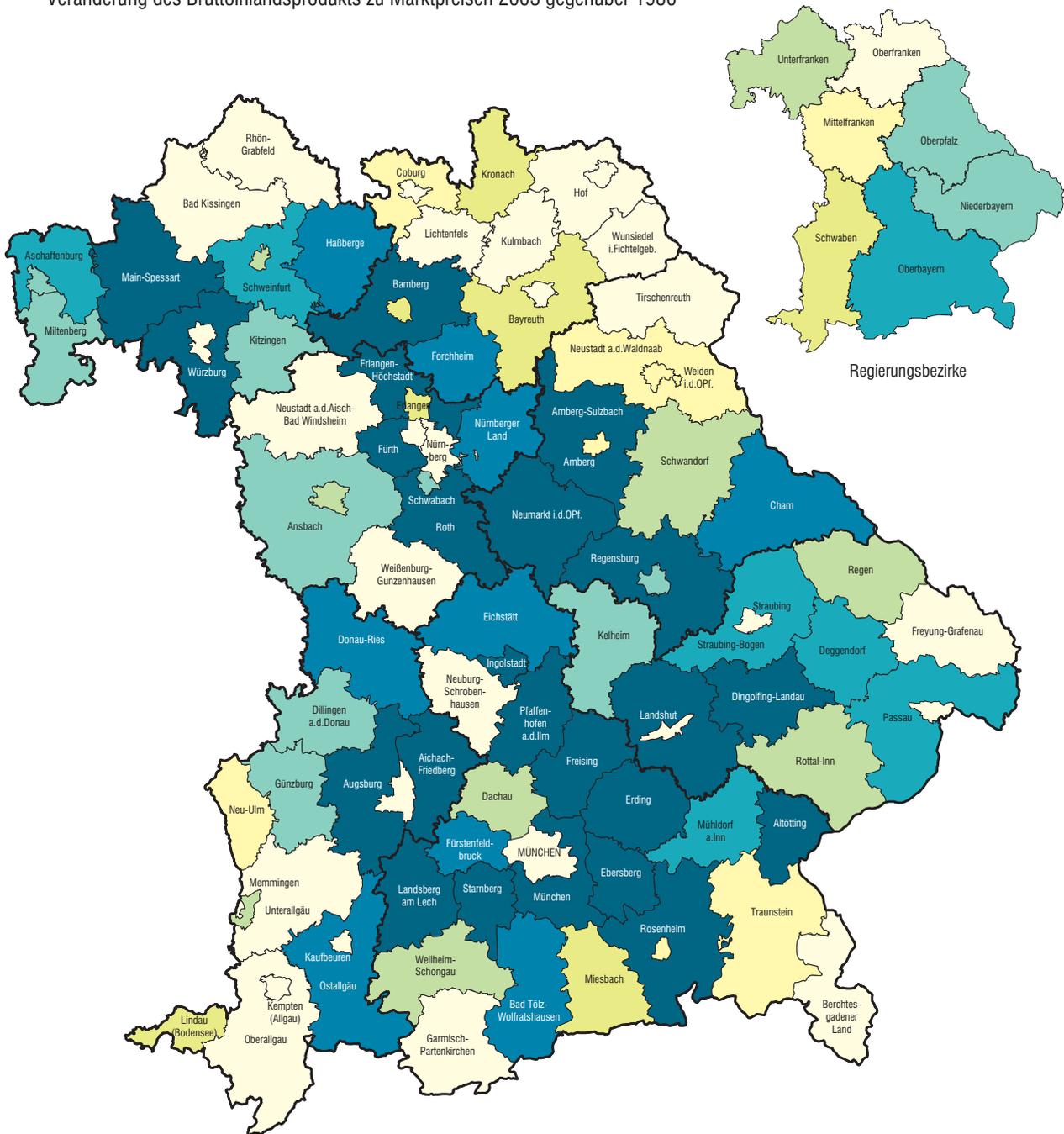
Unter den 96 Kreisen Bayerns lag der Landkreis München mit einer nominalen Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts um 553,8% in der Wirtschaftsentwicklung seit 1980 deutlich an der Spitze. An zweiter Stelle platzierte sich der Landkreis Freising mit einem Anstieg von 415,1%, gefolgt vom Landkreis Erlangen-Höchstadt (+341,2%). Langfristig die schwächste Wirtschaftsentwicklung wiesen die kreisfreien Städte Kaufbeuren (+85,3%) und Fürth (+91,3) sowie der Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge (89,4) auf. Einen Eindruck von den regionalen Divergenzen in der wirtschaftlichen Entwicklung vermittelt das nachfolgende Kartogramm.

Allgemeiner Strukturwandel zu Gunsten des Dienstleistungssektors

Der Trend zum Dienstleistungsbereich setzte sich auch 2003 fort. Von 56,4% im Jahr 1980 stieg der Anteil des Dienstleistungssektors an der gesamten Wertschöpfung im Landesdurchschnitt der gesamten Wertschöpfung auf 69,0%. Der Regierungsbezirk Oberbayern verzeichnete dabei mit 74,8% den höchsten Dienstleistungsanteil unter den sieben bayerischen Regierungsbezirken. Die Landkreise Garmisch-Partenkirchen und München erzielten hierbei mit 86,7 bzw. 86,4% den Spitzenwert unter allen 96 Kreisen. Aber auch in allen Regierungsbezirken betrug der Beitrag des Dienstleistungssektors an der Gesamtwirtschaft im Jahr 2003 be-

Strukturwandel

Wirtschaftsentwicklung in den kreisfreien Städten und Landkreisen Bayerns Veränderung des Bruttoinlandsprodukts zu Marktpreisen 2003 gegenüber 1980



Veränderung in Prozent	Häufigkeit
bis unter 160	28
160 bis unter 170	7
170 bis unter 180	6
180 bis unter 190	8
190 bis unter 200	9
200 bis unter 210	6
210 bis unter 220	9
220 oder mehr	23

Minimum: Krfr. St Kaufbeuren 85,3
 Maximum: Lkr München 553,8
Bayern: 186,1

reits über 60%. Den niedrigsten Dienstleistungsanteil verzeichneten naturgemäß die stark industriell (speziell von der Autoindustrie) geprägten Kreise, wie der Landkreis Dingolfing-Landau mit 30,2% und die kreisfreie Stadt Ingolstadt mit 42,6%. Im Landkreis Dingolfing-Landau erreichte hingegen das Produzierende Gewerbe mit einem Anteil 66,8%, also über zwei Drittel, an der gesamten Wertschöpfung bayernweit eine herausragende Stellung.

Landkreis München Spitzenreiter im regionalen Wirtschaftskraftvergleich ...

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner

Die Kennziffer „Bruttoinlandsprodukt je Einwohner“ stellt eine zentrale Größe zum Vergleich der Wirtschaftskraft von (unterschiedlich großen) Regionen dar und wird deshalb u.a. als Grundlage zur Verteilung von Fördermitteln im Rahmen der Kohäsionspolitik der Europäischen Union verwendet¹. Die jüngsten Berechnungen zum Berichtsjahr 2003 ergaben für Bayern insgesamt einen Wert von 30 324 Euro je Einwohner. Spitzenreiter war dabei der Landkreis München mit 77 862 Euro. Der Landkreis Schweinfurt erzielte mit 14 086 Euro den niedrigsten Pro-Kopf-Wert. Langfristig erhöhte sich in Bayern das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner von 2003 gegenüber 1980 im Durchschnitt um 149,7%, wobei der Landkreis München mit 424,9% am stärksten wuchs. Die Stadt Fürth konnte dagegen nur ein Plus von 67,4% aufweisen.

Im Vergleich der sieben bayerischen Regierungsbezirke lag Oberbayern mit 37 414 Euro je Einwohner oder 123,4% des bayerischen Durchschnitts deutlich vor den übrigen sechs Regierungsbezirken, von denen zudem alle mehr oder minder deutlich hinter dem Bayernwert zurückblieben. Mittelfranken verfehlte mit einem Pro-Kopf-Wert von 30 211 Euro den bayerischen Durchschnittswert nur knapp (-0,4%), die fünf anderen Regierungsbezirke la-

gen zwischen 11 und 18% zurück. Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass das „Bruttoinlandsprodukt je Einwohner“ oftmals stark durch die Pendlerverflechtung beeinflusst wird, da die Auspendler nicht an ihrem Wohnort, wo sie zu den Einwohnern zählen, sondern an ihrem Arbeitsort zur Wirtschaftsleistung beitragen. Insbesondere die von einem hohen Einpendlerüberhang geprägten Wirtschaftszentren weisen damit oft sehr hohe Werte auf, während sich die umliegenden Gebiete im Vergleich dazu dem entsprechend schwach darstellen.

... und auch bezüglich der Arbeitsproduktivität ganz vorne

Das „Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen“, eine Kennziffer, welche die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität wiedergibt, lag im Jahr 2003 im bayerischen Durchschnitt bei 60 625 Euro. Der Landkreis München erreichte auch hier mit 115 159 Euro den mit Abstand höchsten Wert unter den 96 Kreisgebieten. Mit 42 985 Euro lag der Landkreis Freyung-Grafenau an letzter Stelle unter den 96 Kreisgebieten Bayerns. Bemerkenswert erscheint dabei, dass der bayerische Durchschnittswert von 60 625 Euro je Erwerbstätigen insgesamt lediglich in 15 Kreisen, davon in fünf kreisfreien Städten und zehn Landkreisen, übertroffen wurde, während in 61 Landkreisen und 20 kreisfreien Städten eine niedrigere Arbeitsproduktivität als im bayerischen Durchschnitt ermittelt wurde.

Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen

Ausführliche Ergebnisse zu diesem Thema enthält der Statistische Bericht „Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in den kreisfreien Städten und Landkreisen, Regierungsbezirken, Regionen und Arbeitsmarktregionen Bayerns, 1980, 1990 bis 2003“.

¹ Dadurch dass alle bayerischen Regierungsbezirke die Obergrenze von 75% des EU-Durchschnitts überschreiten, kommt keiner davon in den Genuss derartiger Fördermittel.

Zur geschichtlichen Entwicklung von Sterbetafeln und Leibrenten

Helmut Hirtz

Für Bayern wurden im Dezemberheft 2004 von „Bayern in Zahlen“ erstmals Kommutationszahlen und Versicherungsbarwerte für 1996/98 und zum Vergleich für 1986/88 nachgewiesen; siehe den Beitrag „Leibrente – ein einfacher Begriff mit komplexem Hintergrund“. Gelegenheit gab hierfür die „Bayerische Sterbetafel 1996/98“, die den gleichen Aufbau hat wie die „Allgemeine bayerische Sterbetafel 1986/88“ (siehe „Bayern in Zahlen“ 8/2001). Anstelle von Volkszählungsergebnissen wurden die Daten aus der Bevölkerungsforschung herangezogen. Bayern¹ hat als einziges Land im Bund eine mit der Sterbetafel von 1987 (letzte Volkszählung) vergleichbare Sterbe- oder Überlebentafel berechnet. Sterbetafeln sind eine wichtige Basis zur Bewertung von Leibrenten. Neben der Zinseszins- und Rentenrechnung ist die Sterbetafel eine wichtige Grundlage der Versicherungsmathematik. Eine Lebensversicherungsgesellschaft muss wissen, mit welcher Wahrscheinlichkeit der Versicherungsfall in einem bestimmten Zeitraum eintritt.

Historische Momente auf dem Weg zur Sterbetafel ...

Die für das Jahrzehnt 1891/1900 berechnete „Allgemeine bayerische Sterbetafel“, ist die älteste Tafel, die für Vergleiche herangezogen werden kann.

Die Statistik hat den eigenartigen Weg genommen, dass ihre ersten wirklich literarischen Leistungen der 1660 gegründeten Londoner Royal Society als naturwissenschaftliche Schriften vorgelegt und von ihr aufgenommen worden sind. Daran erinnerte Hellmuth Wolff in seinem Aufsatz *Vom ‚Gesetz‘ in der Statistik* (AStA Bd. 21, 1931) und er begründet dies damit, weil es um den „Menschen“ und im besonderen um seine Geburt und seinen Tod ging.

Die ersten Berechnungen der mittleren und/oder wahrscheinlichen Lebensdauer im 17. Jahrhundert beruhten auf praktischen Überlegungen. Den Anlass dazu gaben die aufkommenden Leibrenten- und Tontinenanstalten, Witwen- und Waisenkassen und später die Lebensversicherungen.

Trotz der Berühmtheit von Gottfried Wilhelm Leibniz (1646-1716) waren bis zum Erscheinen der *Hauptschriften zur Versicherungs- und Finanzmathematik* von Leibniz im Jahr 2000 seine versicherungswirtschaftlichen und finanzwissenschaftlichen Schriften kaum bekannt.

Neue Wege der Sterblichkeitsmessung beschritt der berühmte Astronom Edmond Halley, der die Auswertung der Breslauer Sterberegister durch den Geistlichen und Gelehrten Caspar Neumann (1648-1715) benutzte.

Der große Mathematiker und Astronom Carl Friedrich Gauß (1777-1855), dessen Todestag sich heuer am 23. Februar zum 150. Mal jährte, führte auf Wunsch des Senats der Universität Göttingen eine Untersuchung des Zustandes der 1739 gegründeten Professorinnenwitwenkasse zu Göttingen durch. „... durch welche nemlich eine auf Mortalitätsgesetze und die Wahrscheinlichkeitsrechnung basirte Bilanz zwischen dem Vermögen der Anstalt und ihren Obliegenheiten gezogen werden soll, will ich mich nicht entziehen, ...“ schreibt Gauß, vgl. Gauß, Carl Friedrich: Nachlass. In: Werke. Band IV. 2. Abdr. Hrsg. von der Königlichen Gesellschaft der Wissenschaften zu Göttingen, 1880.

Benno Hubensteiner berichtet in seiner Bayerischen Geschichte: „... , aber der alte oder kranke Diensthote erhielt keinen Kreuzer Unterstützung, und noch im Jahr 1781 war der Bauer in keiner Weise verpflichtet, den arbeitsunfähigen Knecht auch nur für ein paar Wochen in Haus und Pflege zu behalten.“

Überraschen mag vielleicht der folgende Satz von Werner Heisenberg (1901-1976): „... , dass wir Physiker hier Statistik treiben müssen, so wie etwa eine Lebensversicherungsgesellschaft über die Lebenserwartung ihrer vielen Versicherten statistische Rechnungen anstellen muss“ , vgl. Gespräche über das Verhältnis zwischen Biologie, Physik und Chemie (1930-1932).

¹ Bayern weist als flächenmäßig größtes Land der Bundesrepublik rund 12 Millionen Einwohner aus und seine Geschichte reicht weit zurück. Bayern ist das einzige Land innerhalb der Bundesrepublik, das sich als altes Stammesherzogtum seit dem sechsten Jahrhundert (um 550) als Staat erhalten hat. Mit der Übergabe des Herzogschwerts an Pfalzgraf Otto von Wittelsbach durch Kaiser Friedrich Barbarossa im Jahr 1180 begann die mehr als 700jährige Herrschaft der Wittelsbacher. 1253 war Bayern das größte Territorialherzogtum im Deutschen Reich.

Bedeutende
Persönlichkeiten
befassten
sich mit Leib-
renten

Keine Ver-
pflichtung zur
Versorgung
von Dienstboten

Heisenberg
hob die Kennt-
nis der Lebens-
erwartung hervor

... und zur Leibrente

Begriffe wie Leibrente, Lebenserwartung und Zinssatz werfen Fragen nach der historischen Entwicklung der Sterblichkeitsmessung und der Bewertung von Leibrenten auf.

Erste Ansätze für die Bewertung von Leibrenten unter Berücksichtigung der Sterblichkeit und des Zinssatzes finden sich bei Jan de Witt (1625-1672). Im Jahr 1671 erschien seine Abhandlung *Waerdye van Lyf-Renten*. De Witt war in der statthalterlosen Zeit seit 1650 als Ratspensionär Hollands der Leiter der gesamten niederländischen Politik. Die Niederlande waren damals die führende Handels- und Seemacht Europas und auch das Zentrum des geistigen und wissenschaftlichen Lebens.

Die Historie der Leibrente stand unter dem Einfluss verschiedener Entwicklungen und sie lässt sich nicht mit ein paar Pinselstrichen darstellen. In einem Streifzug sollen die vielfältigen Wechselbeziehungen mit dem zeitgeschichtlichen Umfeld aufgezeigt werden.

Man muss die Geschichte kennen, wenn man die Gegenwart verstehen will. „Historia magistra vitae“ (Die Geschichte ist die Lehrmeisterin des Lebens). So haben Renaissance, Humanismus, Reformation, Entdeckungsfahrten und Erfindungen die Welt seit dem 15. Jahrhundert tiefgreifend verändert. Die Renaissance empfand man als Wiedergeburt der Antike. Mit dem Ende des oströmischen Reichs 1453 flohen viele griechische Gelehrte aus Konstantinopel, die durch ihre Kenntnisse der antiken Welt die Renaissance stützten und vertieften.

Die Erfindung des Buchdrucks durch Johann Gutenberg um 1448 förderte maßgeblich die Entwicklung des geistigen Lebens.

Einen Aufschwung erlebte die Mathematik in Europa im 15./16. Jahrhundert. Zur Zeit von Galilei orientierte sich die vorherrschende Lehrmeinung in erster Linie an Aristoteles sowie am Weltbild des Claudius Ptolemäus (2. Jahrhundert n. Chr.).

Die Fortschritte bei der Bewertung der Leibrenten wurden maßgeblich durch die Weiterentwicklung der Rechentechnik und die Wahrscheinlichkeitsrechnung geprägt, wobei auch Impulse von den Innovationen im Finanzwesen ausgegangen sein mögen.

Bemerkenswert ist, dass Simon Stevin (1548-1620) bereits 1585 diskontierte Werte eines bestimmten Betrages berechnete und Johann Nicolaus Tetens (1736-1807) 1785 die Idee hatte, die „Diskontierte Zahl der Lebenden des Alters x“ (heutige Schreibform) einzuführen. Beide führten den gleichen Rechengang aus. Der Un-

terschied besteht darin, dass Stevin einen Betrag von zehn Millionen wählte und Tetens in seine Berechnungen die Anzahl der Überlebenden nach der Absterbeordnung von Süßmilch einfließen ließ. Die hier angesprochene Diskontierung, bei der die Zinsseszinsrechnung eine Rolle spielt, wird zum Beispiel im Versicherungswesen gebraucht. Die kaufmännische Diskontierung rechnet nur mit einfachen Zinsen.

Um ein abgerundetes Bild zu erhalten, ist vorgesehen, den folgenden Themen jeweils einen eigenen Beitrag in „Bayern in Zahlen“ zu widmen:

- Menschliche Lebensspanne – ein Potpourri
- Bemerkenswertes zu Geldgeschäften und die Anfänge des Versicherungswesens
- Historisches zum Zins und ein Querschnitt zum geometrischen Wachstum
- Ein Blick in die Geschichte der Wahrscheinlichkeitsrechnung
- Historischer Abriss ausgewählter Rechentechniken
- Rechengeräte – eine Skizze der Entwicklung

Nachfolgend werden einige Begriffe näher beleuchtet, die sich wie ein roter Faden durch diese Beiträge ziehen.

Sterbetafel: Grundlage für Bevölkerungsprognosen

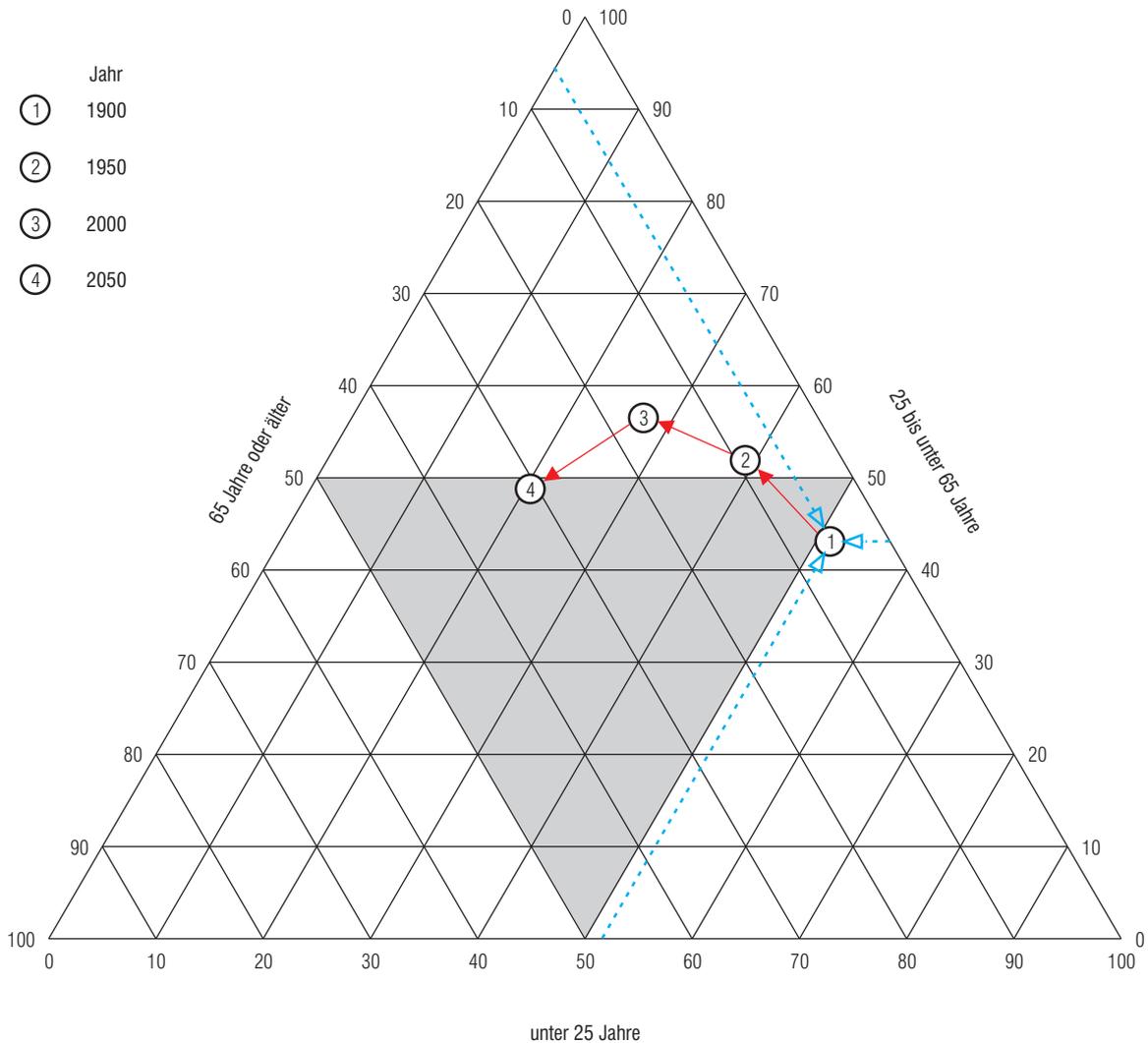
Mit Hilfe einer Sterbetafel kann man abschätzen wie viele der heute lebenden Menschen in ein paar Jahrzehnten noch am Leben sein werden. Es lässt sich auch sagen, wie viele Personen zum Beispiel in 25 Jahren das heiratsfähige Alter erreichen werden. Angaben zu Geburtenzahlen in den nächsten Jahren sind dagegen nur mit einer eingeschränkten Wahrscheinlichkeit möglich. Noch weitaus schwieriger sind Aussagen zum zukünftigen Wanderungssaldo.

Damit wird aber nicht gesagt, dass Bevölkerungsprognosen keinen Sinn haben. Auch wenn es anders kommt, so bedarf es doch sog. Modellrechnungen, vor allem wenn sie kurzfristig angelegt sind. Wirtschaftsprognosen sind noch skeptischer zu beurteilen, weil man davon ausgehen muss, dass sie sich nicht (genau) vorausberechnen lassen. Gewöhnlich bezeichnet man die Bevölkerungsvorausberechnungen zu Recht als Modellrechnungen. Ein eigenes Kapitel sind die Konjunkturprognosen, über die jüngst folgendes geschrieben wurde: „Die Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute sind ungefähr so zuverlässig wie die Orakel von Sterndeutern und Kaffeesatzlesern.“, siehe den Beitrag „Entläßt die Experten. Warum fallen die Konjunkturprognosen immer falsch aus?“ in der F.A.Z. vom 19. April 2005. Von Ernst Wagemann stammt übrigens der Satz: „Jede Prognose kocht eben mit Wasser, das heißt,

Fortgeschrittene
Rechentechnik
begünstigte die
Verbesserung von
Leibrentenbewer-
tungen

Diskontierte
Zahlen

Prozentuale Verteilung der bayerischen Bevölkerung nach Altersgruppen in den Jahren 1900, 1950, 2000 und 2050*



* Stichtage: 1. Dezember 1900, 13. September 1950, 31. Dezember 2000; die Anteile für 2050 beruhen auf der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Variante 4, Basis 31. Dezember 2001 (Beitragsheft Nr. 534, Best.-Nr. A18202).

Die Anwendung von Dreieckskoordinaten macht sich die Eigenschaft gleichseitiger Dreiecke zunutze, dass die Summe der Abstände von einem Punkt der Dreiecksfläche zu den drei Dreiecksseiten konstant ist. Eine Darstellung in Dreieckskoordinaten bietet sich bei jeder prozentualen Aufgliederung einer statistischen Masse an, die aus drei Teilmassen besteht. In der Abbildung ist am Beispiel des Jahres 1900 durch Richtungspfeile kenntlich gemacht, von welcher Skala jeweils die zugehörigen Anteile abgetragen sind. Hierbei ist der jedem Jahr zugeordnete Punkt stets durch zwei Koordinaten festgelegt, so dass sich die jeweils dritte Koordinate zwangsläufig ergibt.

Alle Punkte, die in nächster Umgebung des Inkreismittelpunkts gelegen sind, die als einziger gleiche Koordinaten aufweist, beziehen sich demnach auf eine statistische Masse mit weitgehend gleichmäßiger Besetzung der drei Gruppen.

sie transponiert die Erfahrungen der Vergangenheit, wie sie in ihrer Zeit angefallen sind, in die Zukunft.“

„Lebenserwartung“ – Schlüsselbegriff unserer Zeit

Absicherung
der letzten
Lebensphase

Immer wieder ist zu hören, dass eine eigene Vorsorge für das Alter vonnöten ist. Will man sich mit dem notwendigen Kapitalbedarf im Ruhestand auseinandersetzen, so sieht man sich einer Gleichung mit mindestens vier Unbekannten gegenüber: Persönliche Lebenserwartung, jährlicher Bedarf an finanziellen Mitteln in der Zeit des Ruhestands, Rendite des Eigenkapitals und die Inflationsrate. Die Idee der Leibrentenversicherung (Rentenzahlung von einer bestimmten Altersgrenze an bis zum Lebensende) war schon vor Jahrzehnten ein möglicher Bestandteil einer Vorsorge für das Alter.

Neuerdings kann man eine Unterteilung des letzten Lebensabschnitts beobachten, und zwar in die Zeit von der Erwerbsaufgabe bis zum 85. Lebensjahr und in die ab dem 85. Altersjahr. Für die letzte Phase wird eine zusätzliche finanzielle Absicherung in Form einer lebenslangen Rente ab dem 85. Lebensjahr empfohlen. In der freien Vorsorge werden neben Kapitalversicherungen Leibrenten als Alternative angeboten.

Demographische Entwicklung von 1900 bis 2050

Geburten-
rückgang

Seit Ende des 19. Jahrhunderts wurde in den europäischen, später auch in außereuropäischen Ländern das Absinken der Geburtenzahlen (Geburtenrückgang) beobachtet.

Nach Presseberichten kümmern sich die Deutschen zu wenig um die private Altersversorgung. Dies erstaunt, weil bereits vor vier Jahrzehnten (nach der Rentenreform 1957) empfohlen wurde, dass der einzelne neben oder statt einer Sozialrente auch eigene Vorkehrungen für eine befriedigende Altersversorgung treffen muss.

Demographi-
scher Wandel
erfordert ver-
stärkt eine eigen-
verantwortliche
Vorsorge

Die Verteilung der bayerischen Bevölkerung nach drei bestimmten Altersgruppen spricht im langfristigen Vergleich für sich. Die zugehörigen Ergebnisse wurden der besseren Übersicht in Dreieckskoordinaten umgesetzt (siehe Abbildung). In diesem Schaubild kommt die ganze Dramatik der demographischen Entwicklung auf prägnante Weise zum Ausdruck.

Zum Begriff der „Rente“ ...

Unter dem Begriff Rente versteht man gewöhnlich ein Einkommen, das auf Besitz, Versicherungs- oder Versorgungsansprüchen be-

ruht. Un homme bien renté – wer mit Rentenpapieren und Rentenansprüchen, Staatsrente, Grundrente, Leibrente oder anderem arbeitslosen Einkommen gut ausgestattet ist. Mit dem Aufbau der Sozialversicherungen bekam die Rente den Charakter einer Unterhaltsverpflichtung.

... und der „Leibrente“

Unter „Leibrente“ wird eine Rente verstanden, bei der die Anzahl der Zahlungsleistungen dadurch begrenzt ist, dass die Zahlungen beim Eintritt eines bestimmten Ereignisses (meist Tod des Rentenempfängers) eingestellt werden.

Von der rechtlichen Seite her steht der Begriff Leibrente im Zusammenhang mit verschiedenen Rechtsgebieten, zum Beispiel mit dem Zivilrecht und dem Familienrecht.

Lebenserwartung und Leibrente – eine Alliteration? In bestimmten Fällen können Kaufgeschäfte auf Leibrentenbasis Bestandteil einer Vorsorge für das Alter sein. Ein Immobiliengeschäft auf Rentenbasis kann für den Käufer und Verkäufer gleichermaßen attraktiv sein – eine erstrangige Absicherung (Eintragung im Grundbuch) vorausgesetzt. Die möglichen Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf die Immobilienmärkte sollen hier außer Betracht bleiben. Zum Unterschied zwischen Wert und Preis einer Immobilie: Der Wert wird geschätzt, der Preis bezahlt.

Leibrenten im Wandel der Zeit

Die Leibrente unterlag im Lauf der Zeit einem umfassenden Wandel. Aus dem mittelalterlichen Leibrentengeschäft entwickelte sich die Lebensversicherung. Historisches zur Leibrente sowie die mit der Leibrente verwandten Gebiete wie Montes und Tontinen werden im Passus „Bemerkenswertes zu Geldgeschäften und die Anfänge des Versicherungswesens“ dargestellt. Das Verfahren zur Berechnung der Versicherungsbarwerte von Johann Nicolaus Tetens aus dem Jahr 1785 wurde im Heft 12/2004 von „Bayern in Zahlen“ geschildert².

² Ende 2004 gab das Statistische Bundesamt bekannt, dass es Versicherungsbarwerte auf Basis der Sterbetafel 2001/2003 zur Verfügung stellt, siehe *Kommutationszahlen und Versicherungsbarwerte für Leibrenten 2001/2003*. Dies ist ein Novum – bisher wurden diese Berechnungen jeweils auf der Basis einer Allgemeinen Sterbetafel durchgeführt.

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im Zahlenspiegel veröffentlicht

Tabellen zum Bayerischen Zahlenspiegel

Bezeichnung	Einheit	2002	2003	2004	2004				2005																																																																																																																																																																																																																																																																					
		Monatsdurchschnitt			Januar	Februar	Nov.	Dez.	Januar	Februar																																																																																																																																																																																																																																																																				
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit																																																																																																																																																																																																																																																																														
* Bevölkerungsstand (Wertespalten 1 bis 3: zum 31.12.; sonst: Monatsende)	1 000	12 387	12 423	12 444	12 421	12 421	12 444	12 444	12 444	...																																																																																																																																																																																																																																																																				
Natürliche Bevölkerungsbewegung																																																																																																																																																																																																																																																																														
* Eheschließungen ¹	Anzahl	5 057	4 917	5 060	1 682	2 396	3 511	7 542	1 661	2 222																																																																																																																																																																																																																																																																				
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	4,9	4,8	4,1	1,6	2,4	3,4	7,1	1,6	...																																																																																																																																																																																																																																																																				
* Lebendgeborene ²	Anzahl	9 485	9 295	9 264	7 503	8 116	8 554	11 369	6 583	8 136																																																																																																																																																																																																																																																																				
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	9,2	9,0	7,4	7,1	8,2	8,4	10,8	6,2	...																																																																																																																																																																																																																																																																				
* Gestorbene ³	Anzahl	9 980	10 148	9 705	9 637	9 439	10 172	11 265	9 524	10 302																																																																																																																																																																																																																																																																				
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	9,7	9,8	7,8	9,1	9,6	9,9	10,6	9,0	...																																																																																																																																																																																																																																																																				
* und zwar im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	38	36	31	33	32	27	28	30	27																																																																																																																																																																																																																																																																				
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	4,0	3,9	3,3	4,4	3,9	3,2	2,5	4,6	3,3																																																																																																																																																																																																																																																																				
* in den ersten 7 Lebenstagen Gestorbene	Anzahl	18	20	15	13	18	11	13	11	11																																																																																																																																																																																																																																																																				
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	1,9	2,2	1,6	1,7	2,2	1,3	1,1	1,7	1,6																																																																																																																																																																																																																																																																				
* Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 495	- 853	- 441	- 2 134	- 1 323	- 1 618	104	- 2 941	- 2 166																																																																																																																																																																																																																																																																				
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	- 0,5	- 0,8	- 0,4	2,0	- 1,3	- 1,6	0,1	- 2,8	...																																																																																																																																																																																																																																																																				
* Totgeborene ²	Anzahl	33	33	31	28	23	33	41	19	22																																																																																																																																																																																																																																																																				
Wanderungen																																																																																																																																																																																																																																																																														
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	23 620	21 714	20 915	13 941	19 388	19 069	17 889	17 835	14 818																																																																																																																																																																																																																																																																				
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	11 800	10 597	10 535	6 226	10 231	8 593	7 950	8 038	6 990																																																																																																																																																																																																																																																																				
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	18 322	17 844	18 769	13 847	18 413	17 174	18 205	14 360	13 162																																																																																																																																																																																																																																																																				
* darunter in das Ausland	Anzahl	9 950	9 578	10 531	6 544	11 855	9 296	10 726	7 056	6 717																																																																																																																																																																																																																																																																				
* Zuzüge aus den anderen Bundesländern	Anzahl	11 821	11 117	10 379	7 715	9 157	10 476	9 939	9 797	7 828																																																																																																																																																																																																																																																																				
* Fortzüge in die anderen Bundesländer	Anzahl	8 372	8 266	8 238	7 303	6 558	7 878	7 479	7 304	6 445																																																																																																																																																																																																																																																																				
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	Anzahl	5 298	3 870	2 146	94	975	1 895	- 316	3 475	1 656																																																																																																																																																																																																																																																																				
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁴	Anzahl	40 376	41 093	40 279	34 176	33 571	42 062	48 904	35 529	30 714																																																																																																																																																																																																																																																																				
<table border="1"> <thead> <tr> <th>2002</th> <th>2003</th> <th>2004</th> <th colspan="3">2003</th> <th colspan="3">2004</th> </tr> <tr> <th colspan="3">Jahresdurchschnitt</th> <th>Juni</th> <th>Sept.</th> <th>Dez.</th> <th>März</th> <th>Juni</th> <th>Sept.</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort^{5,6}</td> <td>1 000</td> <td>4 406,6</td> <td>4 323,2</td> <td>...</td> <td>4 333,3</td> <td>4 373,4</td> <td>4 273,8</td> <td>4 240,3</td> <td>4 288,5</td> <td>4 354,3</td> </tr> <tr> <td>* Frauen</td> <td>1 000</td> <td>1 972,6</td> <td>1 941,4</td> <td>...</td> <td>1 937,9</td> <td>1 949,6</td> <td>1 927,8</td> <td>1 915,9</td> <td>1 914,3</td> <td>1 946,5</td> </tr> <tr> <td>* Ausländer</td> <td>1 000</td> <td>361,0</td> <td>342,4</td> <td>...</td> <td>347,4</td> <td>346,3</td> <td>329,8</td> <td>329,9</td> <td>337,5</td> <td>338,4</td> </tr> <tr> <td>* Teilzeitbeschäftigte</td> <td>1 000</td> <td>678,9</td> <td>688,6</td> <td>...</td> <td>690,5</td> <td>690,6</td> <td>686,6</td> <td>689,8</td> <td>697,0</td> <td>700,2</td> </tr> <tr> <td>* darunter Frauen</td> <td>1 000</td> <td>584,5</td> <td>590,8</td> <td>...</td> <td>591,4</td> <td>591,5</td> <td>591,0</td> <td>593,1</td> <td>597,5</td> <td>600,1</td> </tr> <tr> <td colspan="11">Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach zusammengefassten Wirtschaftsabschnitten</td> </tr> <tr> <td>* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei</td> <td>1 000</td> <td>32,1</td> <td>31,1</td> <td>...</td> <td>33,8</td> <td>33,8</td> <td>26,1</td> <td>29,5</td> <td>33,1</td> <td>33,2</td> </tr> <tr> <td>* Produzierendes Gewerbe</td> <td>1 000</td> <td>1 702,5</td> <td>1 647,1</td> <td>...</td> <td>1 660,8</td> <td>1 674,7</td> <td>1 616,8</td> <td>1 596,6</td> <td>1 624,9</td> <td>1 647,9</td> </tr> <tr> <td>* Bergbau</td> <td>1 000</td> <td>12,5</td> <td>11,6</td> <td>...</td> <td>12,5</td> <td>12,3</td> <td>10,2</td> <td>10,6</td> <td>11,7</td> <td>11,8</td> </tr> <tr> <td>* Verarbeitendes Gewerbe</td> <td>1 000</td> <td>1 372,0</td> <td>1 335,5</td> <td>...</td> <td>1 336,4</td> <td>1 342,6</td> <td>1 322,9</td> <td>1 313,7</td> <td>1 312,5</td> <td>1 328,7</td> </tr> <tr> <td>* Energie- und Wasserversorgung</td> <td>1 000</td> <td>34,8</td> <td>33,6</td> <td>...</td> <td>33,5</td> <td>33,7</td> <td>33,4</td> <td>35,3</td> <td>35,1</td> <td>35,5</td> </tr> <tr> <td>* Baugewerbe</td> <td>1 000</td> <td>283,2</td> <td>266,4</td> <td>...</td> <td>278,4</td> <td>286,2</td> <td>250,2</td> <td>237,0</td> <td>265,5</td> <td>272,0</td> </tr> <tr> <td>* Handel, Gastgewerbe und Verkehr</td> <td>1 000</td> <td>1 021,0</td> <td>988,2</td> <td>...</td> <td>987,4</td> <td>998,7</td> <td>978,5</td> <td>967,9</td> <td>976,1</td> <td>993,4</td> </tr> <tr> <td>* Handel</td> <td>1 000</td> <td>673,5</td> <td>650,8</td> <td>...</td> <td>645,8</td> <td>654,9</td> <td>648,5</td> <td>641,5</td> <td>639,9</td> <td>653,1</td> </tr> <tr> <td>* Gastgewerbe</td> <td>1 000</td> <td>140,6</td> <td>135,3</td> <td>...</td> <td>138,6</td> <td>139,7</td> <td>130,4</td> <td>128,2</td> <td>136,4</td> <td>138,4</td> </tr> <tr> <td>* Verkehr und Nachrichtenübermittlung</td> <td>1 000</td> <td>206,9</td> <td>202,1</td> <td>...</td> <td>203,0</td> <td>204,1</td> <td>199,6</td> <td>198,2</td> <td>199,9</td> <td>201,9</td> </tr> <tr> <td>* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen Kredit- und Versicherungsgewerbe</td> <td>1 000</td> <td>655,8</td> <td>651,1</td> <td>...</td> <td>650,7</td> <td>657,2</td> <td>644,8</td> <td>644,7</td> <td>654,0</td> <td>670,1</td> </tr> <tr> <td>* Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen f. Untern. Öffentliche Verwaltung u. ä.</td> <td>1 000</td> <td>192,3</td> <td>188,7</td> <td>...</td> <td>188,3</td> <td>188,6</td> <td>187,7</td> <td>186,3</td> <td>185,1</td> <td>189,4</td> </tr> <tr> <td>* Öffentliche und private Dienstleister</td> <td>1 000</td> <td>463,5</td> <td>462,4</td> <td>...</td> <td>462,4</td> <td>468,5</td> <td>457,1</td> <td>458,4</td> <td>468,9</td> <td>480,7</td> </tr> <tr> <td>* Öffentliche Verwaltung u. ä.</td> <td>1 000</td> <td>994,8</td> <td>1 005,0</td> <td>...</td> <td>1 000,3</td> <td>1 008,7</td> <td>1 007,2</td> <td>1 001,2</td> <td>1 000,0</td> <td>1 009,2</td> </tr> <tr> <td>* Öffentliche und private Dienstl. (ohne Öff. Verwaltung)</td> <td>1 000</td> <td>228,3</td> <td>231,4</td> <td>...</td> <td>231,0</td> <td>232,2</td> <td>231,9</td> <td>231,5</td> <td>231,9</td> <td>232,5</td> </tr> <tr> <td>* Öffentliche und private Dienstl. (ohne Öff. Verwaltung)</td> <td>1 000</td> <td>766,5</td> <td>773,6</td> <td>...</td> <td>769,3</td> <td>776,4</td> <td>775,3</td> <td>769,6</td> <td>768,0</td> <td>776,7</td> </tr> </tbody> </table>											2002	2003	2004	2003			2004			Jahresdurchschnitt			Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ^{5,6}	1 000	4 406,6	4 323,2	...	4 333,3	4 373,4	4 273,8	4 240,3	4 288,5	4 354,3	* Frauen	1 000	1 972,6	1 941,4	...	1 937,9	1 949,6	1 927,8	1 915,9	1 914,3	1 946,5	* Ausländer	1 000	361,0	342,4	...	347,4	346,3	329,8	329,9	337,5	338,4	* Teilzeitbeschäftigte	1 000	678,9	688,6	...	690,5	690,6	686,6	689,8	697,0	700,2	* darunter Frauen	1 000	584,5	590,8	...	591,4	591,5	591,0	593,1	597,5	600,1	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach zusammengefassten Wirtschaftsabschnitten											* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	32,1	31,1	...	33,8	33,8	26,1	29,5	33,1	33,2	* Produzierendes Gewerbe	1 000	1 702,5	1 647,1	...	1 660,8	1 674,7	1 616,8	1 596,6	1 624,9	1 647,9	* Bergbau	1 000	12,5	11,6	...	12,5	12,3	10,2	10,6	11,7	11,8	* Verarbeitendes Gewerbe	1 000	1 372,0	1 335,5	...	1 336,4	1 342,6	1 322,9	1 313,7	1 312,5	1 328,7	* Energie- und Wasserversorgung	1 000	34,8	33,6	...	33,5	33,7	33,4	35,3	35,1	35,5	* Baugewerbe	1 000	283,2	266,4	...	278,4	286,2	250,2	237,0	265,5	272,0	* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1 000	1 021,0	988,2	...	987,4	998,7	978,5	967,9	976,1	993,4	* Handel	1 000	673,5	650,8	...	645,8	654,9	648,5	641,5	639,9	653,1	* Gastgewerbe	1 000	140,6	135,3	...	138,6	139,7	130,4	128,2	136,4	138,4	* Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1 000	206,9	202,1	...	203,0	204,1	199,6	198,2	199,9	201,9	* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen Kredit- und Versicherungsgewerbe	1 000	655,8	651,1	...	650,7	657,2	644,8	644,7	654,0	670,1	* Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen f. Untern. Öffentliche Verwaltung u. ä.	1 000	192,3	188,7	...	188,3	188,6	187,7	186,3	185,1	189,4	* Öffentliche und private Dienstleister	1 000	463,5	462,4	...	462,4	468,5	457,1	458,4	468,9	480,7	* Öffentliche Verwaltung u. ä.	1 000	994,8	1 005,0	...	1 000,3	1 008,7	1 007,2	1 001,2	1 000,0	1 009,2	* Öffentliche und private Dienstl. (ohne Öff. Verwaltung)	1 000	228,3	231,4	...	231,0	232,2	231,9	231,5	231,9	232,5	* Öffentliche und private Dienstl. (ohne Öff. Verwaltung)	1 000	766,5	773,6	...	769,3	776,4	775,3	769,6	768,0	776,7
2002	2003	2004	2003			2004																																																																																																																																																																																																																																																																								
Jahresdurchschnitt			Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.																																																																																																																																																																																																																																																																						
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ^{5,6}	1 000	4 406,6	4 323,2	...	4 333,3	4 373,4	4 273,8	4 240,3	4 288,5	4 354,3																																																																																																																																																																																																																																																																				
* Frauen	1 000	1 972,6	1 941,4	...	1 937,9	1 949,6	1 927,8	1 915,9	1 914,3	1 946,5																																																																																																																																																																																																																																																																				
* Ausländer	1 000	361,0	342,4	...	347,4	346,3	329,8	329,9	337,5	338,4																																																																																																																																																																																																																																																																				
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	678,9	688,6	...	690,5	690,6	686,6	689,8	697,0	700,2																																																																																																																																																																																																																																																																				
* darunter Frauen	1 000	584,5	590,8	...	591,4	591,5	591,0	593,1	597,5	600,1																																																																																																																																																																																																																																																																				
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach zusammengefassten Wirtschaftsabschnitten																																																																																																																																																																																																																																																																														
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	32,1	31,1	...	33,8	33,8	26,1	29,5	33,1	33,2																																																																																																																																																																																																																																																																				
* Produzierendes Gewerbe	1 000	1 702,5	1 647,1	...	1 660,8	1 674,7	1 616,8	1 596,6	1 624,9	1 647,9																																																																																																																																																																																																																																																																				
* Bergbau	1 000	12,5	11,6	...	12,5	12,3	10,2	10,6	11,7	11,8																																																																																																																																																																																																																																																																				
* Verarbeitendes Gewerbe	1 000	1 372,0	1 335,5	...	1 336,4	1 342,6	1 322,9	1 313,7	1 312,5	1 328,7																																																																																																																																																																																																																																																																				
* Energie- und Wasserversorgung	1 000	34,8	33,6	...	33,5	33,7	33,4	35,3	35,1	35,5																																																																																																																																																																																																																																																																				
* Baugewerbe	1 000	283,2	266,4	...	278,4	286,2	250,2	237,0	265,5	272,0																																																																																																																																																																																																																																																																				
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1 000	1 021,0	988,2	...	987,4	998,7	978,5	967,9	976,1	993,4																																																																																																																																																																																																																																																																				
* Handel	1 000	673,5	650,8	...	645,8	654,9	648,5	641,5	639,9	653,1																																																																																																																																																																																																																																																																				
* Gastgewerbe	1 000	140,6	135,3	...	138,6	139,7	130,4	128,2	136,4	138,4																																																																																																																																																																																																																																																																				
* Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1 000	206,9	202,1	...	203,0	204,1	199,6	198,2	199,9	201,9																																																																																																																																																																																																																																																																				
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen Kredit- und Versicherungsgewerbe	1 000	655,8	651,1	...	650,7	657,2	644,8	644,7	654,0	670,1																																																																																																																																																																																																																																																																				
* Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen f. Untern. Öffentliche Verwaltung u. ä.	1 000	192,3	188,7	...	188,3	188,6	187,7	186,3	185,1	189,4																																																																																																																																																																																																																																																																				
* Öffentliche und private Dienstleister	1 000	463,5	462,4	...	462,4	468,5	457,1	458,4	468,9	480,7																																																																																																																																																																																																																																																																				
* Öffentliche Verwaltung u. ä.	1 000	994,8	1 005,0	...	1 000,3	1 008,7	1 007,2	1 001,2	1 000,0	1 009,2																																																																																																																																																																																																																																																																				
* Öffentliche und private Dienstl. (ohne Öff. Verwaltung)	1 000	228,3	231,4	...	231,0	232,2	231,9	231,5	231,9	232,5																																																																																																																																																																																																																																																																				
* Öffentliche und private Dienstl. (ohne Öff. Verwaltung)	1 000	766,5	773,6	...	769,3	776,4	775,3	769,6	768,0	776,7																																																																																																																																																																																																																																																																				
<table border="1"> <thead> <tr> <th>2002</th> <th>2003</th> <th>2004</th> <th colspan="3">2004</th> <th colspan="3">2005</th> </tr> <tr> <th colspan="3">Monatsdurchschnitt</th> <th>April</th> <th>Mai</th> <th>Februar</th> <th>März</th> <th>April</th> <th>Mai</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>* Arbeitslose</td> <td>1 000</td> <td>386,7</td> <td>447,4</td> <td>449,7</td> <td>450,0</td> <td>423,7</td> <td>588,1</td> <td>579,3</td> <td>523,7</td> <td>493,5</td> </tr> <tr> <td>* darunter Frauen</td> <td>1 000</td> <td>174,4</td> <td>199,5</td> <td>203,6</td> <td>201,8</td> <td>195,7</td> <td>253,9</td> <td>249,0</td> <td>246,0</td> <td>239,4</td> </tr> <tr> <td>* Arbeitslosenquote insgesamt⁷</td> <td>%</td> <td>6,9</td> <td>7,9</td> <td>7,9</td> <td>7,9</td> <td>7,4</td> <td>10,3</td> <td>10,2</td> <td>9,2</td> <td>8,7</td> </tr> <tr> <td>* Frauen</td> <td>%</td> <td>6,5</td> <td>7,4</td> <td>7,5</td> <td>7,4</td> <td>7,2</td> <td>9,3</td> <td>9,1</td> <td>9,0</td> <td>8,8</td> </tr> <tr> <td>* Männer</td> <td>%</td> <td>7,2</td> <td>8,3</td> <td>8,3</td> <td>8,3</td> <td>7,7</td> <td>11,3</td> <td>11,1</td> <td>9,4</td> <td>8,6</td> </tr> <tr> <td>* Ausländer</td> <td>%</td> <td>14,3</td> <td>16,1</td> <td>...</td> <td>16,5</td> <td>15,8</td> <td>21,8</td> <td>21,7</td> <td>20,6</td> <td>19,8</td> </tr> <tr> <td>* Jugendliche</td> <td>%</td> <td>6,3</td> <td>7,3</td> <td>...</td> <td>7,1</td> <td>6,4</td> <td>10,2</td> <td>10,2</td> <td>9,0</td> <td>8,2</td> </tr> <tr> <td>* Kurzarbeiter</td> <td>1 000</td> <td>32,9</td> <td>27,0</td> <td>18,1</td> <td>21,2</td> <td>21,1</td> <td>18,9</td> <td>21,4</td> <td>20,2</td> <td>18,4</td> </tr> <tr> <td>* darunter Männer</td> <td>1 000</td> <td>22,6</td> <td>19,3</td> <td>12,5</td> <td>14,8</td> <td>14,6</td> <td>13,7</td> <td>...</td> <td>...</td> <td>...</td> </tr> <tr> <td>* Gemeldete Stellen</td> <td>1 000</td> <td>75,6</td> <td>56,9</td> <td>48,5</td> <td>53,7</td> <td>51,8</td> <td>45,5</td> <td>56,7</td> <td>61,8</td> <td>62,6</td> </tr> </tbody> </table>											2002	2003	2004	2004			2005			Monatsdurchschnitt			April	Mai	Februar	März	April	Mai	* Arbeitslose	1 000	386,7	447,4	449,7	450,0	423,7	588,1	579,3	523,7	493,5	* darunter Frauen	1 000	174,4	199,5	203,6	201,8	195,7	253,9	249,0	246,0	239,4	* Arbeitslosenquote insgesamt ⁷	%	6,9	7,9	7,9	7,9	7,4	10,3	10,2	9,2	8,7	* Frauen	%	6,5	7,4	7,5	7,4	7,2	9,3	9,1	9,0	8,8	* Männer	%	7,2	8,3	8,3	8,3	7,7	11,3	11,1	9,4	8,6	* Ausländer	%	14,3	16,1	...	16,5	15,8	21,8	21,7	20,6	19,8	* Jugendliche	%	6,3	7,3	...	7,1	6,4	10,2	10,2	9,0	8,2	* Kurzarbeiter	1 000	32,9	27,0	18,1	21,2	21,1	18,9	21,4	20,2	18,4	* darunter Männer	1 000	22,6	19,3	12,5	14,8	14,6	13,7	* Gemeldete Stellen	1 000	75,6	56,9	48,5	53,7	51,8	45,5	56,7	61,8	62,6																																																																																																																																				
2002	2003	2004	2004			2005																																																																																																																																																																																																																																																																								
Monatsdurchschnitt			April	Mai	Februar	März	April	Mai																																																																																																																																																																																																																																																																						
* Arbeitslose	1 000	386,7	447,4	449,7	450,0	423,7	588,1	579,3	523,7	493,5																																																																																																																																																																																																																																																																				
* darunter Frauen	1 000	174,4	199,5	203,6	201,8	195,7	253,9	249,0	246,0	239,4																																																																																																																																																																																																																																																																				
* Arbeitslosenquote insgesamt ⁷	%	6,9	7,9	7,9	7,9	7,4	10,3	10,2	9,2	8,7																																																																																																																																																																																																																																																																				
* Frauen	%	6,5	7,4	7,5	7,4	7,2	9,3	9,1	9,0	8,8																																																																																																																																																																																																																																																																				
* Männer	%	7,2	8,3	8,3	8,3	7,7	11,3	11,1	9,4	8,6																																																																																																																																																																																																																																																																				
* Ausländer	%	14,3	16,1	...	16,5	15,8	21,8	21,7	20,6	19,8																																																																																																																																																																																																																																																																				
* Jugendliche	%	6,3	7,3	...	7,1	6,4	10,2	10,2	9,0	8,2																																																																																																																																																																																																																																																																				
* Kurzarbeiter	1 000	32,9	27,0	18,1	21,2	21,1	18,9	21,4	20,2	18,4																																																																																																																																																																																																																																																																				
* darunter Männer	1 000	22,6	19,3	12,5	14,8	14,6	13,7																																																																																																																																																																																																																																																																				
* Gemeldete Stellen	1 000	75,6	56,9	48,5	53,7	51,8	45,5	56,7	61,8	62,6																																																																																																																																																																																																																																																																				

1 Nach dem Ereignisort.
 2 Nach der Wohngemeinde der Mutter; p = vorläufige Ergebnisse nach dem Ereignisort.
 3 Ohne Totgeborene; nach der Wohngemeinde der Verstorbenen;
 p = vorläufige Ergebnisse nach dem Ereignisort.
 4 Ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden.

5 Auswertungen aus der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit; an Stelle von Monatsdurchschnitten errechnete Jahresdurchschnitte.
 6 Einschließlich Fälle ohne Angabe zur Wirtschaftsgliederung.
 7 Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen.

Bezeichnung	Einheit	2002	2003	2004	2004		2005			
		Monatsdurchschnitt			April	Mai	Februar	März	April	Mai
Landwirtschaft										
Schlachtungen ¹										
Rinder (ohne Kälber)	1 000	93,3	88,1	86,0	82,6	70,7	77,4	81,1	74,5	72,9
Kälber	1 000	4,2	3,7	3,8	4,9	3,5	2,7	4,0	2,9	3,0
Schweine	1 000	460,1	444,1	424,1	392,7	394,4	387,8	424,3	413,4	431,9
darunter Hausschlachtungen	1 000	13,8	12,5	11,1	9,2	7,5	13,2	10,7	9,8	6,7
Schafe	1 000	10,2	9,7	9,9	15,0	8,8	6,8	16,6	8,7	9,3
Durchschnittliches Schlachtgewicht ²										
Rinder (ohne Kälber)	kg	341,2	341,1	339,9	344,6	343,1	349,7	346,2	345,9	347,2
Kälber	kg	96,7	98,9	100,9	98,9	102,0	100,6	98,4	98,6	100,0
Schweine	kg	93,3	93,5	93,1	93,3	93,0	93,9	93,8	94,3	94,0
Schafe	kg	19,3	19,3	19,3	18,8	19,2	19,1	19,4	18,8	19,1
Gesamtschlachtgewicht ³										
Gewerbl. Schlachtungen u. Hausschl. (ohne Geflügel)	1 000 t	75,6	72,2	69,4	65,9	61,5	63,9	68,6	65,3	66,5
darunter Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	32,0	30,1	29,3	28,5	24,2	27,1	28,0	25,8	25,3
Kälber	1 000 t	0,4	0,4	0,4	0,5	0,4	0,3	0,4	0,3	0,3
Schweine	1 000 t	42,9	41,5	39,5	36,7	36,7	36,4	39,8	39,0	40,6
Schafe	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,3	0,2	0,1	0,3	0,2	0,2
darunter										
* Gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel)	1 000 t	73,5	70,4	67,7	64,5	60,3	62,1	67,0	63,8	65,4
* darunter Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	31,3	29,5	28,7	27,9	23,8	26,5	27,5	25,3	24,9
* Kälber	1 000 t	0,4	0,3	0,3	0,4	0,3	0,2	0,4	0,3	0,3
* Schweine	1 000 t	41,7	40,4	38,4	35,8	36,0	35,2	38,8	38,1	40,0
* Schafe	1 000 t	0,2	0,1	0,2	0,2	0,1	0,1	0,3	0,1	0,2
Geflügel										
* Konsumeier ⁴	1 000	73 164	69 002	67 813	67 495	65 816	65 213	73 650	70 275	...
* Geflügelfleisch ⁵	1 000 kg	6 722,6	7 442,5	7 618,7	7 310,9	6 922,3	7 285,9	9 187,5	7 664,9	8 253,7
Milcherzeugung und Milchverwendung										
Kuhmilcherzeugung	1 000 t	627,4	640,3	625,8	636,8	680,2	578,3	634,9	651,0	689,3
darunter Milchanlieferung an Molkereien ⁶	%	92,0	92,6	93,0	92,7	92,7	92,5	92,5	92,5	92,5
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	14,9	15,9	15,9	16,0	16,5	16,0	15,9	16,8	17,2
Trinkmilchabsatz der Molkereien ⁷	1 000 t	68,6	73,2	73,4	77,1	71,9	70,4	77,3	72,8	76,3
darunter Vollmilch	1 000 t	36,1	36,9	35,9	37,4	36,1	33,2	37,4	33,8	35,9
Buttererzeugung der Molkereien ⁷	1 000 t	5,5	5,3	5,3	5,5	5,3	5,5	5,9	3,1	5,7
Käseerzeugung der Molkereien ^{7, 8}	1 000 t	35,8	36,4	36,6	36,5	37,1	35,0	39,9	39,2	41,9
Quarkerzeugung der Molkereien ^{7, 9}	1 000 t	23,3	24,0	24,0	24,6	23,3	22,8	26,5	24,0	26,2
Getreideanlieferungen ^{7, 10}										
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	12,3	8,8	10,0	2,1	1,8	5,8	6,6
Weizen	1 000 t	170,1	127,4	126,2	34,3	41,4	122,7	164,6
Gerste	1 000 t	72,6	57,7	63,8	14,6	15,0	22,0	38,6
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	2,9	3,1	3,0	1,7	1,1	1,2	2,1
Vermahlung von Getreide ^{7, 10}										
Getreide insgesamt	1 000 t	83,1	84,2	79,8	82,0	75,0	75,4	81,8
darunter Roggen und -gemenge	1 000 t	12,2	12,7	11,9	12,4	10,5	11,2	12,6
Weizen und -gemenge	1 000 t	70,9	71,5	67,9	69,5	65,4	64,2	69,3
Vorräte bei den Erzeugern ^{11, 12}										
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	14,9	5,0	3,6
Weizen	1 000 t	245,2	226,5	179,2
Gerste	1 000 t	252,9	221,0	185,0
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	42,8	36,6	42,7
Kartoffeln	1 000 t
Vorräte in zweiter Hand ^{7, 10}										
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	46,3	32,9	43,1	33,9	26,2	42,0	34,2
Weizen	1 000 t	421,5	397,1	415,0	300,0	244,7	501,0	505,8
Gerste	1 000 t	397,5	342,3	348,4	225,8	193,0	343,9	319,0
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	13,8	15,7	13,7	9,9	8,7	12,4	10,8
Mais	1 000 t	113,9	148,7	124,7	127,7	113,9	117,5	110,3
Gewerbliche Betriebe ¹³										
* Betriebseröffnungen	1 000	8,7	10,1	12,2	12,2	11,2	10,7	11,7	12,1	10,6
* Betriebsschließungen	1 000	6,8	7,4	7,8	7,3	6,4	8,0	8,1	7,9	7,2

1 Gewerbliche Schlachtungen und Hausschlachtungen von Tieren inländischer und ausländischer Herkunft.

2 Von gewerblich geschlachteten Tieren inländischer Herkunft.

3 bzw. Schlachtmenge, einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.

4 In Betrieben mit einer Haltungskapazität von mindestens 3 000 Legehennen.

5 Aus Geflügelschlachtungen in Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mindestens 2 000 Tieren im Monat.

6 In Prozent der Gesamtmilcherzeugung.

7 Nach Angaben des Bayerischen Staatsministeriums für Landwirtschaft und Forsten.

8 Hart-, Schnitt- und Weichkäse.

9 Sauermilch und Labquark, Rohkäse incl. Ziger.

10 Anlieferung vom Erzeuger an Handel, Genossenschaften, Mühlen und sonstige Verarbeitungsbetriebe. In den Spalten „Monatsdurchschnitte“ sind die Gesamtlieferungen im Jahr angegeben.

11 Nachweis nur für die Monate Juni und Dezember.

12 Bei Monatsdurchschnitt für 2001, 2002, 2003 jeweils der Wert vom Monat Juni.

13 Ohne Reisegewerbe.

Bezeichnung	Einheit	2002	2003	2004	2004		2005			
		Monatsdurchschnitt			April	Mai	Februar	März	April	Mai
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ¹										
* Betriebe ²	Anzahl	7 915	7 934	7 786	7 782	7 784	7 674	7 665	7 659	7 662
* Beschäftigte	1 000	1 186	1 181	1 164	1 162	1 161	1 149	1 149	1 149	1 150
* Geleistete Arbeitsstunden ³	1 000	x	147 679	148 316	148 010	141 889	144 245	150 938	153 895	137 997
* Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. €	3 704	3 750	3 781	3 594	3 642	3 511	3 654	3 649	3 685
* Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. €	21 314	21 759	23 404	22 913	22 205	21 550	25 039	24 403	22 808
davon										
* Vorleistungsgüterproduzenten ⁴	Mill. €	x	5 877	6 311	6 213	6 076	5 692	6 452	6 433	6 191
* Investitionsgüterproduzenten ⁴	Mill. €	x	10 628	11 491	11 282	10 957	10 513	12 778	12 320	11 112
* Gebrauchsgüterproduzenten ⁴	Mill. €	x	981	982	957	886	964	1 043	982	881
* Verbrauchsgüterproduzenten ⁴	Mill. €	x	3 640	3 752	3 609	3 445	3 596	3 899	3 692	3 644
* Energie ⁴	Mill. €	x	633	868	852	841	785	867	976	980
* darunter Auslandsumsatz	Mill. €	9 345	9 632	10 512	10 383	10 090	9 865	11 794	11 054	10 411
Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (2000 = 100) ¹										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	%	100,4	102,4	107,5	106,6	103,5	100,3	115,3	113,8	106,0
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	%	88,0	85,9	76,2	81,9	83,7	42,3	56,2	86,3	87,9
Verarbeitendes Gewerbe	%	100,5	102,5	107,6	106,7	103,7	100,6	115,6	113,9	106,1
Vorleistungsgüterproduzenten ⁴	%	100,0	102,4	108,8	108,4	106,0	101,5	112,5	116,9	110,1
Investitionsgüterproduzenten ⁴	%	103,2	106,8	113,7	112,4	109,7	108,2	131,4	125,9	113,7
Gebrauchsgüterproduzenten ⁴	%	95,2	97,9	96,5	97,9	92,0	91,7	100,6	99,1	79,7
Verbrauchsgüterproduzenten ⁴	%	97,6	95,1	95,4	94,1	88,6	87,0	94,4	93,8	89,7
Energie ⁴	%	95,6	99,0	102,9	102,5	105,0	85,0	91,4	83,1	104,2
Index des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe (preisbereinigt) (2000 = 100) ¹										
Verarbeitendes Gewerbe ⁵ insgesamt	%	98,6	101,0	109,2	106,2	102,1	104,0	119,2	111,5	106,5
Inland	%	93,3	95,1	100,4	95,5	90,8	92,9	105,5	101,3	93,0
Ausland	%	104,2	107,3	118,6	117,8	114,2	115,8	133,8	122,4	120,9
Vorleistungsgüterproduzenten ⁴	%	94,6	97,9	107,1	104,9	101,5	100,1	113,8	108,3	106,8
Investitionsgüterproduzenten ⁴	%	101,2	104,3	112,8	109,7	106,0	106,4	124,3	116,5	110,1
Gebrauchsgüterproduzenten ⁴	%	95,2	91,2	92,5	92,1	84,7	89,6	97,4	92,5	84,4
Verbrauchsgüterproduzenten ⁴	%	97,8	94,0	101,4	93,7	83,8	113,0	117,8	97,8	90,5
Bierabsatz										
Bierabsatz insgesamt	1 000 hl	1 873	1 908	1 878	1 897	1 917	1 415	1 806	1 889	2 106
dav. Bier der Steuerklassen bis 10	1 000 hl	98	100	98	95	109r	68	106	119	148
11 bis 13	1 000 hl	1 757	1 791	1 762	1 783	1 794	1 317	1 670	1 753	1 942
14 oder darüber	1 000 hl	18	17	18	18	13	29	30	18	16

1 Abweichungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf den Ersatz vorläufiger durch endgültige Ergebnisse zurückzuführen oder ergeben sich durch spätere Korrekturen.
2 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten.

3 Neue Merkmalsabgrenzung ab Januar 2003.

4 Neue Definition der Hauptgruppen ab Januar 2003.

5 Ohne Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung, Mineralölverarbeitung und Recycling.

Bezeichnung	Einheit	2002	2003	2004	2004		2005			
		Monatsdurchschnitt			April	Mai	Februar	März	April	Mai
Baugewerbe ¹										
* Bauhauptgewerbe/Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ²										
* Beschäftigte insgesamt ³	Anzahl	151 542	141 481	134 138	136 128	139 045	102 911	109 440	123 848	127 201
darunter Facharbeiter einschl. Poliere und Meister	Anzahl	78 090	72 654	68 024	69 279	71 602	45 571	51 276	62 797	65 043
Fachwerker und Werker	Anzahl	24 008	21 846	20 557	20 826	21 667	13 422	15 555	19 008	20 074
gewerblich Auszubildende	Anzahl	7 797	6 993	6 623	6 588	6 466	6 499	6 240	6 234	6 238
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	14 298	13 502	12 665	13 597	14 040	4 876	7 137	12 589	12 710
* dav. für Wohnungsbauten	1 000	6 211	5 980	5 742	6 421	6 644	1 956	3 142	5 753	5 893
* gewerbliche und industrielle Bauten ⁴	1 000	4 052	3 857	3 634	3 766	3 771	1 850	2 315	3 430	3 399
* Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	4 035	3 665	3 289	3 410	3 625	1 070	1 680	3 406	3 418
* Löhne (Bruttosumme)	Mill. €	244,4	228,9	214,2	214,7	220,8	114,4	127,1	186,2	205,7
* Gehälter (Bruttosumme)	Mill. €	89,4	85,0	80,7	81,8	81,2	75,2	72,8	71,8	73,8
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. €	1 344,6	1 319,6	1 242,7	1 114,6	1 176,9	547,3	626,5	910,3	1 131,5
* dav. Wohnungsbau	Mill. €	478,1	489,8	467,4	430,4	465,7	171,1	227,4	351,2	434,7
* gewerblicher Bau	Mill. €	477,3	454,8	436,7	411,8	407,1	243,9	250,6	309,4	390,8
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. €	389,2	375,0	338,7	272,4	304,2	132,2	148,4	249,8	306,0
Messzahlen (2000 = 100)										
* Index des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe insg.	%	95,3	82,0	73,9	87,7	75,9	50,8	83,7	77,3	83,6
* davon Wohnungsbau	%	84,7	78,5	73,0	81,0	76,0	55,4	79,8	71,0	86,8
gewerblicher und industrieller Bau	%	98,3	78,9	70,6	87,4	71,9	46,4	85,3	87,3	71,4
öffentlicher und Verkehrsbau	%	100,4	88,1	77,9	93,2	80,1	52,0	85,0	71,6	94,0
darunter Straßenbau	%	101,0	98,3	87,3	104,5	85,8	56,0	81,5	82,3	110,1
* Ausbaugewerbe/Bauinstallation u. sonst. Ausbaugewerbe ^{5, 6}										
* Beschäftigte	Anzahl	51 246	47 777	44 386	44 255	.	.	40 631	.	.
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	5 023	4 778	4 377	12 359	.	.	11 031	.	.
* Löhne (Bruttosumme)	Mill. €	78,0	72,4	67,0	187 789	.	.	168,7	.	.
* Gehälter (Bruttosumme)	Mill. €	35,5	33,9	31,4	92 242	.	.	88,7	.	.
* Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. €	390,3	382,4	353,4	833 030	.	.	705,5	.	.
Energieversorgung										
* Betriebe	Anzahl	229	221	219	219	219	232	229	229	228
* Beschäftigte	Anzahl	30 250	30 109	30 338	30 560	30 272	30 055	30 010	30 084	29 904
* Geleistete Arbeitsstunden ⁷	1 000	3 857	3 508	3 828	3 749	3 665	3 736	3 929	4 062	3 616
* Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. Euro	101	104	105	126	103	101	94	134	107
* Stromerzeugung der Kraftwerke der allgemeinen Versorgung	Mill. kWh	6 523,0	6 186,0	6 052,3	6 048,1	5 059,0	6 205,0	7 073,0
Erdgasgewinnung ⁸	Mill. m ³	0,8	0,3	0,3	0,1	0,1	0,4	0,5
Erdgasbezug ⁸	Mill. m ³	866,4	860,1	839,1	733,2	635,8	1 208,1	1 166,1
Gasverbrauch ⁸	Mill. m ³	855,3	865,5	840,1	714,1	603,2	1 301,6	1 153,4
Handwerk (Messzahlen) ⁹										
* Beschäftigte (Ende des Vierteljahres) (30.09.2003 = 100)	%	88,3	.	.
* Umsatz ¹⁰ (VjD 2003 = 100) (ohne Mehrwertsteuer)	%	77,2	.	.
Bautätigkeit und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude ¹¹ (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	2 502	3 011	...	2 732	2 225	2 203	2 388	2 019	1 990
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	2 322	2 816	...	2 515	2 055	2 041	2 215	1 867	1 794
* Umbauter Raum	1 000 m ³	2 831	3 411	...	3 179	2 620	2 616	2 789	2 313	2 418
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. €	674	803	...	755	619	629	665	553	583
* Wohnfläche ¹²	1 000 m ²	453	540	...	509	418	424	446	378	402
* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	693	658	...	720	703	438	689	630	793
* Umbauter Raum	1 000 m ³	3 750	3 375	...	3 183	3 414	2 245	3 847	2 843	3 587
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. €	513	385	...	302	320	299	601	312	401
* Nutzfläche	1 000 m ²	578	520	...	466	507	374	560	434	569
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	4 439	5 223	...	4 891	4 139	4 085	4 396	3 614	4 306
* Wohnräume ¹³ insgesamt	Anzahl	23 933	28 715	...	27 082	22 853	21 661	22 902	19 297	21 094
Handel und Gastgewerbe										
Außenhandel										
* Einfuhr insgesamt (Generalhandel) ¹⁴	Mill. €	6 811,6	7 290,8	7 924,6	8 726,9	8 258,4	7 446,4	7 514,4	7 883,4	8 193,8
* darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	358,9	416,9	388,9	425,6	369,6	381,5	358,4	405,9	416,7
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	6 452,7	6 873,9	7 535,7	8 301,3	7 888,8	7 064,9	7 156,0	7 477,5	7 777,1
* davon Rohstoffe	Mill. €	521,1	598,3	662,1	646,8	1 087,3	416,5	832,1	644,7	798,9
* Halbwaren	Mill. €	216,6	253,9	273,6	261,3	258,5	246,4	290,5	244,4	268,8
* Fertigwaren	Mill. €	5 715,0	5 824,4	6 009,6	6 690,8	5 918,3	5 816,8	5 445,8	5 952,2	6 066,6
* davon Vorerzeugnisse	Mill. €	503,3	562,6	601,6	697,4	589,7	610,4	625,3	651,5	617,1
* Enderzeugnisse	Mill. €	5 211,7	5 261,8	5 408,0	5 993,4	5 328,6	5 206,4	4 820,5	5 300,7	5 449,5

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003).

2 Nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet.

3 Einschl. unbezahlt mithelfende Familienangehörige.

4 Einschl. landwirtschaftliche Bauten sowie für Unternehmen der Bahn und Post.

5 Ergebnisse der Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten.

6 Beim Ausbaugewerbe ab 1997 nur noch vierteljährliche Veröffentlichungen.

7 Seit Januar 2002 geleistete Stunden der gesamten Belegschaft

8 Umgerechnet auf einen oberen Heizwert = 35 169,12 kJ/m³.

9 Ohne handwerkliche Nebenbetriebe, Beschäftigte einschl. tätiger Inhaber; beim Handwerk kein Monatsdurchschnitt, da eine vierteljährliche Erhebung.

10 Die Messzahlen beziehen sich auf ein Vierteljahresergebnis, die Angaben erscheinen unter dem jeweils letzten Quartalsmonat.

11 Einschl. Wohnheime.

12 Ohne Wohnflächen in sonstigen Wohneinheiten.

13 Einschl. Küchen und Räume in sonstigen Wohneinheiten.

14 Ab 2003 Nachweis einschl. „nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis“.

Bezeichnung	Einheit	2002	2003	2004	2004		2005			
		Monatsdurchschnitt			Nov.	Dez.	Januar	Februar	März	April
Noch: Außenhandel, Einfuhr insgesamt										
darunter ¹ aus										
* Europa	Mill. €	4 668,6	5 199,0	5 509,1	5 970,5	5 870,5	5 059,9	5 579,3	5 703,4	5 931,6
* darunter aus EU-Ländern ² insgesamt	Mill. €	3 941,6	4 402,5	4 609,1	5 003,4	4 458,1	4 382,0	4 497,2	4 814,1	4 938,2
davon aus Belgien	Mill. €	149,3	199,8	203,5	245,3	206,0	234,0	243,2	268,2	251,2
Dänemark	Mill. €	45,0	57,7	56,8	76,0	55,2	53,2	55,0	48,5	62,5
Estland	Mill. €	2,7	3,3	2,7	2,2	1,7	3,3	1,2	3,2	1,6
Finnland	Mill. €	35,6	45,2	42,9	71,2	37,8	51,7	30,4	39,0	33,5
Frankreich	Mill. €	441,4	493,0	509,9	547,9	551,4	477,4	452,8	516,4	521,0
Griechenland	Mill. €	24,0	28,7	27,6	27,8	29,3	25,9	26,1	31,3	32,3
Irland	Mill. €	95,8	105,8	121,0	130,7	177,7	181,8	137,4	160,5	115,6
Italien	Mill. €	612,1	671,9	669,0	672,6	643,9	609,0	647,0	670,9	707,7
Lettland	Mill. €	5,8	6,3	6,1	7,0	4,6	6,0	9,7	5,0	6,5
Litauen	Mill. €	4,1	4,8	4,9	3,9	3,6	5,8	2,7	5,4	3,4
Luxemburg	Mill. €	10,4	13,6	13,5	12,0	14,4	15,7	19,5	13,4	34,7
Malta	Mill. €	8,8	6,6	6,0	7,8	4,7	7,1	4,9	7,5	6,3
Niederlande	Mill. €	237,5	315,7	359,2	366,7	351,4	337,7	337,2	353,5	369,0
Österreich	Mill. €	641,9	740,7	896,0	1 001,5	826,0	777,8	887,9	934,3	967,4
Polen	Mill. €	108,7	125,8	129,6	126,3	131,0	119,0	137,2	160,6	141,7
Portugal	Mill. €	91,6	116,9	109,9	88,6	76,8	95,7	88,3	89,5	80,9
Schweden	Mill. €	71,5	90,6	86,0	97,0	81,1	86,8	79,6	90,8	94,4
Slowakei	Mill. €	55,6	65,7	77,8	85,3	70,2	71,5	89,9	79,2	93,4
Slowenien	Mill. €	58,0	55,2	52,0	52,2	54,8	52,2	48,5	64,7	53,4
Spanien	Mill. €	114,3	149,2	152,2	152,4	155,3	144,5	151,2	174,7	187,7
Tschechische Republik	Mill. €	385,3	416,3	380,7	420,0	325,0	374,0	360,6	379,7	376,5
Ungarn	Mill. €	363,9	327,2	285,4	302,8	259,2	279,7	274,9	363,9	338,8
Vereinigtes Königreich	Mill. €	377,8	362,0	415,4	503,5	396,7	370,6	411,3	353,5	456,9
Zypern	Mill. €	0,5	0,5	1,1	2,7	0,3	1,6	0,6	0,4	1,8
* Afrika	Mill. €	206,4	209,1	202,6	165,3	170,4	180,5	150,9	217,1	250,3
* Amerika	Mill. €	754,9	709,9	870,4	1 006,5	847,8	892,4	690,9	800,7	800,8
darunter aus den USA	Mill. €	671,9	633,1	778,8	906,0	751,5	816,6	602,6	714,5	711,8
* Asien ³	Mill. €	1 173,5	1 164,3	1 332,6	1 573,8	1 360,1	1 304,0	1 084,7	1 150,9	1 199,1
darunter aus Japan	Mill. €	266,0	224,3	259,9	312,5	286,2	223,2	210,0	229,6	245,2
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	7,1	7,6	8,3	8,6	9,4	8,4	7,3	9,4	11,8
* Ausfuhr insgesamt (Spezialhandel) ⁴	Mill. €	8 163,5	8 891,9	9 836,3	10 273,0	9 723,7	9 394,3	9 703,0	10 437,4	10 626,6
* darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	371,9	407,2	401,9	420,0	385,3	408,2	417,8	397,1	426,6
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	7 791,6	8 300,7	8 985,8	9 346,3	8 900,5	8 537,6	8 806,8	9 554,7	9 711,1
* davon Rohstoffe	Mill. €	54,8	56,9	53,9	56,5	43,4	50,5	56,0	52,7	49,0
* Halbwaren	Mill. €	225,4	281,4	325,3	363,4	357,7	316,5	367,4	334,4	368,9
* Fertigwaren	Mill. €	7 511,5	7 962,3	8 606,7	8 926,3	8 499,5	8 170,6	8 383,4	9 167,6	9 293,2
* davon Vorerzeugnisse	Mill. €	611,5	626,7	667,1	701,7	561,5	666,7	768,6	720,5	688,7
* Enderzeugnisse	Mill. €	6 900,0	7 335,6	7 939,5	8 224,6	7 938,0	7 504,0	7 614,8	8 447,0	8 604,5
darunter ¹ nach										
* Europa	Mill. €	5 408,9	6 111,6	6 773,0	7 270,5	6 593,2	6 777,7	7 083,0	7 298,0	7 280,5
* darunter in EU-Länder ² insgesamt	Mill. €	4 726,7	5 385,6	5 875,6	6 286,7	5 435,2	5 849,6	6 239,9	6 335,1	6 375,4
davon nach Belgien	Mill. €	238,5	283,3	326,8	339,1	319,3	308,6	368,2	382,4	382,0
Dänemark	Mill. €	82,7	96,4	111,2	119,9	83,2	106,0	119,4	112,3	107,7
Estland	Mill. €	5,9	7,0	9,9	6,9	8,9	16,1	11,8	8,8	12,3
Finnland	Mill. €	67,5	70,7	83,4	109,2	72,3	75,5	89,1	83,3	85,2
Frankreich	Mill. €	640,2	721,2	777,1	798,8	706,9	815,5	869,9	916,3	860,6
Griechenland	Mill. €	60,2	73,1	82,3	70,8	63,5	75,4	75,9	78,4	94,8
Irland	Mill. €	41,7	37,1	41,2	45,8	49,6	55,1	58,2	50,9	55,7
Italien	Mill. €	699,6	791,6	863,9	883,5	808,3	844,7	872,5	951,3	918,0
Lettland	Mill. €	7,2	7,8	8,3	6,3	5,7	6,6	7,0	8,7	8,6
Litauen	Mill. €	15,0	15,7	16,5	14,8	12,3	11,2	10,9	13,4	12,4
Luxemburg	Mill. €	24,4	27,4	31,4	30,0	29,0	38,7	36,8	35,3	41,3
Malta	Mill. €	3,7	4,2	3,8	5,6	2,7	7,4	3,0	2,8	3,2
Niederlande	Mill. €	275,1	333,3	339,7	377,1	300,3	330,0	342,6	393,1	379,0
Österreich	Mill. €	563,0	693,2	770,3	900,9	739,0	702,0	761,5	807,7	824,0
Polen	Mill. €	140,1	159,4	193,5	216,4	166,6	166,2	212,0	204,7	200,9
Portugal	Mill. €	66,8	67,4	73,5	76,8	67,8	87,1	108,8	78,9	86,2
Schweden	Mill. €	156,1	177,1	208,7	233,1	221,4	201,9	198,1	218,9	204,6
Slowakei	Mill. €	49,2	64,3	68,3	76,3	48,1	59,3	64,4	67,8	67,7
Slowenien	Mill. €	34,0	36,4	40,4	42,2	34,5	41,6	38,0	41,7	41,6
Spanien	Mill. €	336,7	447,1	492,5	493,0	453,0	513,0	528,3	500,8	485,9
Tschechische Republik	Mill. €	236,5	251,5	269,2	313,3	232,0	253,2	268,5	283,5	275,6
Ungarn	Mill. €	299,3	302,7	276,2	350,2	279,0	273,0	322,2	310,0	345,4
Vereinigtes Königreich	Mill. €	679,4	714,3	780,9	771,5	724,8	855,1	865,5	777,0	876,0
Zypern	Mill. €	3,9	3,4	6,5	5,2	7,0	6,3	7,3	6,9	6,5
* Afrika	Mill. €	153,2	153,9	184,6	189,2	206,2	147,1	161,7	191,6	220,5
* Amerika	Mill. €	1 509,7	1 404,0	1 512,1	1 532,3	1 580,3	1 245,6	1 241,7	1 508,5	1 667,3
darunter in die USA	Mill. €	1 267,9	1 176,3	1 239,0	1 293,1	1 220,3	1 009,6	991,4	1 214,3	1 368,3
* Asien ³	Mill. €	1 017,7	1 148,0	1 277,9	1 202,6	1 238,4	1 158,9	1 090,0	1 335,6	1 343,1
darunter nach Japan	Mill. €	194,9	198,4	224,3	220,8	206,2	233,7	247,5	369,0	307,8
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	71,7	71,9	86,3	75,3	104,3	62,3	123,2	103,0	111,7

1 Ohne Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und nicht ermittelte Länder und Gebiete.
2 Seit Mai 2004 (EU 25) einschl. Zypern; auch für historische Werte.

3 Ohne Zypern (vgl. FN 2).

4 Ab 2003 Nachweis einschl. „nicht aufgliederbares Intrahandelsresultat“.

Bezeichnung	Einheit	2002	2003	2004 ¹	2004 ¹		2005 ¹			
		Monatsdurchschnitt			April	Mai	Februar	März	April	Mai
Großhandel (2003 ± 100)^{2,3}										
* Index der Großhandelsumsätze nominal	%	.	100	105,4	104,9	101,0	94,8	110,5	108,9	102,5
* Index der Großhandelsumsätze real ⁴	%	.	100	103,6	103,3	99,0	92,9	107,3	104,7	99,2
* Index der Beschäftigten im Großhandel	%	.	100	96,5	96,9	96,7	96,3	96,5	96,1	96,6
Einzelhandel (2003 ± 100)^{3,5}										
* Index der Einzelhandelsumsätze nominal	%	.	100	100,6	102,8	94,8	88,0	104,1	100,7	98,2
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art ⁶	%	.	100	101,7	104,3	96,2	93,3	107,3	99,0	98,7
Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren ⁶	%	.	100	99,5	100,1	94,3	85,6	96,8	96,9	96,0
Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln ⁶	%	.	100	99,4	98,5	98,2	92,9	102,4	101,3	102,6
Sonstiger Facheinzelhandel ⁶	%	.	100	101,6	106,7	97,1	81,8	104,7	107,1	100,4
Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)	%	.	100	97,2	95,6	84,4	84,9	98,2	92,6	89,5
* Index der Einzelhandelsumsätze real ⁴	%	.	100	100,7	102,6	94,5	88,0	103,5	100,1	97,6
* Index der Beschäftigten im Einzelhandel	%	.	100	100,5	100,0	99,6	99,9	100,1	98,7	98,7
Kfz-Handel und Tankstellen (2003 ± 100)^{3,7}										
* Index der Umsätze im Kfz-Handel und der Tankstellen nominal	%	.	100	104,5	115,4	107,9	80,3	108,3	115,9	108,6
* Index der Umsätze im Kfz-Handel und der Tankstellen real ⁴	%	.	100	103,0	113,8	106,0	79,0	106,3	113,6	106,1
* Index der Beschäftigten im Kfz-Handel und der Tankstellen	%	.	100	100,4	100,0	99,6	99,1	99,2	99,6	100,2
Gastgewerbe (2003 ± 100)³										
* Index der Gastgewerbeumsätze nominal	%	.	100	99,7	95,0	107,8	85,7	91,7	95,9	105,6
Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis	%	.	100	100,4	91,2	111,1	86,4	88,3	92,7	106,4
Sonstiges Beherbergungsgewerbe	%	.	100	99,6	101,7	102,9	79,7	90,7	88,5	99,3
Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbißhallen	%	.	100	98,5	97,0	104,8	83,7	94,1	96,9	104,6
Sonstiges Gaststättengewerbe	%	.	100	99,9	94,0	102,7	84,4	92,7	93,2	104,9
Kantinen und Caterer	%	.	100	103,2	103,5	111,6	95,4	96,2	112,3	108,8
* Index der Gastgewerbeumsätze real ⁴	%	.	100	99,0	94,7	107,3	84,3	90,3	94,5	104,0
* Index der Beschäftigten im Gastgewerbe	%	.	100	100,8	99,8	102,8	95,5	97,8	100,1	103,3
Fremdenverkehr⁸										
* Gästeankünfte	1 000	1 595	1 920	...	1 749	2 250	1 631	...	1 778	2 264
* darunter Auslandsgäste	1 000	307	376	...	347	423	341	...	365	419
* Gästeübernachtungen	1 000	5 204	6 148	...	5 252	6 788	5 171	...	4 778	6 878
* darunter Auslandsgäste	1 000	633	791	...	738	861	815	...	750	851
Verkehr										
Straßenverkehr										
* Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge insgesamt	Anzahl	50 879	51 040	54 203	64 932	57 535	41 616	74 320	72 707	66 785
davon Krafträder einschl. Kraftroller	Anzahl	3 663	3 762	3 703	8 002	5 608	1 298	7 425	7 187	5 532
* Personenkraftwagen und sonstige "M1"-Fahrzeuge	Anzahl	43 218	43 422	46 259	51 581	47 090	37 135	61 716	59 812	56 177
* Lastkraftwagen	Anzahl	2 543	2 415	2 676	2 967	2 624	2 139	2 980	3 251	2 755
Zugmaschinen	Anzahl	843	876	965	1 406	1 121	676	1 377	1 493	1 231
übrige Kraftfahrzeuge	Anzahl	528	480	490	870	1 002	248	776	885	1 022
Schiennah-, gewerblicher Omnibuslinienverkehr ⁹	1 000	96 633	96 851	107 637	.	.	.	326 634	.	.
davon öffentliche und gemischtwirtschaftliche Unternehmen	1 000	84 681	85 364	100 085	.	.	.	303 509	.	.
private Unternehmen	1 000	11 952	11 486	7 553	.	.	.	23 125	.	.
* Straßenverkehrsunfälle insgesamt ¹⁰	Anzahl	27 407	27 525	28 037	26 797	29 673	26 906	26 286	25 429	...
* davon Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	5 087	5 019	4 794	4 553	5 374	2 953	3 286	4 307	...
mit nur Sachschaden	Anzahl	22 320	22 506	23 243	22 244	24 299	23 953	22 980	21 122	...
* Getötete Personen ¹¹	Anzahl	107	106	93	99	96	48	48	62	...
* Verletzte Personen	Anzahl	6 970	6 822	6 445	5 976	7 151	4 140	4 580	5 625	...
Luftverkehr										
Flughafen München										
Fluggäste: Ankunft	1 000	951	997	1 108	1 073	1 129	924	1 110	1 205	...
Abgang	1 000	955	999	1 109	1 086	1 187	936	1 133	1 188	...
Flughafen Nürnberg										
Fluggäste: Ankunft	1 000	128	132	147	151	116	157	178	176	...
Abgang	1 000	131	135	149	155	138	163	187	176	...
Eisenbahnverkehr										
Güterempfang	1 000 t	2 068	2 151	2 074	2 098	2 106	1 800	1 856	2 142	...
Güterversand	1 000 t	1 638	1 671	1 740	1 787	1 764	1 412	1 398	1 728	...
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang insgesamt	1 000 t	507	493	533	504	448	446	521	362	...
davon auf dem Main	1 000 t	283	251	261	287	242	203	234	155	...
auf der Donau	1 000 t	225	243	272	217	207	243	287	207	...
* Güterversand insgesamt	1 000 t	336	319	346	292	319	265	371	241	...
davon auf dem Main	1 000 t	202	161	171	149	167	110	171	125	...
auf der Donau	1 000 t	134	159	176	144	152	155	201	115	...

1 Die Monatsergebnisse der Bereiche Großhandel, Einzelhandel, Kfz-Handel und Tankstellen, Gastgewerbe und Fremdenverkehr sind generell vorläufig und werden einschließlich der Vorjahresmonate laufend rückwirkend korrigiert.

2 Einschließlich Handelsvermittlung.

3 Neuer Berichtskreis ab 2004 mit Basis 2003.

4 In Preisen von 2000.

5 Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern.

6 In Verkaufsräumen.

7 sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

8 Betriebe ab neun Betten einschließlich Campingplätze (Touristik-Camping).

9 Beförderte Personen - nur Quartalsergebnisse, ab 2004 geänderter Berichtskreis.

10 Soweit durch die Polizei erfasst. Die einzelnen Monatsergebnisse des laufenden Jahres sind vorläufig.

11 Einschl. der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen.

Bezeichnung	Einheit	2002	2003	2004	2004		2005			
		Monatsdurchschnitt ¹			April	Mai	Februar	März	April	Mai
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ^{2, 3}										
Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. €	525 609	515 061	488 826	.	.	.	491 743	.	.
darunter Kredite an inländische Nichtbanken ⁴	Mill. €	494 457	487 050	460 592	.	.	.	458 480	.	.
davon kurzfristige Kredite an Nichtbanken insgesamt ...	Mill. €	69 333	61 095	55 743	.	.	.	56 745	.	.
an Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	64 852	54 844	54 059	.	.	.	55 162	.	.
an öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	4 481	6 251	1 684	.	.	.	1 583	.	.
mittelfristige Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁷	Mill. €	40 468	41 933	39 116	.	.	.	38 867	.	.
an Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	36 673	34 968	34 787	.	.	.	34 894	.	.
an öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	3 795	6 965	4 329	.	.	.	3 973	.	.
langfristige Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁸	Mill. €	415 808	412 033	393 967	.	.	.	396 131	.	.
an Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	361 935	358 149	348 219	.	.	.	350 852	.	.
an öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	53 873	53 884	45 748	.	.	.	45 279	.	.
Einlagen von Nichtbanken insgesamt ⁹ (Monatsende) ...	Mill. €	382 329	389 489	391 319	.	.	.	406 705	.	.
davon Sicht- und Termineinlagen ¹⁰	Mill. €	279 712	281 179	277 644	.	.	.	286 403	.	.
von Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	264 362	266 512	268 996	.	.	.	278 057	.	.
von öffentlichen Haushalten ⁶	Mill. €	15 350	14 667	8 648	.	.	.	8 346	.	.
Spareinlagen	Mill. €	102 617	108 310	113 675	.	.	.	120 302	.	.
darunter bei Sparkassen	Mill. €	51 096	51 579	52 213	.	.	.	52 062	.	.
bei Kreditbanken	Mill. €	13 318	17 195	20 458	.	.	.	26 985	.	.
Zahlungsschwierigkeiten										
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl	843	987	1 127	980	1 072	1 076	1 259	1 273	1 254
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	250	252	238	195	243	198	211	213	210
* davon Unternehmen	Anzahl	391	402	380	355	425	328	365	396	386
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	200	195	179	150	198	140	156	154	156
* Verbraucher	Anzahl	199	280	416	323	372	458	559	532	548
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	3	2	1	-	1	-	-	-	1
* ehemals selbständig Tätige ¹¹	Anzahl	215	264	286	268	231	255	298	296	273
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	30	39	38	26	30	36	46	37	39
* sonstige natürliche Personen ¹² , Nachlässe	Anzahl	38	42	45	34	44	35	37	49	47
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	17	17	21	19	14	22	9	22	14
* Voraussichtliche Forderungen insgesamt	1 000 €	1421 904	475 510	394 575	394 627	443 449	261 062	464 384	626 199	335 443
davon Unternehmen	1 000 €	1317 837	335 921	254 635	255 151	252 397	145 844	203 665	469 317	190 518
Verbraucher	1 000 €	27 813	28 997	36 256	29 362	40 865	37 271	60 324	41 078	39 631
ehemals selbständig Tätige ¹¹	1 000 €	61 290	83 627	90 982	102 224	84 997	72 053	74 885	69 615	82 537
sonstige natürliche Personen ¹² , Nachlässe	1 000 €	14 965	26 965	21 035	7 889	65 190	5 893	125 509	46 189	22 756
Öffentliche Sozialleistungen										
Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe										
Empfänger von Arbeitslosengeld	1 000	241,6	282,4	279,5	276,5	259,0
Arbeitslosenhilfe	1 000	97,0	129,4	154,6	154,9	154,0
Ausgaben für Arbeitslosengeld	1 000 €	304 827	355 284	356 467	442 843	351 440	429 528	461 081	443 597	...
Arbeitslosenhilfe	1 000 €	71 378	90 965	112 782	116 874	111 394	874
Steuern										
Gemeinschaftsteuern [☆]	Mill. €
davon Steuern vom Einkommen ¹³	Mill. €	2 951,6	2 851,2	2 915,9	2 206,4	2 103,1	2 269,7	2 664,2	2 036,9	2 702,4
davon Lohnsteuer ¹³	Mill. €	2 291,0	2 303,8	2 180,4	2 032,3	2 019,4	2 054,5	1 859,4	2 023,2	2 043,2
veranlagte Einkommensteuer ^{13, 14}	Mill. €	204,0	163,4	176,2	9,1	- 108,2	- 103,1	- 146,4	- 124,7	- 86,6
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag ¹³ ..	Mill. €	247,9	195,4	166,9	68,0	120,1	275,4	68,8	213,8	557,8
Zinsabschlag ¹³	Mill. €	121,9	101,9	92,4	49,9	69,1	62,6	63,4	66,2	74,4
Körperschaftsteuer ^{13, 14}	Mill. €	86,9	86,7	300,0	47,1	2,7	- 19,7	819,0	- 141,6	113,6
Steuern vom Umsatz [☆]	Mill. €
davon Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) ¹³	Mill. €	1 316,6	1 245,8	1 224,9	1 049,6	1 349,8	1 430,2	1 061,3	941,5	731,7
Einfuhrumsatzsteuer [☆]	Mill. €
Bundessteuern [☆]	Mill. €
darunter Verbrauchsteuern	Mill. €
darunter Mineralölsteuer	Mill. €
Solidaritätszuschlag	Mill. €

1 Kredite und Einlagen: Stand Jahresende.

2 Aus Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank Frankfurt am Main. - Quartalsergebnisse der in Bayern tätigen Kreditinstitute (einschl. Bausparkassen), ohne Landeszentralbank und Postbank.

3 Stand am Jahres- bzw. Monatsende.

4 Ohne Treuhandkredite.

5 Ab 12/04 einschl. Kredite (Einlagen) an ausländischen öffentlichen Haushalten.

6 Ab 12/04 ohne Kredite (Einlagen) an ausländischen öffentlichen Haushalten.

7 Laufzeiten von über 1 Jahr bis 5 Jahre.

8 Laufzeiten über 5 Jahre.

9 Ohne Verbindlichkeiten gegenüber Geldmarktfonds und ohne Einlagen aus Treuhandkrediten.

10 Einschl. Sparbriefe.

11 Nachweis erst ab 2002 möglich.

12 beispielsweise als Gesellschafter, Mithafter.

13 Quelle: Staatsoberkasse München.

14 März, Juni, September und Dezember: Termin von Vierteljahreszahlungen.

☆ Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	2002	2003	2004	2004		2005			
		Monatsdurchschnitt			April	Mai	Februar	März	April	Mai
Noch: Steuern										
Landessteuern ¹	Mill. €	278,3	286,3	317,1	298,7	334,8	284,6	318,2	314,1	526,8
darunter Vermögensteuer ^{1,2}	Mill. €	5,0	2,4	1,3	0,1	0,7	0,4	0,4	0,8	1,0
Kraftfahrzeugsteuer ¹	Mill. €	105,4	102,1	108,2	138,6	116,8	99,7	142,6	143,4	134,1
Biersteuer ¹	Mill. €	14,0	14,2	14,2	13,6	14,2	10,4	10,9	13,3	14,1
Gemeindesteuern ^{3, 4, 5}	Mill. €	1 303,9	1 301,0	1 565,9	.	.	.	1 529,6	.	.
darunter Grundsteuer A ³	Mill. €	19,6	19,7	20,2	.	.	.	19,0	.	.
Grundsteuer B ³	Mill. €	303,3	313,9	324,0	.	.	.	305,3	.	.
Gewerbesteuer (brutto) ³	Mill. €	976,7	963,0	1 217,0	.	.	.	1 192,6	.	.
Steuereinnahmen des Bundes ^{3*}	Mill. €
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen ^{6, 7}	Mill. €	1 107,1	1 062,6	1 107,2	786,4	713,0	818,1	1 042,4	708,8	995,6
Anteil an den Steuern vom Umsatz ^{3*}	Mill. €
Anteil an der Gewerbesteuerumlage ^{6, 8}	Mill. €	25,1	33,2	20,9	50,0	1,9	11,9	0,9	60,1	1,1
Steuereinnahmen des Landes ^{3*}	Mill. €
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen ^{6, 7}	Mill. €	1 118,8	1 078,2	1 099,2	786,4	725,8	817,3	1 042,4	708,8	1 042,4
Anteil an den Steuern vom Umsatz ^{3*}	Mill. €
Anteil an der Gewerbesteuerumlage ^{6, 8, 9}	Mill. €	60,1	72,2	65,5	158,4	2,5	15,4	1,1	198,5	1,4
Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv ^{3, 5}	Mill. €	2 162,3	2 086,5	2 357,1	.	.	.	1 572,3	.	.
darunter Anteil an der Lohn- u. veranl. Einkommensteuer ^{6, 10}	Mill. €	336,7	332,0	313,3	259,2	247,1	253,3	211,2	239,2	260,3
Anteil an den Steuern vom Umsatz ³	Mill. €
Gewerbesteuer (netto) ^{3, 11}	Mill. €	721,1	645,4	956,1	.	.	.	1 181,6	.	.

		2001	2002 ¹⁵	2003	2004	2004			2005	
		Durchschnitt ¹⁶				April	Juli	Oktober	Januar	April
Löhne und Gehälter¹²										
Arbeiter im Produzierenden Gewerbe ¹³										
* Bruttomonatsverdienste	insgesamt	€	2 346	2 387	2 462	2 510	2 508	2 512	2 528	2 540
*	männliche Arbeiter	€	2 449	2 486	2 560	2 606	2 605	2 606	2 623	2 634
*	weibliche Arbeiter	€	1 815	1 849	1 903	1 948	1 941	1 954	1 956	1 979
* Bruttostundenverdienste	insgesamt	€	14,33	14,72	15,14	15,39	15,44	15,37	15,41	15,54
*	männliche Arbeiter	€	14,89	15,26	15,68	15,92	15,98	15,88	15,93	16,20
*	weibliche Arbeiter	€	11,38	11,68	11,98	12,21	12,21	12,25	12,22	12,37
Bezahlte Wochenarbeitszeit	insgesamt	Std.	37,7	37,3	37,4	37,5	37,4	37,6	37,7	37,6
	männliche Arbeiter	Std.	37,9	37,5	37,6	37,7	37,5	37,8	37,9	37,7
	weibliche Arbeiter	Std.	36,5	36,4	36,5	36,7	36,6	36,7	36,8	36,8
Bruttomonatsverdienste der Angestellten im Produzierenden Gewerbe ¹³ und Handel ¹⁴										
* kaufmännische Angestellte	insgesamt	€	2 941	3 085	3 181	3 244	3 242	3 249	3 249	3 303
	männlich	€	3 386	3 547	3 634	3 702	3 704	3 711	3 704	3 753
	weiblich	€	2 469	2 574	2 661	2 710	2 706	2 711	2 714	2 758
* technische Angestellte	insgesamt	€	3 810	3 904	4 020	4 068	4 073	4 081	4 069	4 154
	männlich	€	3 900	3 990	4 106	4 157	4 162	4 168	4 158	4 179
	weiblich	€	2 895	3 002	3 096	3 117	3 119	3 138	3 107	3 153
* alle Angestellten	insgesamt	€	3 225	3 363	3 470	3 528	3 529	3 536	3 530	3 613
	männlich	€	3 623	3 756	3 858	3 917	3 921	3 927	3 917	4 000
	weiblich	€	2 503	2 611	2 699	2 746	2 742	2 748	2 794	2 810

		2000	2001	2002	2003	2004	2004		2005	
		Durchschnitt ¹⁷					Mai	März	April	Mai
Preise										
* Verbraucherpreisindex (2000 = 100)										
Gesamindex	%	100	102,1	103,7	105,0	107,1	107,0	108,8	108,8	109,2
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	100	104,1	105,4	105,2	105,3	106,3	106,4	106,6	107,1
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	%	100	101,6	105,0	110,0	118,2	118,9	127,5	128,0	128,0
Bekleidung und Schuhe	%	100	101,6	103,5	103,6	103,8	103,8	104,2	103,7	103,2
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	100	102,5	103,4	105,2	107,0	106,6	109,4	109,7	109,7
Möbel und Ausrüstungen für den Haushalt	%	100	100,9	102,4	103,1	103,2	103,3	103,0	103,1	102,9
Gesundheitspflege	%	100	101,2	101,4	101,3	121,2	121,4	123,1	122,9	122,9
Verkehr	%	100	102,6	105,1	107,9	110,4	111,3	113,2	114,1	114,2
Nachrichtenübermittlung	%	100	94,1	95,7	96,4	95,6	95,6	95,2	95,2	94,7
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	100	100,4	101,1	100,8	100,0	99,0	99,7	98,0	100,2
Bildungswesen	%	100	101,6	104,1	107,5	112,0	110,0	118,3	118,3	118,3
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	100	102,5	107,9	109,1	110,4	109,5	110,5	110,2	111,8
Andere Waren und Dienstleistungen	%	100	103,2	105,7	107,7	109,2	108,9	111,0	110,9	110,9

1 Quelle: Meldung der Staatsoberkasse München.

2 Restbeträge.

3 Vj. Kassenstatistik.

4 Quartalsbeträge (jeweils unter dem letzten Quartalsmonat).

5 Einschl. Steueraufkommen der Landkreise.

6 Quelle: Bundesministerium der Finanzen (BMF).

7 März, Juni, September und Dezember: Termin von Vierteljahrszahlungen.

8 April, Juli, Oktober und Dezember: Termin von Vierteljahrszahlungen.

9 Einschl. Erhöhungsbetrag.

10 Einschl. Zinsabschlag.

11 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

12 Die Unterschiede zwischen den Durchschnittsverdiensten der männlichen und weiblichen Arbeitnehmer sind hauptsächlich strukturell bedingt.

13 Handwerk nur im Hoch- und Tiefbau enthalten.

14 Einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe.

15 Neuer Berichtskreis: 2000 im Produzierenden Gewerbe, 2002 im Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe.

16 Durchschnitte aus 4 Erhebungsmonaten (Januar, April, Juli und Oktober).

17 Durchschnitt aus 12 Monatsindices.

* Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	2000	2001	2002	2003	2004	2004		2005	
		Durchschnitt ¹					August	Nov.	Februar	Mai
Noch: Preise										
Preisindex für Bauwerke ² (2000 = 100)										
* Wohngebäude insgesamt (reine Baukosten)	%	100	100,6	100,6	100,5	101,6	101,9	101,8	102,1	102,0
davon Rohbauarbeiten	%	100	99,4	99,3	98,5	99,7	100,1	99,9	99,9	99,8
Ausbauarbeiten	%	100	101,6	101,9	102,3	103,3	103,6	103,5	104,1	104,0
Schönheitsreparaturen in einer Wohnung	%	100	102,5	102,4	101,2	101,3	101,1	101,1	101,1	99,4
Gemischt genutzte Gebäude	%	100	100,6	100,7	100,4	101,5	101,9	101,7	102,0	101,9
Bürogebäude	%	100	100,8	101,0	100,9	102,1	102,6	102,5	102,9	102,9
Gewerbliche Betriebsgebäude	%	100	100,9	101,2	101,4	102,7	103,2	103,5	104,4	104,6
Straßenbau	%	100	102,5	101,1	99,8	98,7	98,5	98,7	98,8	99,0
							2004			
							1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Baulandpreise je m²										
Baureifes Land	€	138,56	128,89	129,52	194,46	...	225,62	230,69	232,37	201,63
Rohbauland	€	48,55	33,58	37,61	55,12	...	42,97	56,27	58,52	63,83
Sonstiges Bauland	€	55,70	59,00	58,43	80,72	...	63,21	90,44	76,31	64,92

Nachrichtlich: Ergebnisse für Deutschland

Bezeichnung	Einheit	2000	2001	2002	2003	2004	2004	2005		
		Durchschnitt ¹					Mai	März	April	Mai
* Verbraucherpreisindex (2000 = 100)										
Gesamtindex	%	100	102,0	103,4	104,5	106,2	106,2	107,6	107,7	108,0
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	100	104,5	105,3	105,2	104,8	105,6	105,8	105,7	106,2
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	%	100	101,7	105,8	111,4	119,1	119,7	127,4	127,7	127,6
Bekleidung und Schuhe	%	100	100,8	101,5	100,7	100,0	100,4	99,2	99,1	98,7
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	100	102,4	103,4	104,9	106,5	106,3	108,5	108,8	108,9
Möbel und Ausrüstungen für den Haushalt	%	100	100,9	101,9	102,2	102,0	101,8	101,8	102,0	101,9
Gesundheitspflege	%	100	101,3	101,9	102,4	122,1	122,1	124,1	124,0	124,1
Verkehr	%	100	102,5	104,5	106,7	109,3	110,2	111,9	112,9	112,9
Nachrichtenübermittlung	%	100	94,1	95,7	96,4	95,6	95,6	95,2	95,2	94,7
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	100	100,6	101,3	100,7	99,7	98,7	99,4	97,6	99,9
Bildungswesen	%	100	101,3	104,0	106,2	109,7	108,9	111,8	111,9	111,9
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	100	101,9	105,6	106,5	107,3	106,3	107,0	106,5	108,0
Andere Waren und Dienstleistungen	%	100	103,0	105,0	106,8	108,3	108,3	109,2	109,3	109,2
Außenhandels-, Erzeuger- und Großhandelspreise in Deutschland										
Index der Einfuhrpreise ³ (2000 = 100)	%	100	100,6	98,4	96,2	97,2	97,6	100,1	100,1	99,7
Ausfuhrpreise ⁴ (2000 = 100)	%	100	101,0	100,8	100,6	101,1	101,3	102,1	102,1	102,0
Index der										
Erzeugerpreise gew. Produkte ⁴ (Inlandsabsatz); (2000 = 100)	%	100	103,0	102,4	104,1	105,8	105,6	109,1	109,9	109,9
Vorleistungsgüterproduzenten	%	100	100,8	100,0	100,4	103,2	102,8	106,6	106,7	106,4
Investitionsgüterproduzenten	%	100	100,7	101,8	101,9	102,1	102,0	103,0	102,8	102,9
Konsumgüterproduzenten zusammen	%	100	103,0	103,7	104,2	105,2	105,0	106,7	106,5	106,5
Gebrauchsgüterproduzenten	%	100	102,0	103,4	103,7	104,2	104,1	105,4	105,5	105,7
Verbrauchsgüterproduzenten	%	100	103,2	103,7	104,3	105,4	105,2	106,9	106,7	106,7
Energie	%	100	109,1	105,1	112,6	115,4	115,5	123,6	128,1	128,2
Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ⁴ (2000 = 100)	%	100	107,3	100,4	101,4	99,9	104,3	100,3	98,7	97,7p
pflanzliche Produkte	%	100	107,6	104,8	111,7	103,8	121,3	101,5	102,2	100,2
tierische Produkte	%	100	107,0	97,6	94,7	97,4	93,3	99,4	96,4	97,7p
Großhandelsverkaufspreise ⁴ (2000 = 100)	%	100	101,6	101,8	102,3	105,3	105,4	108,0	108,3	107,2
darunter Großhandel mit										
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	%	100	105,2	106,5	107,3	108,8	109,0	113,8	112,1	112,2
festen Brennstoffen, Mineralölerzeugnissen	%	100	99,6	99,1	102,9	109,4	109,6	117,9	124,6	119,4
Einzelhandel und Kraftfahrzeughandel,										
Tankstellen zusammen (2000 = 100)	%	100	101,1	101,8	102,0	102,3	102,7	102,9	103,0	103,0
darunter Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	%	100	102,7	103,7	104,1	104,4	105,0	105,4	105,4	105,7
Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken,										
Tabakwaren	%	100	103,3	105,1	106,9	109,2	109,7	112,4	112,5	112,8
Einzelhandel mit Kraftwagen	%	100	100,2	101,3	102,2	103,4	103,7	103,7	103,8	104,0

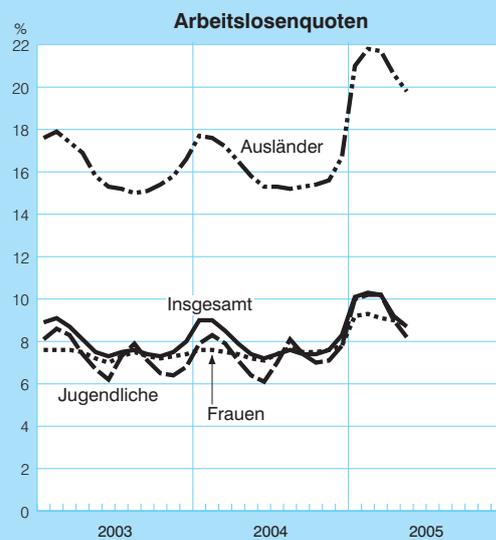
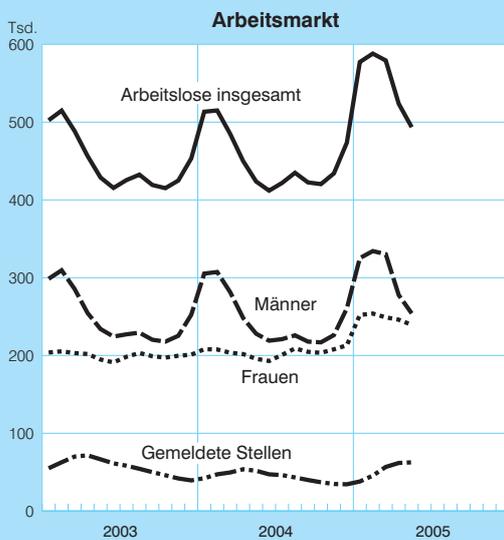
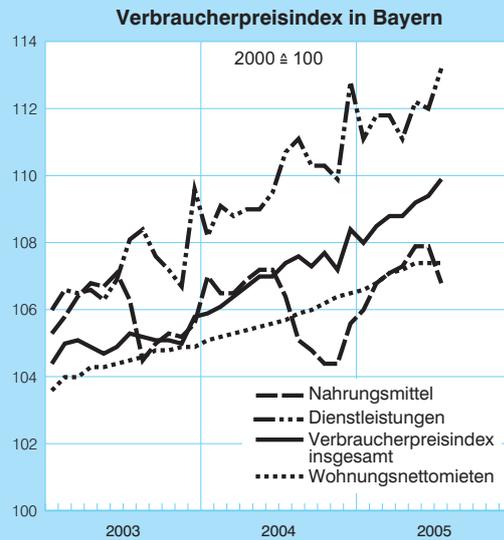
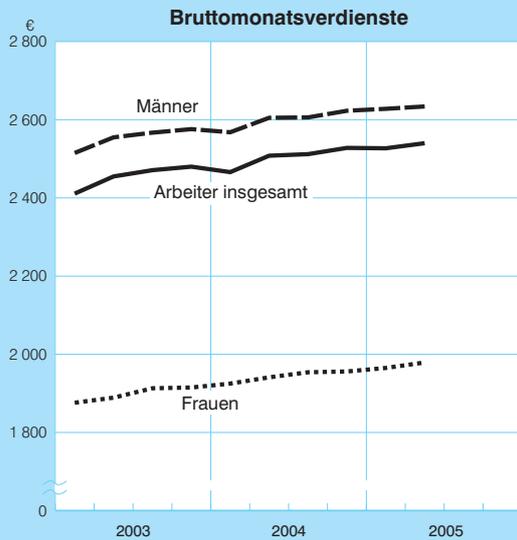
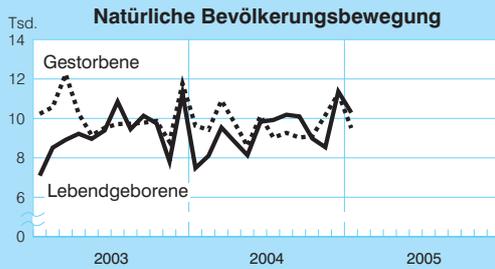
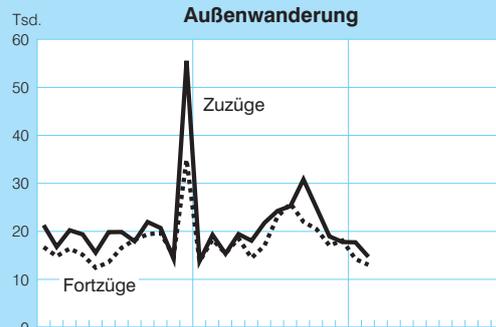
1 Durchschnitt aus 12 Monatsindizes, ausgenommen: Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte (Vierteljahresdurchschnittsmesszahlen der einzelnen Waren mit den entsprechenden Monats- bzw. Vierteljahresumsätzen im Kalenderjahr 1995), Preisindex für Bauwerke (Durchschnitt aus den 4 Erhebungsmonaten Februar, Mai, August und November) und Baulandpreise (Monatsdurchschnitt für die Jahre aus der Jahresaufbereitung).

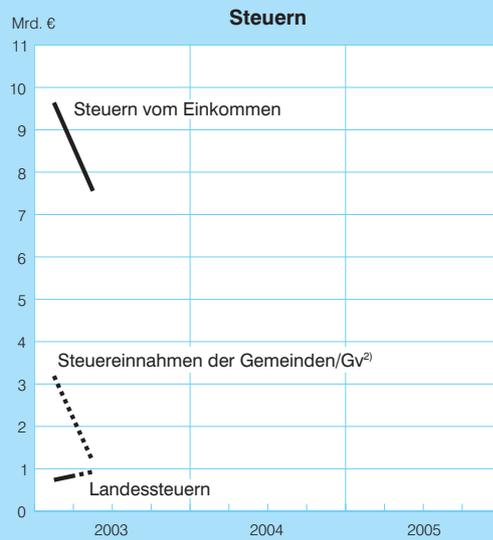
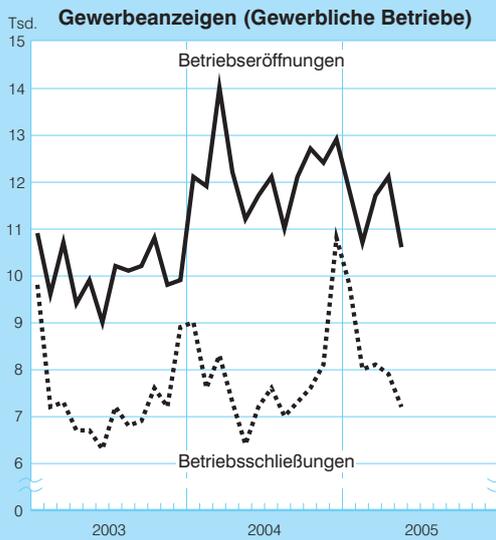
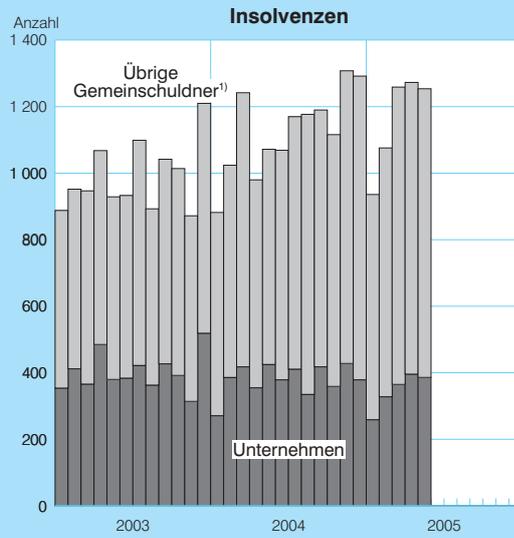
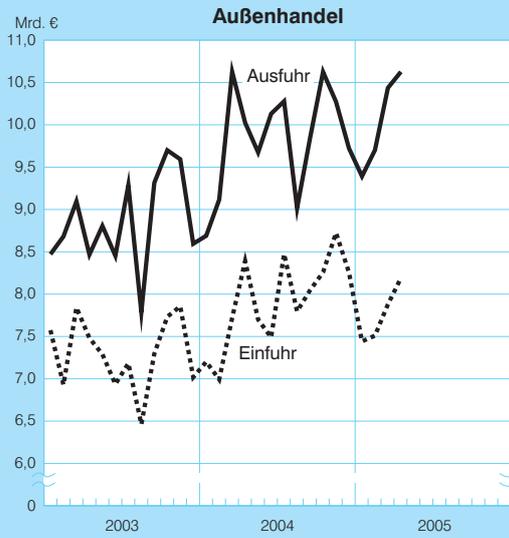
2 Einschl. Mehrwertsteuer.

3 Ohne Zölle, Abschöpfungen, Währungsausgleichsbeträge und Einfuhrumsatzsteuer.

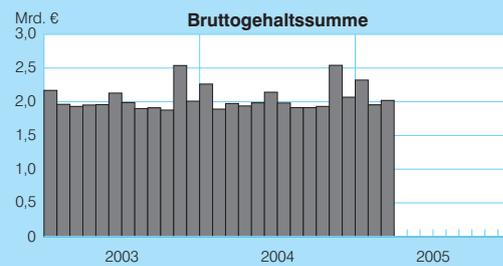
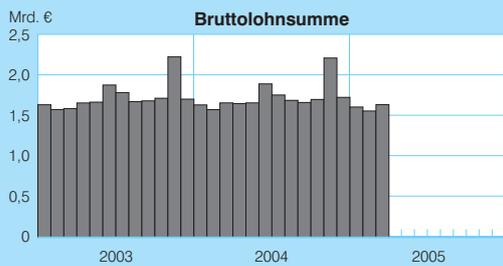
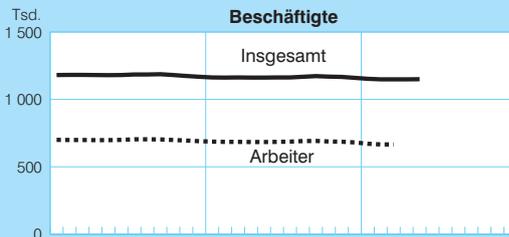
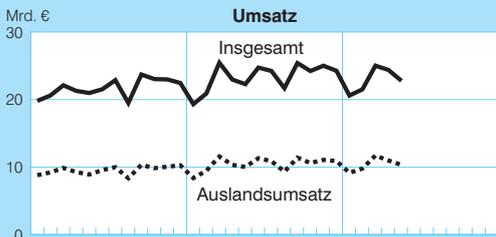
4 Ohne Mehrwertsteuer.

Graphiken zum Bayerischen Zahlenspiegel

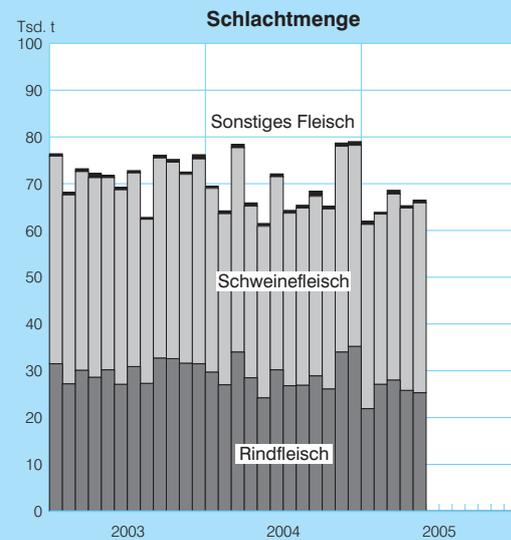
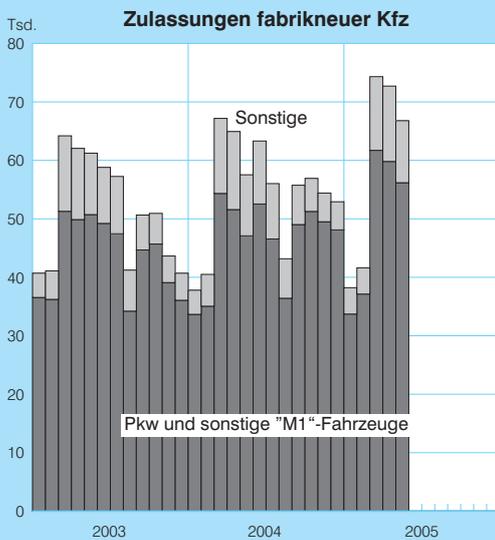
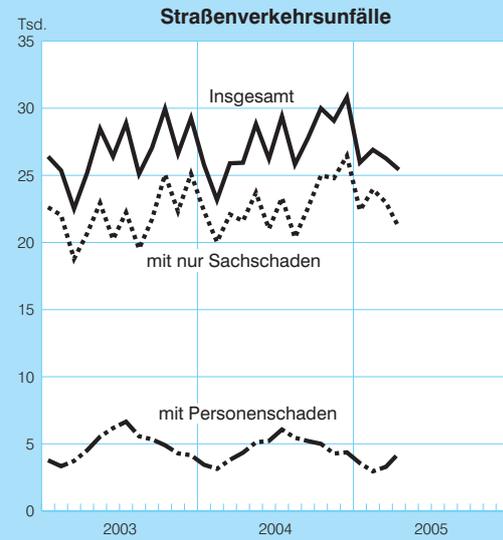
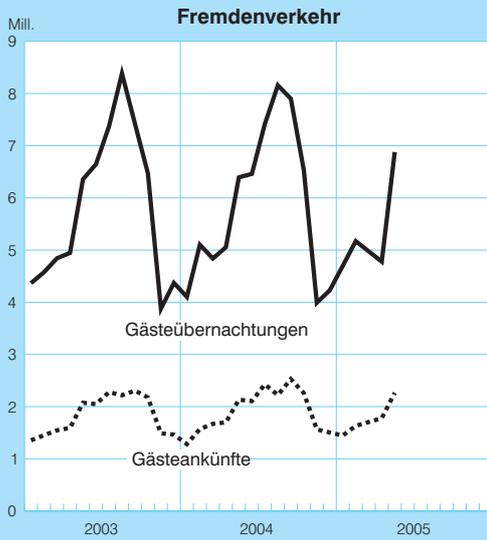
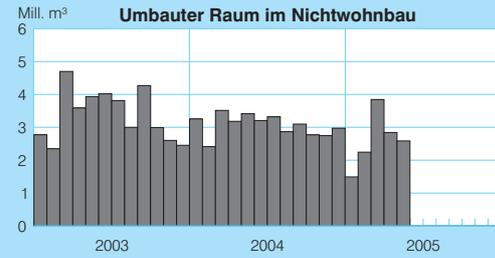
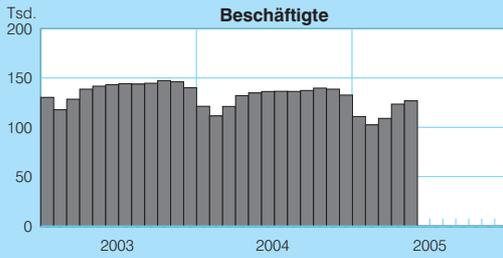
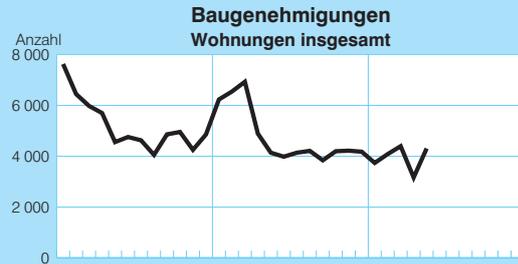
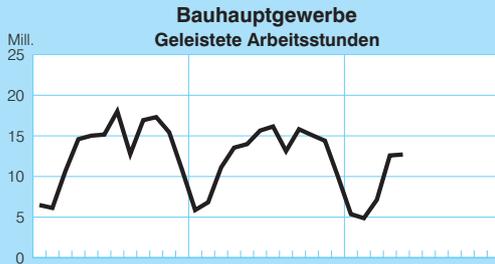




Verarbeitendes Gewerbe³)



¹) Ab 1999 einschließlich der neu geschaffenen Verbraucherinsolvenz-
 ²) Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv Quartalsbeträge-
 ³) sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.



20,50 €	Verzeichnisse (sind auch als Datei erhältlich)	19,90 €	Verkehr
	• Gemeindegliederungsverzeichnis für Bayern – Stand: 1. Mai 2005 (Gemeinden)	je 6,10 €	• Die Straßenverkehrsunfälle in Bayern 2004
24,30 €	• Verbände mit kommunalen Aufgaben (Zweckverbände) in Bayern – Stand: 1. Januar 2005 (Ort)		• Die Straßenverkehrsunfälle in Bayern – im Februar 2005
			– im März 2005 (Kreisfreie Städte und Landkreise)
	Statistische Berichte (sind auch kostenlos als Datei erhältlich)	7,50 €	• Die Straßenverkehrsunfälle in Bayern in den Jahren 2003 und 2004 (Kreisfreie Städte und Landkreise)
	Bildung, sonstige kulturelle Einrichtungen	3,70 €	• Der Bestand an Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern in Bayern am 1. Januar 2005 (Kreisfreie Städte und Landkreise)
20,50 €	• Die Studenten an den Hochschulen in Bayern Wintersemester 2004/05 - Vorläufige Ergebnisse der Studenten-Individualerhebung aufgrund des Hochschulstatistikgesetzes (Schulort)	4,60 €	• Die Binnenschifffahrt in Bayern (Häfen) im März 2005
20,50 €	• Theater in Bayern im Spieljahr 2003/04 (Ort)		
	Land- und Forstwirtschaft		Steuern
2,50 €	• Ernteberichterstattung über Obst in Bayern im Mai 2005 (Regierungsbezirk)	2,50 €	• Aufkommen an staatlichen Steuern in Bayern sowie Ausgaben und Einnahmen des Landes 4. Vierteljahr 2004
2,50 €	• Ernteberichterstattung über Hopfen in Bayern im April 2005 (Anbauggebiet)	24,30 €	• Die Umsätze und ihre Besteuerung in Bayern im Jahre 2003 Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik (Kreisfreie Städte und Landkreise, Regionen)
2,50 €	• Schlachtungen in Bayern im April 2005 (Regierungsbezirk)		
8,10 €	• Schlachtungen in Bayern 2004 (Kreisfreie Städte und Landkreise)		
2,50 €	• Milcherzeugung und Milchverwendung in Bayern im April 2005 (Regierungsbezirk)	je 11,— €	Preise und Preisindizes
5,10 €	• Milcherzeugung und Milchverwendung in Bayern 2004 (Kreisfreie Städte und Landkreise)		• Verbraucherpreisindex für Bayern sowie Jahreswerte von 2001 bis 2004 mit tiefgegliederten Ergebnissen nach Gruppen und Untergruppen – im Mai 2005
2,50 €	• Struktur der Legehennenhaltung und Eierzeugung sowie Schlachtungen von Geflügel in Bayern im April 2005 (Regierungsbezirk)		– im Juni 2005
2,50 €	• Struktur der Legehennenhaltung und Eierzeugung sowie Schlachtungen von Geflügel in Bayern im Jahr 2005 (Regierungsbezirk)	9,— €	• Verbraucherpreisindex für Bayern Monatliche Indexwerte von Januar 2000 bis Mai 2005 mit Gliederung nach Hauptgruppen und Gruppen
		5,70 €	• Verbraucherpreisindex für Deutschland im Mai 2005
4,60 €	Gewerbeanzeigen		
	• Statistik der Gewerbeanzeigen in Bayern im März 2005		
	Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, Handwerk		Löhne und Gehälter
12,90 €	• Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden in Bayern im April 2005	13,20 €	• Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe in Bayern im Januar 2005
20,50 €	• Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden in Bayern im Jahr 2004 (Kreisfreie Städte und Landkreise)	3,— €	• Bruttojahresverdienste im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe in Bayern 2004
je 3,30 €	• Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden in Bayern – im März 2005		
	– im April 2005	20,50 €	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
4,20 €	• Index des Auftragsingangs für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im April 2005		• Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen für Bayern 1970 bis 2004 Revidierte Ergebnisse gemäß ESGV '95
20,50 €	• Produktion des Verarbeitenden Gewerbes sowie Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden und Fertigteiltbau in Bayern im Jahr 2004		
7,50 €	• Das Baugewerbe in Bayern im April 2005 (Kreisfreie Städte und Landkreise, Regionen)	20,50 €	Umwelt
4,90 €	• Das Handwerk in Bayern im 1. Quartal 2005 – Ergebnisse der vierteljährlichen Handwerksberichterstattung	3,70 €	• Abfallwirtschaft in Bayern 2003 (Kreisfreie Städte und Landkreise)
			• Investitionen für den Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe in Bayern 2003
	Bautätigkeit		
je 7,10 €	• Baugenehmigungen in Bayern (Kreisfreie Städte und Landkreise) – im März 2005		
	– im April 2005		
	Handel, Fremdenverkehr, Gastgewerbe		
je 3,70 €	• Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Einzelhandel – im Januar 2005		
	– im Februar 2005		
	– im März 2005		
3,30 €	• Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Großhandel – im Januar 2005		
3,— €	– im Februar 2005		
je 7,70 €	• Ausfuhr und Einfuhr Bayerns – im Februar 2005		
	– im März 2005		
17,70 €	• Der Fremdenverkehr in Bayern im April und Winterhalbjahr 2004/05 November 2004 mit April 2005 (Gemeinden und Regionen)		
je 3,— €	• Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Gastgewerbe – im Januar 2005		
	– im Februar 2005		
	– im März 2005		

Bestellungen:
 Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung
 Vertrieb
 Neuhauser Straße 8
 80331 München
 Fax: 089 2119-457
 E-Mail: vertrieb@statistik.bayern.de
 Webshop: www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen

Die regionalen Gliederungen sind in Klammern angegeben.
 Statistische Berichte sind im Webshop kostenlos als Datei erhältlich.
 Auf Anforderung wird das aktuelle Veröffentlichungsverzeichnis kostenlos zugesandt (bevorzugt per E-Mail).

